REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 492 · 18.2.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 38 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Lauter stolze Deutsche
2. Bilderbuchkarriere eines bestechlichen Beamten - Tina Fritsche
3. Trendwende in der Sicherheitspolitik? Urteil zum Großen Lauschangriff eröffnet neue Spielräume - die auch genutzt werden sollten - AG Sicherheitspolitik
4. Online-Demo vor Gericht. Ziviler elektronischer Widerstand oder Computersabotage? - Libertad!
5. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
6. Wahn und Kalkül. Die Singularität der Shoah und die Motive der Mörder - Js.
7. Karikiert, diskriminiert, vernichtet. "Zwischen Charleston und Stechschritt" dokumentiert die Verfolgung der Schwarzen im NS - Susann Witt-Stahl
8. Widerstand ist möglich. Gegen 1-Euro-Jobs kann auf vielfältige Weise vorgegangen werden - dk
9. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit - dk
10. Dokumentation: Steigen Sie aus! Oder steigen Sie gar nicht erst ein! - Sozialpolitische Opposition Hamburg
11. "Nur noch als Teil einer sozialen Bewegung" - Über Hoffnungen, Realität und Perspektiven linker Betriebsarbeit - Uwe Lübke, Wolfgang Schaumberg
12. Alternative oder Ladenhüter? Manuel Kellner wirbt für Trotzkismus light - Henning Böke
13. Wider die neoliberale Zumutung. Eine Reise zu den sozialen Kämpfen Lateinamerikas - Miriam Edding
14. "By any means necessary." Am 21. Februar vor 40 Jahren wurde Malcolm X ermordet - Philipp Dorestal
15. Mayday, Mayday!! Der 1.Mai erlebt eine Renaissance. Interview mit der Hamburger Vorbereitungsgruppe
16. "Das Feld für die Rechten wurde seit Jahren bestellt." Interview mit den Koordinatoren der Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen - Interview: mb.
17. Ein NPD-Verbot ist keine Lösung. Statt Repression bedarf es der offensiven Auseinandersetzung - Christian Grünert
18. Letzte Ausfahrt Kiel. Die NPD setzt große Erwartungen in ihr Abschneiden in Schleswig-Holstein - Enough is Enough
19. Der Weg zur völkischen Front. Vom "Hamburger Signal" zum "Münchener Bekenntnis" - Jean Cremet
20. Kein Raum für Nazis. Erfolgreiche Gegenmobilisierung am 29. Januar in Kiel - Avanti
21. "Seid ihr nur wegen des Tsunami hier?" Die Flutwelle - noch ein Kapitel einer langen Geschichte: Reisebericht aus Sri Lanka - Sabine Eckart, Thomas Seibert
22. Weiter stramm auf Rechtskurs. Die dänische Bürgerkoalition hat sich konsolidiert - Peter Birke
23. Abstimmung gegen Terror. Im Irak wurde gewählt - trotz Gewalt, Besatzung und Angst - Bernhard Winter
24. Martin Luther in Bagdad. Die USA setzen bei der Neuordnung des Nahen Ostens auf den islamischen Fundamentalismus - Detlef Hartmann
25. Porto Alegre 2005: Wohin geht die "Bewegung der Bewegungen"? Das Weltsozialforum ringt um Profil, Radikalität und Zukunft - Miriam Edding
26. Weltsozialforum 2005 - Zahlen, Fakten und Gerüchte
27. Aufbruchstimmung. Frankreichs soziale Bewegungen werden wieder munter - Bernhard Schmid
28. Pensionäre als Speerspitze der Bewegung. Massenhafte Proteste gegen antisoziale Reformen in Russland - Ute Weinmann
29. Machtwechsel in Montevideo: Chance auf wirkliche Veränderung? Warum die Situation in Uruguay ähnlich und zugleich anders ist als anderswo - Stefan Thimmel
30. Transnationale Räume - transnationale Migration. Widerständige soziale Sphären oder neue Form globaler Kontrolle? - Sabine Hess
31. Fight in progress. Anti-Lager-Action-Tour Bilanz und Ausblick - Gregor Samsa
32. Mit Antisemiten gegen Islamisten? - Benjamin Rosendahl
33. AUFGEBLÄTTERT
34. LESERINNENBRIEFE

35. KALENDER
36. An unsere AbonnentInnen
37. Editorial
38. Es fehlt noch was!

1. Lauter stolze Deutsche

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Zeitgeschichte; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:43

Alle sorgen sich um "Deutschland": die NPD und die Bundesregierung, Bayerns Edmund Stoiber und SPD-Generalsekretär Claus-Uwe Benneter. Bei aller Unterschiedlichkeit - "Patrioten" wollen sie alle sein, und "unpatriotisches Verhalten" ist ihnen zuwider. "Unpatriotisch" ist es, wenn ein Multi wie die Deutsche Bank Milliardengewinne erwirtschaftet und gleichzeitig 6.000 (deutsche) MitarbeiterInnen entlassen will. Da - so der Ex-Marxist Benneter - müsse doch gefragt werden, ob dieses Unternehmen "den Deutschlandbezug" im Namen tragen dürfe. Seine Parteikollegin, die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti, beklagt, die Bank habe "jede Unternehmensethik verloren" und ihr Boss, der Schweizer (!) Josef Ackermann, könne "offenbar den Hals nicht vollkriegen". Wer so handelt, "hat den Namen Deutschland nicht verdient" und "schadet dem Wirtschaftsstandort". Gute deutsche Unternehmen, so die Benneter-Ypsilanti-Logik, sind sich ihrer "sozialen Verantwortung bewusst". Sie machen ihre Gewinne halt mit Entlassungen im Ausland, mit Schuldendiktaten in den Ländern des Südens oder mit der Finanzierung diverser kriegerischer Massenschlächtereien. Das steht dann für einen "erfolgreichen Wirtschaftsstandort" und für tolle "global players".

Da hätten Deutschlands Polit-PatriotInnen keine Probleme. Sie lieben und beschwören "Siegertypen", in Sport, Wirtschaft und Politik. Der neue Mainstream-Patriotismus ist genauso stolz darauf, deutsch zu sein, wie seine SchmuddelkollegInnen von rechtsaußen. Deutsche Spitzenplätze liegen ihnen alle gemeinsam am Herzen, bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften genauso wie bei Exporten und Aktienkursen oder bei kriegerischen Abenteuern und dem Einfluss im UN-Sicherheitsrat. Deutschstolz ist angesagt, nicht in seiner völkischen Glatzen-und-Stiefel-Variante, wohl aber in der weltmarktkompatiblen Form "berechtigter deutscher Interessen" bis hin zum Hindukusch. Söhnke Worthmanns "Wunder von Bern" ist der kulturpolitische Prototyp dieses rot-grün gewendeten Deutschstolzes. Dazu passt ein geschichtspolitischer Trend, der die Verbrechen des Faschismus zwar nicht leugnet, aber nicht mehr anklagen mag. Beschworen wird "Verständnis", Verständnis für den "Menschen Hitler", wie in dem neu-patriotischen Kinohit "Der Untergang", Verständnis für die "Opfer des Krieges", für die ermordeten Jüdinnen und Juden wie für die Leiden deutscher Kriegsgefangener oder der Vertriebenen. Die Botschaft eines Guido Knopp ist eindeutig: Sind wir nicht alle ein bisschen Opfer?

Weit davon entfernt, die politische Auseinandersetzung mit einem erstarkten Neofaschismus zu suchen, agiert die offizielle Staatsantifa hilflos. Selbst wenn es am 8. Mai zu einem Schulterschluss der DemokratInnen am Brandenburger Tor kommen sollte - eine politische Antwort auf die NPD in den Landtagen oder die Freien Kameradschaften auf den Straßen gibt es nicht. Bei der Nazi-Demo vom 29.1. in Kiel hatte die CDU-Bürgermeisterin dazu aufgerufen, die Straßen zu meiden und die Geschäfte zu schließen. Sie wollte die Stadt den Nazis schlichtweg überlassen. Dass dies nicht geschah, ist allein das Verdienst linker GegendemonstrantInnen gewesen.

Am NPD-Verbot hat sich die politische Klasse die Finger verbrannt. In den ostdeutschen Ländern versucht die CDU verloren gegangenes Terrain dadurch zurückzugewinnen, dass sie sich den Themen und Inhalten der NPD öffnet. Die SPD beschwört den Patriotismus als "labour issue", und Edmund Stoiber erkennt in der verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Wurzel für den Erfolg der Rechten. Er spricht damit zumindest eine Wahrheit aus: Wo bewusst und gewollt Lebens- und Arbeitszusammenhänge aufgemischt, durcheinander gewirbelt werden und die Perspektiven und Lebensentwürfe vieler prinzipiell und existenziell unsicher gemacht werden, dort wird eine neue "soziale Frage" produziert. Im Gegensatz zur NPD hat die Staatsantifa auf diese Frage keine Antwort.

Das Thema: NPD und Antifa S. 15-18

2. Bilderbuchkarriere eines bestechlichen Beamten

Autor: Tina Fritsche · Rubrik: Geheimdienste; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:36

Die Geschichte des Ludwig-Holger Pfahls liest sich wie ein Krimi: Geheimdienste, Waffengeschäfte, ferne Länder, Männerbünde, Flucht, Jagd, Täuschung - und mittendrin der karrierebewusste CSU-Politiker, der behände die Strippen zwischen Politik und Wirtschaft zieht, stets zum eigenen Nutzen und selten zum Schaden seiner politischen Freunde.

Pfahls hat eine Bilderbuchkarriere hinter sich, als er 1999 im Ausland untertaucht, weil er, der bestechliche Beamte, per internationalem Haftbefehl gesucht wird. Fünf Jahre lang kann er sich dem Zugriff der ZielfahnderInnen entziehen, bis er am 13. Juli 2004 in Paris festgenommen wird. Seit seiner Auslieferung im Januar wartet der ehemalige Staatssekretär und DaimlerChrysler-Manager nun auf seinen Prozess, der ihm voraussichtlich ab April vor dem Augsburger Landgericht gemacht werden wird. Pfahls gilt als eine Schlüsselfigur internationaler Waffenschieberei und Wirtschaftskriminalität.

Ludwig-Holger Pfahls kommt am 13. Dezember 1942 im brandenburgischen Luckenwalde zur Welt. Im Krieg ist Vater Pfahls Hauptmann der Wehrmacht, nach dem Krieg leitet er die Agentenschule des Bundesnachrichtendienstes (BND); Sohn Holger bekommt frühen Einblick in die Welt der Schlapphüte. Die Laufbahn des ehrgeizigen Mannes verläuft zielgerichtet: Pfahls studiert Jura, wird Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht und Staatsanwalt für Wirtschaftssachen. Er ist erst Anfang 30, als er in das Umweltministerium wechselt und kurz darauf Landtagsreferent in der Bayerischen Staatskanzlei wird. Dort macht er den bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß auf sich aufmerksam, wird dessen persönlicher Referent und sein Büroleiter. Zügig fällt Pfahls die politische Karriereleiter nach oben - stets auf Empfehlung seines Mentors Strauß: 1985 wird er Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz; 1987 holt Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) ihn als Staatssekretär auf die Hardthöhe und betraut ihn mit der Rüstungskontrolle.

Im Verteidigungsministerium blüht der CSU-Mann auf. Pfahls agiert als Mittler zwischen höchsten Wirtschafts- und Regierungsebenen, unterhält enge Kontakte zur Daimler-Tochterfirma DASA und macht den Chef des französischen Öl-Multikonzerns Elf Aquitaine mit Bundeskanzler Kohl bekannt. 1991 fädelt der staatliche Rüstungskontrolleur den Verkauf von 36 Fuchs-Spürpanzern nach Saudi-Arabien ein - gegen massive Widerstände aus dem Verteidigungsministerium, der Bundeswehr und dem Parlament. Das Fahrzeug gilt als Kriegswaffe und darf nicht in Krisengebiete verkauft werden. Es ist die Zeit des Golfkriegs.

Ein Jahr nach dem dubiosen Panzerdeal lässt sich Pfahls "auf eigenen Wunsch" in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Doch das Altenteil ist kein Option für den erst 50-jährigen. Wahrscheinlich, so legen spätere Presserecherchen nahe, hat sich Pfahls bereits als Staatssekretär für die Interessen der Daimler Benz AG eingesetzt. Der Konzern war beteiligt am Bau des Eurofighter und agierte als Lieferant für den Abc-Spürpanzer Fuchs. Nun ernennt Daimler Benz Pfahls zum hoch dotierten Geschäftsführer in Belgien und 1995 zum Generalbevollmächtigten von DaimlerChrysler in Ostasien. Der hoch bezahlte Top-Manager glaubt, seine kriminell getränkte Karriere im Staatsdienst sei vergessene Vergangenheit.

Pfahls: Bei Strauß in der Lehre

Tausende Flugkilometer entfernt lösen Augsburger SteuerfahnderInnen eine Lawine ungeahnten Ausmaßes aus. Bei einer Durchsuchung im Hause des Kauferinger Geschäftsmannes Karl-Heinz Schreiber stoßen die Ermittler auf brisante Unterlagen, Schreibers mittlerweile berühmte Notiz "Sonntag, 1. September 1994: Holgart 3,8". Bald wird klar, dass Lobbyist Schreiber kurz vor einem Treffen mit Holger Pfahls hohe Beträge vom Treuhand-Konto "Holgart" abgehoben hat. Zwei Tage später bietet Pfahls seiner Frau 470.000 Mark in bar an; er will ihr die gemeinsame Villa abkaufen. Ein Volltreffer für die Steuer: Pfahls hat die Einnahme beim Finanzamt nicht angegeben, fast zwei Millionen Mark Einkommenssteuer sind nun fällig.

1994 und 1995 beginnen in Deutschland, der Schweiz und Frankreich parallel staatsanwaltliche Nachforschungen. Die ErmittlerInnen arbeiten an scheinbar unterschiedlichen Fällen und ahnen nicht, dass die Spuren in denselben, schier bodenlosen Abgrund von Polit- und Wirtschaftkriminalität führen werden.

Die Millionen von Schreiber an Pfahls sind Dankeszahlungen für den Verkauf der Fuchspanzer 1991. Das Panzergeschäft war rund 400 Millionen Mark schwer, 220 Millionen sollen als "Provisionszahlungen" an fünf verschiedene Firmen geflossen sein. Aus einem Topf von 25 Millionen Mark, der dem Panzerhersteller Thyssen zugerechnet wird, soll Schreiber nicht nur Pfahls geschmiert haben, sondern auch CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep, Thyssen-Manager Jürgen Maßmann und Winfried Haastert sowie Strauß-Sohn Max. Aktenkoffer voller Millionen in bar wechselten auf abgelegenen Parkplätzen die Besitzer. Die CDU/CSU, allen voran Kanzler Kohl, kommt in Erklärungsnöte.

Parallel dazu bringt eine Affäre die Gemüter in Frankreich in Wallung: Der staatliche Konzern Elf Aquitaine habe kontinuierlich Spitzenpolitiker in aller Welt geschmiert. Im April 1994 wird die Pariser Untersuchungsrichterin Eva Joly mit der Untersuchung der Affäre beauftragt. Sie ermittelt wegen Betrugs, Veruntreuung und Geldwäsche unter anderem gegen den damaligen Elf-Präsidenten Loïk Le Floch-Prigent und den früheren Außenminister Frankreichs, Roland Dumas. Joly erfährt im März 1997, dass mindestens 100 Millionen Mark Schmiergelder nach Deutschland geflossen sein sollen, um den Verkauf der Leuna-Werke und der Minol-Tankstellen in Ostdeutschland an Elf Aquitaine leichtgängiger zu machen.

In der Leuna-Bestechungsaffäre spielt Pfahls eine bemerkenswerte Rolle. Sein Duz-Freund Dieter Holzer fädelt den Verkauf der Leuna-Werke an das Konsortium Elf Aquitaine und Thyssen ein. Pfahls selbst berät Elf-Präsidenten Le Floch-Prigent bei den Verhandlungen mit Kanzler Kohl. Dem Konsortium gelingt es, öffentliche Zuschüsse in Milliardenhöhe, Preisnachlässe und Sonderkonditionen für die Übernahme der Leuna-Raffinerie herauszuschlagen. Der Vertrag wird im Januar 1992 unterzeichnet. Le Monde schreibt, Pfahls habe für seine Vermittlungstätigkeit mehrere Millionen Mark Schmiergeld erhalten.

Waffenschiebereien und Korruption

Der Genfer Richter Paul Perraudin arbeitet eng mit Joly zusammen. Er stößt auf Erkenntnisse über "das Zentrum eines Systems der Weiterverteilung kriminell erworbener Gelder". Im Zusammenhang mit dem Leuna-Geschäft habe Pfahls mit Hilfe seines Geschäftsfreundes Dieter Holzer in Panama ein Geflecht aus Briefkastenfirmen, Stiftungen und Holdings gegründet. Rund 17 Millionen Mark fließen seit 1992 (bis 1997) zwischen Pfahls' Offshore-Firmen und Holzers Konten in der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg hin und her. Auffällig sind dabei häufige Barabhebungen durch Pfahls. Die Genfer Justiz mutmaßt, Pfahls habe als Geldbote agiert. Vielleicht, so Perraudin, um "auf optimale Weise durch den tatkräftigen Eingriff der zuständigen deutschen Behörden an öffentliche Zuschüsse jeglicher Art zu gelangen". Im Dezember 1999 treffen sich der Schweizer Generalstaatsanwalt Bernhard Bertossa und Eva Joly mit ihrem Augsburger Kollegen, Oberstaatsanwalt Nemetz, und präsentieren ihm Perraudins Erkenntnisse und andere Belege über illegale Geldtransfers zwischen Elf-Managern, Holzer, Pfahls, Schreiber. Nemetz wiegelt ab, Leuna sei nur "ein Teilaspekt in einem Randbereich unserer Gesamtermittlungen". Bis heute gibt es in Deutschland keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in der Leuna-Affäre.

Vorwarnungen für den Flüchtenden

Im Jahr vor dem Besuch von Bertossa und Joly musste die Augsburger Staatsanwaltschaft mehrere massive politische Störversuche bei den Ermittlungen abwehren. Anfang 1999 merkt Pfahls in Singapur, dass es enger für ihn werden könnte. Was der Oberstaatsanwalt Jörg Hillinger und sein Kollege Winfried Maier in Augsburg zusammen getragen haben, reicht für einen Haftbefehl wegen Bestechlichkeit. Aber sie haben ein Problem: Sie müssen das Justizministerium vorab über den richterlichen Haftbefehl gegen Pfahls informieren, fürchten dort jedoch undichte Stellen auf höchster Ebene. Hillinger weist deshalb sein Team ausdrücklich an, die Haftbefehle nicht in die bayerische Hauptstadt zu übermitteln. Der Münchner Generalstaatsanwalts Hermann Froschauer erfährt dennoch davon und besteht "darauf, dass die Haftbefehle nicht vollzogen werden". Die Staatsanwaltschaft möge die bereits in Gang gesetzten Maßnahmen stoppen und die informierten Polizeidienststellen zurückbeordern. Froschauer will die bereits von einem Richter genehmigten Anträge juristisch überprüfen lassen - ein einmaliger Vorgang, der es ermöglicht, Pfahls in Singapur vorzuwarnen und ihm einen Vorsprung zu verschaffen. Endlich, am 28. April, gibt Froschauer die Haftbefehle frei. Noch am selben Tag verunglückt der couragierte Chefermittler Jörg Hillinger mit seinem Dienstwagen und stirbt bei einem Frontalzusammenstoß mit einem LKW. Später sagt der polnische Käufer des Unfallwagens bei der Staatsanwaltschaft aus, er habe Hinweise, dass die Bremsen an Hillingers Fahrzeug manipuliert worden seien.

Staatsanwalt Maier wird zum Familiengericht fortgelobt. Er fragt: "Wie will man Korruption in der Regierung ermitteln, wenn man sie vorab unterrichten muss?"

Pfahls meldet sich bei DaimlerChrysler krank und pendelt binnen weniger Tage zwischen Hongkong, Singapur und Taiwan, um mögliche Verfolger zu verwirren. Mit ausgeklügelten Geldwäschestrategien transferiert er einen Teil seiner Finanzen nach Südost-Asien. Pfahls steht seit einer Woche auf den internationalen Fahndungslisten, als er sich am 6. Mai in der deutschen Botschaft in Singapur eine Vollmacht beglaubigen lässt, um Immobilien auf seine Töchter übertragen zu können. Danach verlässt er das Gebäude unbehelligt. Pfahls setzt sich nach Taiwan ab, das mit Deutschland kein Auslieferungsabkommen hat. Dort meldet er sich aus dem "Veterans General Hospital in Taipeh" und setzt seinen nächsten Schachzug: Er sei schwer krank und werde sich bald den deutschen Behörden stellen. Was Pfahls wirklich plant, wissen wohl nur wenige. Zum Beispiel sein Freund Dieter Holzer. Der als diskret geltende Geschäftsmann ist Experte in Konspiration und Old Men's Networking. Unter dem Decknamen "Baumholder", so die Zeit, sei Holzer für den BND im Nahen Osten aktiv gewesen. Am 6. Juli 1999 fliegt Pfahls in Begleitung von Holzer von Taipeh nach Hongkong - ausgerüstet mit sieben Tickets in verschiedene Richtungen. Im Transitbereich des Hongkonger Flughafens verlieren sich Pfahls Spuren - er sei, so wird Holzer später erzählen, einfach in Begleitung zweier Männer weggegangen.

Fünf Jahre lang entzieht sich der Ex-Geheimdienstchef immer wieder den ZielfahnderInnen des BKA. Es habe Gelegenheiten zur Festnahme gegeben, heißt es. Zum Beispiel, als Schweizer ZielfahnderInnen Pfahls Ehefrau beschatten, die angeblich aus einer Telefonzelle mit ihrem Mann telefoniert, der in der Nähe weilt. Oder als Pfahls angeblich in London aus einem Flugzeug steigt und die Ermittler sein Handy orten. Die FahnderInnen kennen eine der Kreditkarten Pfahls und wissen zeitweise, wo sich Pfahls auf Bali aufhält. Laut Berliner Zeitung soll ein bayerisches Sicherheitsunternehmen Pfahls geholfen haben. Die von ehemaligen BND-AgentInnen mitgegründete Firma habe Informationen aus dem BKA erhalten und Pfahls zwei Mal vor dem Zugriff durch Zielfahnder bewahren können.

Im Juli 2004 lebt Pfahls nicht, wie viele vermuten, in Asien, sondern mitten in Paris in einem Drei-Zimmer-Appartement eines Wohnhaus in der Rue Dupleix. Durch das alles andere als konspirative Verhalten des ehemaligen Geheimdienstchefs werden die ErmittlerInnen auf ihn aufmerksam. Pfahls lässt sich widerstandslos auf der Straße festnehmen. Unklar ist, ob Pfahls die FahnderInnen absichtlich auf sich aufmerksam gemacht hat. Unklar ist auch, ob und wie viel Pfahls bei der nun anstehenden Verhandlung in Augsburg über die kriminellen Verflechtungen von Politik und Wirtschaft aussagen wird. Können täte er schon.

Tina Fritsche

3. Trendwende in der Sicherheitspolitik? Urteil zum Großen Lauschangriff eröffnet neue Spielräume - die auch genutzt werden sollten

Autor: AG Sicherheitspolitik · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:13

Im März des vergangenen Jahres demontierte das Bundesverfassungsgericht in weiten Teilen den "Großen Lauschangriff": Dieser sei zwar nicht insgesamt verfassungswidrig, verstoße aber in den Grundzügen seiner Ausgestaltung gegen das Grundgesetz, da er in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung eingreife. (1) Liberale Medien und DatenschützerInnen sahen in dem Urteil ein "Signal zur Sicherung der Bürgerrechte" und gar "eine Trendwende für das Recht". Und tatsächlich hat sich im Sicherheitsdiskurs einiges verändert. Die dadurch entstanden Spielräume sollten jedoch von den liberalen und radikalen KritikerInnen der gegenwärtigen Sicherheitspolitik besser genutzt werden.

Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren: Es bedurfte erst der Autorität des höchsten deutschen Gerichts, damit sich BürgerrechtlerInnen, DatenschützerInnen und liberale Öffentlichkeit trauten, ihre Positionen zum Thema Sicherheitspolitik und insbesondere zu staatlichen Eingriffsbefugnissen wieder offensiv zu vertreten. Erleichterung war zu spüren darüber, dass die "rechtsstaatlichen Sicherungen" wieder funktionieren. Das eigene Unbehagen, das man die ganze Zeit mit sich herum trug, aber immer weniger öffentlich und offensiv artikulierte, wurde jetzt verfassungsrechtlich bestätigt.

Wagen wir einen Blick zurück: Noch in den 1980er Jahren war die Ausweitung staatlicher Befugnisse in der BRD stets von einer breiten gesellschaftlichen Debatte begleitet. Die Volkszählung als einer der Höhepunkte z.B. löste eine breite Bewegung aus, die auch auf juristischer Ebene mit der Schaffung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung kaum zu überschätzende Folgen zeitigte - obwohl sich die Volkszählung selbst im Vergleich zu heute existierenden Datensammlungen geradezu lächerlich ausnimmt.

Die gesellschaftlichen Veränderungen Anfang der 1990er Jahre verschoben die Parameter: Die sozialen Umwälzungen und sich verschärfenden Spannungen wurden überlagert von einem Sicherheitsdiskurs, der die folgenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wesentlich prägen sollte. So wurden wahlweise die "Organisierte Kriminalität", kriminelle Jugendliche und Ausländer, der Sexualstraftäter und schließlich der "Internationale Terrorismus" zu Bedrohungsszenarien aufgebaut, um eine umfassende Neuordnung der "Sicherheitsarchitektur" politisch möglich zu machen. BürgerrechtlerInnen, liberale PolitikerInnen und kritische Öffentlichkeit standen vor einem Dilemma. Zum einen brachen ihre herkömmliche Argumentationsbasis und ihr Mobilisierungspotenzial weg: Datenschutz war jetzt Täterschutz und die sozialen Bewegungen und das liberale Bürgertum in Auflösung begriffen oder auf dem Rückzug befindlich. Zum anderen ließen sie sich auch oft selbst von der "Gefährdung der Inneren Sicherheit" überzeugen und zur pragmatisch-konstruktiven Mitarbeit an der neuen Sicherheitsarchitektur überreden.

Neue politische Spielräume

Der 11. September 2001 spitzte diese Entwicklung zu. Noch nie war der Druck so groß, geplanten Gesetzesverschärfungen zuzustimmen. Allerdings war die Instrumentalisierung der Anschläge von New York und Washington für die innere und äußere Aufrüstung so offensichtlich, dass sich gleichzeitig - neben der Formierung einer Friedensbewegung - auch Bürgerrechtsgruppen zum (teilweise erfolgreichen) Protest entschlossen. Dabei hat vor allem auch die internationale Lage zu einer Weiterentwicklung des kritischen Bewusstseins geführt: Guantánamo, Militärtribunale, Totalbespitzelungen und Abu Ghraib haben verdeutlicht, wohin die Reise gehen soll. Diejenigen, die sich nicht von der Propaganda täuschen ließen, dass in "Old Europe" die rechtsstaatlichen Fesseln stärker ausgeprägt seien als in den USA, übten weiterhin und auch hier Kritik an den Sicherheitsgesetzen und den sonstigen Verschärfungen, blieben aber weitgehend marginalisiert.

Politische Konzepte?

Dies hat sich in Folge des Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Großen Lauschangriff geändert. Zur Erinnerung: Das Gericht hat in seinem Urteil den absoluten Schutz der Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen betont und der Polizei auferlegt, bei ganz privaten Gesprächen die Lauschgeräte abzuschalten. Damit wurden

Anforderungen aufgestellt, die die Praktikabilität der akustischen Wohnraumüberwachung enorm einschränken. Gleichzeitig wurden mit der Betonung des absoluten Schutzes des Kernbereichs privater Lebensgestaltung deutliche Grenzen auch für andere Grundrechtseingriffe gezogen. Mit dem Urteil standen Datenschutz und individuelle Freiheitsrechte plötzlich wieder oben auf der Tagesordnung zur Sicherheitspolitik. Auch in Teilen von SPD, Grünen und FDP wurde und wird wieder lauter über Grund- und Menschenrechte gesprochen - und zwar auch über deren Geltung im Inland und über ihr Verhältnis zur Sicherheitsarchitektur; Bürgerrechtler und Datenschützer werden mit ihren Positionen im öffentlichen Diskurs wieder ernster genommen. Kurz: Es ist wieder opportun zu sagen, dass die Grundrechte gegenüber sicherheitspolitischen Maßnahmen keine untergeordnete Größe darstellen.

Dies zeigt sich sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in den Diskussionen in Fachkreisen. So wird z.B. von Gerichten und DatenschützerInnen eine Übertragung der Grundsätze des Urteils zur Wohnraumüberwachung auf die Telekommunikationsüberwachung ins Spiel gebracht. Die Kritik an der Aufnahme biometrischer Daten in die neuen Reisepässen ebbt nicht ab und die geplante Erweiterung der DNA-Analyse entzweit sogar die Regierung und scheint sich auf eine "moderate" Erweiterung zu beschränken. In den USA und Großbritannien werden gleichzeitig wesentliche Säulen der Anti-Terror-Gesetzgebung von den Gerichten angegriffen und für verfassungswidrig erklärt. Dies betrifft vor allem das präventive Wegsperren von als gefährlich eingestuften Personen ohne Verfahren und ohne Urteil.

Die Politik der Sicherheitsstrategen selbst hat sich damit natürlich (noch) nicht geändert: Repressive Projekte und Grundrechtseinschränkungen werden in nahezu ungebremstem Tempo weiter geplant und umgesetzt; allein die Folgen der beiden Sicherheitspakete aus den Jahren 2001/2002 werden erst in einigen Jahren voll zu spüren sein. Dabei kann auch das "Sicherheitsbündnis" mit einem Großteil der Bevölkerung weiter aufrecht erhalten werden. Gleichwohl werden die staatlichen Begehrlichkeiten in diesem Bereich nicht mehr so selbstsicher vorgetragen wie vor ein paar Jahren. Einige Projekte, wie die Einführung von Biometrie-Daten in den Reisepässen, werden nur noch halbherzig verteidigt und sich dabei hinter EU-Regeln verschanzt. Zu groß ist die Befürchtung, eine unkontrollierbare Debatte über die Kosten dieses Projektes loszutreten und in Folge dessen mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage nicht durch den Bundestag zu kommen.

Trotzdem: Die Entwicklung des vergangenen Jahres eröffnet neue Spielräume. Dies gilt zum einen für die öffentliche Auseinandersetzung über Sicherheitspolitik, in der kritische Positionen wieder deutlich mehr Ansatzpunkte und Raum finden. Zum anderen ist damit aber auch wieder ein (gewisser) Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse im Sicherheitsbereich möglich. Kritik an Sicherheitsmaßnahmen kann wieder etwas bewirken und verhallt nicht ungehört. Dies eröffnet zumindest den Raum für Interventionen. Statt nicht wahrgenommen und von den dauernden Forderungen der Sicherheitsfetischisten vor sich her getrieben zu werden, könnten kritische Positionen nun diese Entwicklung umdrehen, wieder selbst offensiv werden und ihre eigenen Forderungen stellen.

Gleichwohl werden diese Möglichkeiten außerparlamentarisch noch zu wenig genutzt, was wesentlich auf die hier bestimmenden politischen Konzepte zurückzuführen ist. Diese zeichnen sich vorwiegend dadurch aus, dass sie sich in der Äußerung von Bedenken erschöpfen, die Effizienz der Maßnahmen bemängeln oder die Einhaltung der bestehenden Gesetze einfordern. Radikalere Positionen greifen den "Überwachungsstaat" oder eine "Überwachungsgesellschaft" an, sammeln Informationen über neue technische Möglichkeiten, kapitulieren aber oft anhand der schier unüberwindbaren Mauer aus Ignoranz.

Statt dessen bräuchten wir einen politisch bewussteren und langfristigeren Umgang mit der gegenwärtigen Entwicklung, der sich nicht so sehr an einzelnen Verschärfungen abarbeitet: Die Kampagnen der vergangenen Jahre waren zwar wichtig, um eine kritische Position gegenüber den Begehrlichkeiten der Exekutive sichtbar bleiben zu lassen. Nun aber gibt es eine wirkliche Chance auf politische Intervention in diesem Bereich. Gerade jetzt ist es günstig und erforderlich, über reine Abwehrschlachten hinauszukommen und die derzeitige Situation als Chance und Ansatzpunkt für ein strategisches Vorgehen gegen die aktuelle Sicherheitspolitik zu begreifen. Die Möglichkeit, wieder politisch in die Offensive zu kommen und - mit etwas Glück - die Entwicklung sogar ein Stück zurück zu drehen, sollten wir nicht ungenutzt verstreichen lassen. Gerade jetzt wäre es also nötig und sinnvoll, politische Initiative und Energie in diesem Bereich zu bündeln und aktiv zu werden.

Dies bedarf jedoch der Entwicklung einer grundsätzlichen Analyse der gegenwärtigen Entwicklung in der Sicherheitspolitik, die es ermöglichen würde, eine langfristige politisch-strategische Perspektive zu entwickeln. Ausgangspunkt dafür müssten drei grundsätzliche Positionen sein. Erstens ist Emanzipation nur in Autonomie zu staatlichen Institutionen möglich. Zweitens sind Sicherheitspolitik und Formen der Sozialkontrolle immer als Teil der aktuellen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen zu analysieren. Drittens sind gesellschaftliche Veränderungen in der Sicherheitspolitik nur möglich, wenn kritische Positionen diskurs- und hegemoniefähig sind. Dafür wiederum ist es erforderlich, aus einer radikalen Perspektive heraus konkrete Reformprojekte zu entwickeln und daran politische Initiative und Energie zu bündeln.

Drei Ausgangspunkte

Ein Ansatzpunkt hierfür könnte die bereits angesprochene Telekommunikationsüberwachung sein, die beständig ausgeweitet wird (vgl. ak 491), zumindest in ihren Ausmaßen bereits seit langem Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen ist und zudem auch in der Öffentlichkeit zum Teil kritisch gesehen wird. Gleichzeitig gerät diese Form der Überwachung auch seitens der Telekommunikations-Anbieter unter Druck, die den hohen finanziellen Aufwand für die Bereitstellung von Abhörmaßnahmen kritisieren. Auch andere Bereiche der Gesellschaft - die grundsätzlich die derzeitige Sicherheitsarchitektur begrüßen - sind auf Grund der Möglichkeiten zur Totalüberwachung verunsichert.

Eine politische Kampagne in diese Richtung, die z.B. eine Übertragung des Lauschangriff-Urteils auf die Telekommunikationsüberwachung fordert, wäre somit ein geeigneter Ansatzpunkt, um eine (auch grundsätzlich) kritische Position in der Öffentlichkeit zu etablieren, anhand eines konkreten Projektes in die Offensive zu gehen und damit auch - im Sinne einer mittel- bis langfristigen politischen Perspektive - an den Pfeilern gegenwärtiger Sicherheitsarchitektur zu sägen. Inhaltlich besehen wäre eine solche Kampagne zwar insofern begrenzt, als sie mit dem Ansatz des Bundesverfassungsgerichts nur einen bestimmten Argumentationsrahmen aufmacht, der zudem zweischneidig ist. Andererseits würde ein solcher Ansatz ganz deutlich und mit der Chance auf eine gewisse öffentliche Wahrnehmung zeigen, dass dem Sicherheitswahn klare Grenzen gesetzt werden können und müssen.

Die gegenwärtige Entwicklung in der politischen Landschaft eröffnet neue Spielräume im Bereich der Sicherheitspolitik. Ob sich hieraus eine Trendwende ergeben kann, wird ganz wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, in der öffentlichen Auseinandersetzung eine Position zu etablieren, die eine grundsätzliche Kritik in konkrete Forderungen und Kampagnen umsetzen kann und es dabei versteht, langfristig und strategisch vorzugehen sowie die Widersprüche in der herrschenden Politik zu nutzen. Denn nur wenn wir sehen, wann und wo die Sicherheitsarchitektur ins Wanken zu kommen beginnt, können wir sie zum Einsturz bringen.

AG Sicherheitspolitik

(ag.sipo@gmx.de)

Anmerkung:

1) Ausführlich zur Entstehungsgeschichte, dem Regelungsgehalt und der öffentlichen Debatte zum "Großen Lauschangriff" vgl. www.wikipedia.de, Stichwort Großer Lauschangriff. Das Urteil ist zu finden unter: www.bverfg.de/entscheidungen/frames/rs20040303_1bvr237898.html.

4. Online-Demo vor Gericht. Ziviler elektronischer Widerstand oder Computersabotage?

Autor: Libertad! · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:19

Am 20. Juni 2001 brach die Webseite www.lufthansa.com unter einem nie da gewesenen Besucheransturm zusammen. Um gegen die Abschiebungen mit Lufthansa-Maschinen zu protestieren, hatten tausende Internet-NutzerInnen während der Aktionärsversammlung des Konzerns zeitgleich die Seiten aufgerufen. Ob es sich bei der ersten großen Online-Demonstration in Deutschland um eine Modernisierung des Demonstrationsrechts handelte oder um eine Straftat, wird nun - dreieinhalb Jahre später - vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main verhandelt: Die Staatsanwaltschaft wirft dem Domain-Inhaber von www.libertad.de "Nötigung" und "Aufruf zu Straftaten" vor. Die Initiative Libertad! hatte u.a. mit kein mensch ist illegal und Kanak Attak zu der Demonstration aufgerufen.

Über 13.000 Personen beteiligten sich laut Anklageschrift der Staatsanwaltschaft am 20. Juni 2001 an der Demonstration. Manchen TeilnehmerInnen sei es gelungen, die Seiten der Lufthansa innerhalb von zwei Stunden bis zu 25.000 Mal aufzurufen. Die OrganisatorInnen hatten eine Online-Protest-Software programmiert, mit deren Hilfe die DemonstrantInnen automatisiert Fluganfragen an die Datenbanken der Buchungsserver stellen konnten. (vgl. ak 450) Die Lufthansa AG, die sich bei der Aktionärsversammlung im Zeichen des Internet-Booms als "Netzkonzern" präsentieren wollte, scheute keine Mühe, um ihre Homepage erreichbar zu halten. Zusätzliche Serverkapazitäten waren angemietet worden; bei Überlastung schalteten die Techniker kurzfristig zwischen verschiedenen Breitbandnetzen hin und her. Vom Deutschen Forschungs-Netz, an das der Großteil der Hochschulen angeschlossen ist, war der Zugriff auf die Lufthansa-Homepage pauschal gesperrt worden. Vielerorts waren unter lufthansa.com trotzdem nur leere Bildschirme zu sehen: "Die Antwortzeiten für bei der Lufthansa anfragende Interessenten und Kunden in dem genannten Zeitraum (lagen) zeitweise zwischen drei bis zehn Minuten, was zu einem deutlichen Buchungsrückgang und damit verbundenen Einnahmeausfall bei der Gesellschaft führte", so resümiert die Anklageschrift die Wirksamkeit der Demonstration.

Versammlungsort: www.lufthansa.com

Schon im Vorfeld war es zu Kontroversen über die Legalität der neuen Protestform gekommen: "Die Bundesregierung spricht einer solchen Demonstration im virtuellen Raum ihre Rechtmäßigkeit ab", erklärte eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums, denn: "Die im Artikel 8 Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit ist nur auf die physische Anwesenheit im realen öffentlichen, und nicht im virtuellen Raum zu beziehen." Das Ministerium riet der Lufthansa AG zur Anzeige und wies darauf hin, dass Datenveränderung als Computersabotage mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet würde. Die OrganisatorInnen indes pochten auf ihr Recht und argumentierten, das Netz sei ein öffentlicher Raum wie das Straßenland: "Wenn man im Internet schmutzige Geschäfte machen kann, kann man da auch demonstrieren." Um die Legalität zu unterstreichen, hatten die OrganisatorInnen vorab garantiert, dass keine Daten zerstört werden und jeder Demonstrationsteilnehmer durch seine IP-Adresse erkennbar sein werde. Die Demo war öffentlich angekündigt und beim Ordnungsamt Köln per Email angemeldet worden ("Versammlungsort: www.lufthansa.com"). Von den Strafandrohungen zeigten sich die OrganisatorInnen unbeeindruckt. Sie wiesen darauf hin, dass das Demonstrationsrecht "auch historisch gegen den Widerstand der Mächtigen durchgesetzt wurde".

Vier Monate nach der Demonstration zeigte sich, dass dies noch notwendig sein wird. Im Oktober 2001 brachen BeamtInnen der politischen Polizei die Tür des Frankfurter Dritte-Welt-Haus auf. In dem dort befindlichen Libertad!-Büro sowie in der Wohngemeinschaft des Inhabers von libertad.de beschlagnahmten die BeamtInnen insgesamt zehn Computer sowie CD-ROMs und Festplatten. (vgl. ak 455) Durch die Hausdurchsuchungen wurde die Initiative, die sich gegen staatliche Repression und für die Freiheit politischer Gefangener einsetzt, kurzfristig arbeitsunfähig. Seitdem befinden sich die Computer im Besitz der Frankfurter Polizei, die keine Bereitschaft erkennen lässt, die Rechner zurückzugeben. Vielmehr unterbreitete die Staatsanwaltschaft Libertad! ein Angebot, das Verfahren einzustellen; allerdings gegen ein

Schuldeingeständnis, den Verzicht auf Schadensersatz und den Verzicht auf Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände. Die Initiative lehnte das Geschäft ab, darauf hin wurde im Januar 2005 Anklage erhoben.

Jetzt geht die Auseinandersetzung in eine neue Runde. Dreieinhalb Jahre hat Oberstaatsanwalt Jörg Claude benötigt, um eine fünfseitige Anklageschrift wegen der Online-Demonstration vorzulegen. Darin wird die Auffassung vertreten, Libertad! habe "durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat - Nötigung gemäß §240 StGB - aufgefordert". Konkret wird dem Domain-Inhaber von libertad.de vorgeworfen, Texte und Aufrufe zur Online-Demo auf der Webseite der Initiative publiziert zu haben. Das Strafmaß bewegt sich bei Aufruf zu Straftaten, in diesem Falle Nötigung der Lufthansa, zwischen Geldstrafe und drei Jahren Haft. Als ZeugInnen will die Staatsanwaltschaft neben BeamtInnen des Bundeskriminalamts und des Frankfurter Staatsschutzes auch die Lufthansa-Pressesprecherin Bettina Adenauer aufbieten. Sie wird Rede und Antwort stehen müssen. Libertad! hat angekündigt, einen offensiven Prozess zu führen, um das Demonstrationsrecht zu verteidigen und auf das Ziel der Online-Demonstration hinzuweisen, Kritik an Abschiebungen zu üben.

Präzedenzfall Internet- Demonstration

Die Online-Demonstration hatte einige internationale Vorbilder. Das New Yorker Electronic Disturbance Theatre koordiniert seit Jahren "zivilen elektronischen Widerstand" im Internet. In Deutschland hat die Online-Demonstration bislang leider keine NachahmerInnen gefunden. Von Medien- und PolitikwissenschaftlerInnen sowie JuristInnen wurde das Phänomen allerdings ausführlich in Fachzeitschriften diskutiert; die Aktion war auch Thema von Dissertationen. Mit dem Prozess wird Internet-Protest in Deutschland nun erstmals eine juristische Würdigung erhalten. Es wird darum gehen, ob Freiheiten, die das Grundgesetz gewährt, auch im Internet übertragbar sind, wie es u.a. der Richter und Experte für Online-Recht, Sierk Hamann, fordert. Auf Grund des Präzedenzcharakters werden Internet-Rechtsexperten das Verfahren genau beobachten. Die zuständige Amtsrichterin indes ist bislang nicht als Fachfrau für Internet-Recht in Erscheinung getreten. Bekannt ist sie vielmehr durch ihre konsequente Aburteilungen von DemonstrantInnen, die während des Irak-Kriegs an der US-Airbase in Frankfurt protestiert hatten.

Weil der Protest im Internet trotz allem nur als Ergänzung zu dem auf der Straße gedacht war, demonstrierten Libertad! und kein mensch ist illegal im Juni 2001 auch vor und in der Lufthansa-Aktionärsversammlung. Wenn Protest angeklagt wird, ist es das mindeste, darauf auch mit Protesten zu antworten. Im Zusammenhang mit der Prozesseröffnung wird es in Frankfurt eine Protestkundgebung geben, zu deren Teilnahme bereits herzlich eingeladen wird.

Libertad!

5. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:37

Kein Aprilscherz: Online-Zugriff auf Kontodaten

Von April 2005 an können Steuerfahnder Konten vermeintlicher Steuersünder einsehen - ohne die/den KontoinhaberIn zu informieren. Finanzämter und über sie vermittelt die Arbeitsagentur oder Wohn- und Sozialämter haben dann Zugriff auf die Daten sämtlicher Konten und Depots bei deutschen Banken und Sparkassen. Steuerbeamte können in einem ersten Schritt zwar nur die Stammdaten eines Kunden - Name, Geburtsdatum oder Anschrift - sowie Angaben über weitere Konto-Verfügungsberechtigte abrufen. Erhärte sich aber der Verdacht auf Steuerbetrug, könnten die Behörden von Banken die Offenlegung der Guthaben und Geldbewegungen verlangen. Vor dem Bundesverfassungsgericht sind seit Herbst zwei Verfassungsbeschwerden sowie der Antrag auf eine einstweilige Anordnung anhängig. Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist von der Verfassungswidrigkeit des heimlichen Datenabrufs überzeugt. Er verletze das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, heißt es in der Stellungnahme des DAV-Strafrechtsausschusses. Zudem verletze die neue Regelung das Recht auf Gewährung von Rechtsschutz, da der Bürger nicht einmal im Nachhinein erfahre, dass seine Daten abgerufen wurden.

Totalüberwachung bei der Fußball-WM 2006

Am 1. Februar 2005 begann der Kartenverkauf für die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland. Der Haken bei der Sache: Wer sich ein Spiel der Fußball-WM im Stadion ansehen will, muss sich vorher komplett durchleuchten lassen. Bei der Kartenbestellung müssen nicht nur der Name und die Anschrift, sondern auch das Geburtsdatum, die Personalausweis- oder Passnummer angeben werden. Wer für Freunde Karten mitbestellt, ist gezwungen, auch deren Personendaten inklusive Geburtsdatum und Ausweisnummer einzutippen oder auf dem Bestellformular zu vermerken. Sämtliche Personendaten, darunter auch das angeblich nur zum Erkennen von Mehrfachbestellungen erforderliche Geburtsdatum, leitet der DFB an die WM-Sponsoren und die FIFA zu Werbezwecken weiter, wenn der/die BestellerIn damit einverstanden ist. Die Abfrage von Personalausweis- oder Passnummer geschieht auf Betreiben der Sicherheitsbehörden. Erst werden per Fragebogen also Personenprofile erstellt, die dann per RFID-Chip im Ticket mit Bewegungs-Profilen verknüpft werden können. Ein RFID-Chip funktioniert wie ein Mini-Sender: Die darauf gespeicherten Daten können von einem Empfänger-Gerät gelesen werden, ohne dass der Besitzer des Tickets dies merkt. Damit sind perfekte Bewegungsprofile von Fans im Stadion möglich. Lesegeräte können nicht nur am Eingang, sondern auch am Tor zu jedem Block oder am Fan-Shop angebracht werden, und die Verantwortlichen wissen jederzeit, wer sich wo aufhält. Die RFID-Chips sollen angeblich die Sicherheit bei der WM erhöhen - ein Wundermittel gegen Terroristen, Hooligans und Schwarzmarkt sollen sie sein.

BAW sichert Reisefreiheit für Rumsfeld

Generalbundesanwalt Kay Nehm wird gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld keine Ermittlungen wegen der Misshandlung und Folter von Gefangenen im Irak aufnehmen. Kurz vor dem Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz und kurz nach einem Treffen zwischen US-Außenministerin Condoleezza Rice und Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt die Bundesanwaltschaft, kein Ermittlungsverfahren gegen Rumsfeld und andere einzuleiten. Im Namen von vier irakischen Staatsbürgern und der US-Bürgerrechtsorganisation Center for Constitutional Rights (CCR) hatte der Berliner Anwalt Wolfgang Kaleck u.a. Donald Rumsfeld, den früheren CIA-Chef George Tenet und den ehemaligen US-Oberkommandierenden im Irak, General Ricardo Sanchez, im November bei der Bundesanwaltschaft wegen Kriegsverbrechen und Folter im irakischen Gefängnis Abu Ghraib angezeigt. (vgl. ak 491) Das CCR und der Republikanische Anwältinnen- und Anwaltsverein stützen ihre Strafanzeige auf das deutsche Völkerstrafgesetzbuch, dessen Einführung am 25. April 2002 einstimmig im Bundestag beschlossen wurde und das am 30. Juni 2002 in Kraft trat. Die Bundesanwaltschaft (BAW) argumentiert in ihrer Entscheidung, dass deutsche Ermittler die Strafverfolgung erst dann aufnehmen könnten, wenn US-Behörden nicht handelten. Dafür gebe es aber keine Hinweise. Zurecht wies der RAV allerdings darauf hin, dass die in den USA laufenden Ermittlungen und Strafverfahren sich ausschließlich gegen untere Befehlsränge richten. Das Center for Constitutional Rights und der RAV

wollen Rechtsmittel gegen den Bescheid der Bundesanwaltschaft einlegen: "Die Entscheidung kann nicht hingenommen werden. Mit dieser Entscheidung beugt sich das Recht der Macht", so der RAV.

Versammlungsrecht

Mit einer deutlichen Verschärfung des Versammlungs- und Strafrechts will die Bundesregierung Nazi-Aufmärsche künftig erschweren. So soll die angekündigte Demonstration der NPD am 8. Mai im Zentrum Berlins verhindert werden. Die Initiative zur Verschärfung des Versammlungsrechtes von Bundesinnenminister Otto Schily und Justizministerin Brigitte Zypries richtet sich gegen Demonstrationen an politisch sensiblen Orten wie dem Holocaust-Mahnmal nahe dem Brandenburger Tor in Berlin oder ehemaligen Konzentrationslagern. Auch das Verherrlichen von Nazi-Politikern soll künftig unter Strafe stehen. "Die Grenze der Meinungsfreiheit ist überschritten, wenn unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit die Opfer des Holocaust verhöhnt oder die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht oder verharmlost und dadurch der öffentliche Friede gefährdet wird", heißt es in einer entsprechenden Pressemitteilung des Bundesjustizministeriums. Im Versammlungsrecht will Schily eine Bestimmung einführen, wonach eine Demonstration verboten werden kann, wenn sie "an einem Ort stattfindet, der in eindeutiger Weise an die Opfer einer organisierten Menschen unwürdigen Behandlung erinnert und als nationales Symbol für diese Behandlung anzusehen ist". Die Orte sollen nach den Vorstellungen Schilys in einer Rechtsverordnung des Bundes aufgelistet werden. Denkbar ist aber auch, dies dem Bundestag oder den Länderparlamenten zu überlassen. Die Strafverschärfung betrifft den Tatbestand der Volksverhetzung. Die Gesetzesinitiativen sollen bereits in der nächsten Woche im Bundestag eingebracht werden.

6. Wahn und Kalkül. Die Singularität der Shoah und die Motive der Mörder

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:04

In knappster Form hat Yehuda Bauer die Singularität der Shoah, des Mordes an den europäischen Jüdinnen und Juden, begründet: "Im Fall der Nazis führte der ‚Erlösungsantisemitismus` zu einer präzedenzlosen Form des Völkermords. Die motivierende Ideologie war völlig unpragmatisch und irrational. Dem Völkermord an den Armeniern, der möglicherweise die nächstliegende Parallele zur Shoah darstellt, lagen politische und chauvinistische Motive zu Grunde, das heißt, er hatte eine sachliche Basis." (Bauer: 69)

Dass sowohl die Singularitätsthese als auch Bauers Begründung kritisiert wurde und wird, ist legitim und unvermeidlich. Einwände sind nicht allein politisch motiviert, sie kommen auch aus der Wissenschaft, etwa der vergleichenden Genozidforschung. So schreibt der Züricher Genozidforscher Dominik J. Schaller in der Einleitung eines kürzlich erschienenen Sammelbandes: "Der vergleichende und der beziehungsgeschichtliche Ansatz (der Genozidforschung; Anm. ak) werden durch die These von der Unbegreiflichkeit und Einzigartigkeit der Shoah in Frage gestellt. Die Vertreter dieser These postulieren, die Shoah entziehe sich dem menschlichen Verständnis, da das Motiv der Nationalsozialisten irrational gewesen sei und die eine ‚Ausrottung um der Ausrottung willen` betrieben hätten." (Schaller/ Boyadjian u.a.: 18)

Hier muss zunächst ein Missverständnis aufgeklärt werden. Die These von der "Einzigartigkeit" der Shoah impliziert nicht notwendigerweise auch ihre "Unbegreiflichkeit". Gerade Yehuda Bauer hat immer wieder die Position attackiert, die Shoah entziehe sich für alle Zeiten menschlicher Erkenntnis. Bauers Polemik gegen Elie Wiesel, dem er Trivialisierung und Mystifizierung vorwirft, hat Schaller an anderer Stelle selbst zitiert. (Kieser/Schaller: 42f.)

Auch in einem zweiten Punkt stiftet Schaller Verwirrung. Er schreibt: "Die Einzigartigkeitsthese ist unhistorisch und letztlich irrelevant. Hagen Schulze meint dazu: ‚Das Singuläre lehrt nichts für die Zukunft, denn es ist seiner Natur nach nicht wiederholbar.`" (Schaller/ Boyadjian u.a.: 18) Das ist keine zwingende Schlussfolgerung. Auch ein - historisch - singuläres Ereignis ist prinzipiell wiederholbar. Dieser Umstand bildet, bezogen auf die Shoah, einen entscheidenden Antrieb für Forschung und Erinnerungspolitik. Ebenso für "Erziehung nach Auschwitz", wie Theodor W. Adorno seinen berühmten Aufsatz überschrieb. Während Adorno das eine fundamentale Erziehungsziel darin sah, "dass Auschwitz nicht sich wiederhole", folgerte der Auschwitz-Überlebende Primo Levi aus dem singulären Ereignis Shoah: "Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen." Die Singularität der Shoah impliziert also nicht notwendigerweise auch die These, die Shoah sei unbegreiflich und unwiederholbar. Um solche Missverständnisse zu vermeiden, wäre es sinnvoll, Yehuda Bauers Vorschlag zu übernehmen und statt von Singularität von Präzedenzlosigkeit zu sprechen.

Präzedenzlos, aber nicht unwiederholbar

Um die Präzedenzlosigkeit der Shoah zu beweisen, muss man sie mit anderen Völkermorden vergleichen. Vor allem kommt man nicht umhin, die Motive der Völkermörder zu ergründen. In komprimierter Form dargelegt sind sie im Schlusswort zu Hitlers "zweitem Buch" aus dem Jahre 1928, der zu seinen Lebzeiten unveröffentlicht gebliebenen Fortsetzung von "Mein Kampf". Hier wird auch der Zusammenhang zwischen dem außenpolitischen Ziel, der Gewinnung von "Lebensraum" im Osten, und der Vernichtung der "internationalen jüdischen Völkermade" in brutalster Offenheit formuliert. Es besteht kein Zweifel, dass Hitler von seinen wahnhaften Vorstellungen über die verderbliche Macht "des Juden" zutiefst überzeugt war. Dessen "Endziel" sei "die Entnationalisierung, die Durcheinanderbastardisierung der anderen Völker (...) sowie die Beherrschung dieses Rassenbreies durch Ausrottung der völkischen Intelligenzen und deren Ersatz durch die Angehörigen seines eigenen Volkes." Während das Ziel des "jüdischen Lebenskampfes" in der "Versklavung produktiv tätiger Völker" bestehe, sei der "arische Lebenskampf" ein "Schwertkampf" - "das erbittertste Ringen um den Sieg des Judentums spielt sich zur Zeit in Deutschland ab. Hier ist es die nationalsozialistische Bewegung, die als einzige den Kampf gegen dieses fluchwürdige Menschheitsverbrechen aufgenommen hat." (Hitlers zweites Buch: 221ff.)

Dass er dieser Wahnvorstellung vom Kampf auf Leben und Tod gegen das Judentum bis zuletzt treu geblieben ist, zeigt sein politisches Testament vom 29. April 1945. Es endet mit dem Aufruf "zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum". (Enzyklopädie: 616)

Man könnte das als die Obsession eines Paranoikers bezeichnen; allerdings wurde diese Obsession von der gesamten NS-Führungsgruppe geteilt. Yehuda Bauer sieht als entscheidenden Träger der Shoah eine "enttäuschte, entwurzelte Intelligenzija", eine Gruppe von "Lumpenintellektuellen", die nach der deutschen Niederlage 1918 ein "pseudo-messianisches Regime und einen Führer" suchten und fanden. Wie Hitler, der "als radikalisierender Faktor fungierte", sahen sie in den Juden "die Hauptbedrohung der germanischen, nordischen, ‚arischen` Menschheit"; diese galt es zu vernichten, um die Nazi-Utopie der reinrassigen Volksgemeinschaft zu verwirklichen. (Bauer: 59f.)

Dass es um Völkermord ging, wurde zuweilen offen ausgesprochen. So schrieb das SS-Organ Das schwarze Korps kurz nach der Reichspogromnacht 1938: "Im Stadium einer solchen (kriegerischen; Anm. ak) Entwicklung ständen wir daher vor der harten Notwendigkeit, die jüdische Unterwelt genauso auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher eben auszurotten pflegen: Mit Feuer und Schwert. Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung." (zitiert bei Jäckel: 94) Am 30. Januar 1939 griff Hitler vor dem Reichstag das Thema wieder auf. Seine Rede gipfelte in der viel zitierten Drohung von der "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" im Fall eines neuen Weltkrieges - einer Drohung, die er im Laufe des Krieges noch vier Mal öffentlich wiederholte.

Saul Friedländer hat für den nazistischen Antisemitismus den Begriff "Erlösungsantisemitismus" geprägt: "Während der gewöhnliche rassische Antisemitismus nur ein Element im Zusammenhang einer umfassenden rassistischen Weltanschauung darstellt, ist im Erlösungsantisemitismus der Kampf gegen die Juden der beherrschende Aspekt einer Weltanschauung, in der andere rassistische Themen nur sekundäre Anhängsel sind." (Friedländer: 101) Die Formulierung "sekundäre Anhängsel" ist insofern problematisch, als sie eine Hierarchisierung der Opfer des Nationalsozialismus nahe legen könnte. Andererseits bringt sie klar zum Ausdruck, dass die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, und zwar aller Jüdinnen und Juden, für die Nazis absolute Priorität vor allen anderen Völkermorden hatte. So unterschieden sie bei der Ermordung der Roma und Sinti zumindest zeitweise zwischen sesshaften und nichtsesshaften. Auch bei der im Generalplan Ost vorgesehenen Unterwerfung der "Ostvölker" sollte es Differenzierungen geben. In den Gebieten, die von Deutschen besiedelt werden sollten, galten 31 von 45 Millionen Menschen als "rassisch unerwünscht". Während die meisten von ihnen nach dem "Endsieg" zum Tode verurteilt gewesen wären, hätte die für "germanisierungsfähig" betrachtete Minderheit eine Überlebenschance gehabt.

Antisemitismus als messianische Erlösungs-Fantasie

Auch Yehuda Bauer, der Friedländers Schlüsselbegriff "Erlösungsantisemitismus" übernimmt, sieht das Präzedenzlose der Shoah vor allem in der Motivation der Täter: "Sie stellten sich die Befreiung der Menschheit von den Juden in pseudo-religiösen, messianischen Begriffen vor." (Bauer: 42) Fünf Merkmale seien es, welche die Shoah von anderen Völkermorden unterschieden und zum weltweit einzigartigen "Symbol des Bösen" machten, schreibt Bauer. Erstens: "Kein bisher geschehener Völkermord basierte so vollständig auf Mythen und Halluzinationen, auf einer so abstrakten, nichtpragmatischen Ideologie, die dann mit äußerst rationalen, pragmatischen Mitteln in die Tat umgesetzt wurde." Zweitens ist die Shoah wegen ihres "globalen Charakters" präzedenzlos - d.h. wegen des Versuchs der Nazis, die Juden weltweit zu verfolgen und zu ermorden. Drittens war die Vernichtung da, wo die Nazis Juden in ihre Gewalt bekamen, total; hier räumt Bauer ein, dass auch die Vernichtung der Kariben durch die Spanier total war - mit dem bedeutsamen Unterschied, "dass die Vernichtung das faktische Ergebnis, niemals aber ausdrücklich Staatspolitik war." Das vierte Element der Präzedenzlosigkeit: "Weil Juden in der Hölle der Konzentrationslager die unterste Stufe einnahmen, wurden sie Opfer eines beispiellosen Verbrechens der totalen Demütigung und erlitten Schlimmeres als andere Opfer desselben Verbrechens." Das fünfte Element sieht Bauer in der von den Nazis versuchten "Revolution", mit der weltweit das Prinzip der "Rasse" durchgesetzt werden sollte. (Bauer: 71-78)

Dass es die an der Spitze der NSDAP organisierten Intellektuellen waren, die zu den "wichtigsten Vermittlern mörderischer Anordnungen" wurden, zeigt Bauer an etlichen Beispielen. Er tut das nicht, um die Masse der Mörder, Mittäter und "Zuschauer" zu entlasten, sondern um die spezifische deutsche Arbeitsteilung zu skizzieren: " (...) sobald der Führer seinen Willen äußerte und eine enthusiastische Klasse gebildeter

Menschen ihn unterstützte, war es nicht schwer, die einfacheren Leute zu finden, die das Erschießen und Totprügeln übernahmen und Kinder ermordeten." (Bauer: 58)

In der Wissenschaft ist der entscheidende Anteil Hitlers an der Entschlussbildung für den Völkermord mittlerweile weitgehend unumstritten. Von ihm kam der Befehl, den er - wahrscheinlich im September 1941 - Himmler gab und gegenüber Heydrich und Goebbels wiederholte. Sicher ist in jedem Fall, dass die Entscheidung vor dem 2. Oktober 1941 fiel. An diesem Tag wurde Himmler von Hitler bevollmächtigt, die Juden aus Saloniki zu deportieren. Diesen Vorgang, der in Anwesenheit hoher Nazi-Funktionäre (Heydrich, Keitel, Jodl) und mehrerer Offiziere stattfand, kommentiert Eberhard Jäckel: "Damit traf Hitler, indem er neben den sowjetischen und den deutschen auch die griechischen Juden einbezog, die erste Maßnahme zu der von ihm angekündigten Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa." (Jäckel: 117f.)

Der vor 20 Jahren geführte Streit der Historiker um die Entschlussbildung zum Völkermord scheint heute weitgehend gegenstandslos. Damals, u.a. 1984 auf einem hochkarätig besetzten Kongress in Stuttgart, ging es um die Frage, ob der Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden auf eine Initiative Hitlers zurückging oder sich aus den antijüdischen Maßnahmen in einer "Akkumulation" ergab. Die erste Interpretation wurde die "intentionalistische", die zweite die "funktionalistische" (oder auch "strukturalistische") genannt. Schon 1984 trat Saul Friedländer, als "gemäßigter Intentionalist" Hauptreferent des Stuttgarter Kongresses, für eine Synthese beider Ansätze ein. "Die Lähmung der Historiker", sagte er, "resultiert aus der Gleichzeitigkeit und Verquickung völlig heterogener Phänomene: messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe und administrative Erlasse, archaische Denkweisen in einer hoch entwickelten Industriegesellschaft." (zitiert bei Jäckel/Rohwer: 48)

Die Kombination von Fanatismus und Bürokratie ist eines der Wesensmerkmale des Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden. Der aus der DDR stammende Historiker Kurt Pätzold sieht auch bezüglich der Motive ein Geflecht von "Wahn und Kalkül". In einem Vortrag, den er am 30. Oktober 2003 an der Hamburger Universität hielt, sagte Pätzold: "Die Täter an der Staatsspitze und auf den Führungsebenen mögen unterschiedlich motiviert gewesen sein und der Mischungsgrad von Wahn und Kalkül mag sich von Judenfeind zu Judenfeind unterschieden haben. Im gesellschaftlichen, faschistischen Ganzen indessen wirkte beides ineinander, konnte dieser jenes verstärken und umgekehrt." (gekürzte Fassung in junge Welt, 29.11.2003)

Worin bestand laut Pätzold das Kalkül? In der Phase der Enteignung und Vertreibung der Juden aus Deutschland und Österreich sind die materiellen Interessen offenkundig: Nicht-jüdische Kleinhändler, Bankiers und Großunternehmer profitierten von der Arisierung jüdischen Eigentums, Bildungsbürger machten nach der Ausschaltung der jüdischen Konkurrenz Karriere, der Staat füllte seine Kriegskasse. Aber schon in dieser Phase spielte der Rassenwahn ebenfalls eine wichtige Rolle. Pätzold: "Ideologische, politische und materielle Antriebe bildeten ein Geflecht, dessen Anteile quantitativ nicht bestimmt werden können."

Aber auch die 1941 begonnene systematische Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden sieht Pätzold nicht als "Tat jenseits aller ökonomischen Zweckmäßigkeit" (Hannah Arendt). Die immer wieder zu hörende Behauptung, die Deportationszüge hätten Vorrang vor den Truppentransporten gehabt, hatte er schon vor Jahren in seinem Aufsatz "Judenmord und Kriegsaufwand" als Legende widerlegt. (Berliner Debatte 5/1993) Er hat auch recht, wenn er das von den Nazis angestrebte "Großgermanische Weltreich" als ein "neuzeitliches kapitalistisches Gebilde" bezeichnet. Aber warum dieses Reich "ein Staat ohne Juden" sein musste, ist aus kapitalistischem "Kalkül" eben nicht zu erklären.

Gerade in der Phase des "totalen Krieges", in der alle Energien für den "Endsieg" mobilisiert werden sollten, dominierte der Wahn wirtschaftliche und militärische Überlegungen. Knut Mellenthin hat diesen entscheidenden Sachverhalt dargestellt: "Arbeitsfähige Juden, darunter viele absehbar nicht voll zu ersetzende Facharbeiter und Handwerker, zu töten oder unter bewusst barbarisch konstruierten Arbeitsbedingungen schnellstens ‚abzunützen`, ergab unter keinem pragmatischen Gesichtspunkt einen Sinn. (...) Auf dem Höhepunkt des Krieges wurden auf Grund der nazistischen Wahnvorstellungen auch die wenigen noch in Deutschland verbliebenen ‚Rüstungsjuden` insgesamt aus dem Produktionsprozess genommen und in die Vernichtungslager abtransportiert." (ak 375)

Götz Aly und das schöne Leben im NS-"Sozialstaat"

Nichtsdestotrotz bleibt Götz Aly dabei, die Shoah mit einer "gnadenlos instrumentalisierten Vernunft" zu erklären. In einem Interview der taz (15.1.2005) hat er diese These sogar noch zugespitzt - sehr zur Freude der taz-Redaktion, die in seinen Auslassungen über das schöne Leben im NS-"Sozialstaat" die umsatzfördernde Provokation witterte. Eine volksgemeinschaftliche Idylle auf der Titelseite stimmt die LeserInnen ein: Es gab "Wohlstand für alle im NS-Staat" (taz). Die rhetorische Frage des Interviewers Robin Alexander - "So etwas wie Hartz IV hätte Hitler seinen Deutschen niemals zugemutet?" - dient nur als Stichwort. Aly antwortet wunschgemäß: "Den einfachen Leuten ging es im Nationalsozialismus gut"; statt "plakativ mit Namen wie ‚Flick`, ‚Krupp` oder ‚Deutsche Bank` zu operieren", sollte man sich ehrlicherweise eingestehen, dass Entschädigung für die im Zweiten Weltkrieg angerichteten Schäden nur möglich wäre, "wenn wir sämtliche Einkommen und Renten in Deutschland halbieren."

Hitler wird bei Aly nicht nur zum Garanten von "sozialer Wärme", "sozialer Gerechtigkeit" und "Chancengleichheit", sondern auch zum "Befreier" der Frauen - weil die während des Krieges, als ihre Männer an der Front waren, erstmals allein über das Familieneinkommen verfügen konnten. Zur Erklärung der Shoah, dem eigentlichen Thema des Interviews (Überschrift: "Der Holocaust geschah zum Vorteil aller Deutschen"), hat Aly außer Glaubenssätzen wenig zu bieten: "Man versteht den Holocaust nicht, wenn man ihn nicht als den größten Massenraubmord der modernen Geschichte begreift. Es ging vom ersten Tag an um Geld." Geld, das angeblich vor allem für den "nationalsozialistischen Sozialstaat" gebraucht wurde. Dessen Expansion, so Aly, "erzeugte ständig die Lust nach mehr". Bei einer Reduzierung von Löhnen und Sozialleistungen "hätten die Leute (Hitler) sofort die Gefolgschaft verweigert. Das zu verhindern, war ihm jedes Mittel recht. Hitler wusste genau, Sozialabbau konnte er sich nicht leisten." Der "Führer" - ein Getriebener, ein Opfer der Volksgenossen, die ihn mit ihrem Anspruchsdenken zum Völkermord trieben? Auch so lässt sich das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte banalisieren.

Yehuda Bauer hat schon vor Jahren deutlich gemacht, was er von Alys Interpretation hält: "Kein ernst zu nehmender Historiker hat jemals behauptet, Raub sei das grundlegende Motiv für den Mord gewesen. Raub ergab sich als Folge der Shoah, war jedoch nicht deren Ursache." (Bauer: 72) Dabei behauptet er keineswegs, selbst schon die "Wahrheit" entdeckt zu haben. Im Gedenkjahr 1995 schrieb er in ak 375: "Im Grunde beschäftigen wir uns erst seit den sechziger Jahren mit dem Holocaust, davor wurde nicht davon gesprochen, und 35 Jahre reichen nicht, um genügend Abstand zu gewinnen. Vielleicht bessern sich die Dinge in weiteren 50 Jahren; ich bin optimistisch."

Js.

Literatur:

Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah aus historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2001

Enzyklopädie des Holocaust, herausgegeben von Israel Gutman, Eberhard Jäckel, Peter Longerich und Julius H. Schoeps. Piper Verlag, München und Zürich, 1995

Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, C.H. Beck Verlag, München, 1998

Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1961

Eberhard Jäckel: Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1986

Eberhard Jäckel, Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1987

Hans Lukas Kieser, Dominik J. Schaller (Hg.) Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah. Chronos Verlag, Zürich, 2002

Dominik J. Schaller, Rupen Boyadjian, Vivianne Berg, Hanno Scholtz (Hg.): Enteignet - Vertrieben - Ermordet. Beiträge zur Genozidforschung. Chronos Verlag, Zürich, 2004

7. Karikiert, diskriminiert, vernichtet. "Zwischen Charleston und Stechschritt" dokumentiert die Verfolgung der Schwarzen im NS

"Zwischen Charleston und Stechschritt" dokumentiert die Geschichte der Verfolgung der Schwarzen im NS

Autor: Susann Witt-Stahl · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:16

"In 100 Jahren wird Europa von Negern regiert" - unzählige Überschriften dieser Art fanden sich in den 1930er Jahren in den Gazetten der national-völkisch gestimmten Gesellschaft, um die Angstfantasien des "weißen Kulturvolks" vor der "Farbigen-Front" anzuregen. Die schwarzen "Hetzer erzählen den aufmerksam zuhörenden Rassebrüdern vom kommenden großen Reich Afrika, das dereinst die Welt beherrschen wird, auch das ferne und kalte Land Europa, in dem die Weißen wohnen", beschwört der deutsche Autor Paul Coelestin Ettighofer 1938 in seinem Buch "Mit dem Auto und Kamera durch unsere Kolonien" den finalen "Rassenkampf".

Im Auftrag des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln ist nun endlich ein Buch erschienen, das eine umfassende kritische Analyse der Ansichten und Auffassungen darbietet, die die Nationalsozialisten von den Schwarzen hatten. Dabei findet auch der historische Kontext ausreichende Berücksichtigung, in dem die rassistischen Vorurteile entstanden waren. In 34 wissenschaftlichen Beiträgen wird der Geschichte der "Neger" als Schauobjekte, Diskriminierte und Vernichtete in allen Schichten und Bereichen der Gesellschaft bis hinein in die Nischen des NS-Staates nachgegangen. Anhand diverser biografischer Aufzeichnungen rekonstruieren die AutorInnen, darunter afrikanische HistorikerInnen und LiteraturwissenschaftlerInnen, auch Einzelschicksale. Viele Verfemte bekommen wieder ein Gesicht, einen Namen, erhalten individuelle Identitätsmerkmale zurück, derer die NS-Propaganda sie einst beraubt hatte.

Der Tatsache, dass die Geschichte der Verfolgung der Schwarzen im Nachkriegsdeutschland der Weimarer Republik ihren Anfang nimmt und weit hinein in die Bundesrepublik reicht, tragen die HerausgeberInnen Peter Martin und Christine Alonzo ausgiebig Rechnung: Wurden AfrikanerInnen, AfroamerikanerInnen und -europäerInnen nach dem Ersten Weltkrieg während der Rheinlandbesetzung ("die schwarze Schmach") als "dunkler Verrat" der Siegermächte an Europa wahrgenommen, fristeten sie in den 1920er Jahren meist ein trauriges Dasein als exotische Attraktion und lukrativer "Verkaufsschlager" im Showgeschäft. Zudem ist in dem Band sowohl das Fortdauern der NS-Propaganda im deutschen Kollektivbewusstsein, in der politischen Kultur der neuen Demokratie und des Wissenschaftsbetriebs nach 1945 dokumentiert, als auch das hartnäckige Leugnen und Verschweigen der Verbrechen, die die ehemalige "Volksgemeinschaft" an den Schwarzen verübt hatte.

Karikatur als rassistisches Stereotyp

Schwarze bildeten in Deutschland numerisch betrachtet eine kaum nennenswerte Minderheit: zwischen dem Ersten Weltkrieg bis 1945 lebten hier nur rund 2.500 bis 3.000 Menschen. Aber da sie durch ihr anderes Äußeres besonders leicht als Fremde identifizierbar waren, wiesen ihnen die NationalsozialistInnen eine symbolisch-propagandistische Schlüsselrolle im Rassen- und Kulturkampf zu: Sie wurden zum personifizierten und verabscheuungswürdigen Gegenbild des "nordischen Menschen" stilisiert - zum "negroiden Untermenschen", der aus dem deutschen "Volkskörper" "ausgeschieden" werden sollte.

Um Schwarze in den Anschauungen der deutschen Bevölkerung unter den Generalsingular "der Wilde" zu zwingen und zum Inbegriff von Barbarei zu machen, setzten die Nazis vor allem auf die Macht der Bilder. Daher liefern die um höchstmögliche Unmittelbarkeit der Darstellung und Authentizität bemühten HerausgeberInnen nicht nur einen großen Reichtum an Originalquellen, sondern auch 480 Abbildungen, die den LeserInnen den Leidensweg der Schwarzen in Deutschland eindringlich vor Augen führen.

Für ihre Hetz-Propaganda gegen Schwarze bedienten sich die Nazis bevorzugt der Karikatur. Dieses Genre bietet die Möglichkeit, vermeintlich typische Merkmale der Hass-Objekte zu überzeichnen, sie einer

animalisierenden Verfremdung zu unterwerfen und die Opfer zu entindividualisieren. Ferner konnten durch die Karikatur zugleich rassistische Stereotypen sinnlich einprägsam vermittelt und die Schaulust der RezipientInnen befriedigt werden. In den 1930er Jahren sollte dann mit der zunehmenden Verbreitung illustrierter Zeitschriften die Fotografie diese Funktion übernehmen - mit dem Unterschied, dass Fotos, da ihnen der Schein unbestechlicher Objektivität anhaftet, weitaus mehr tiefenpsychologische Wirkung erzielen konnten.

Die Bildermaschine wurde auch in Gang gesetzt, um dem Nazi-Axiom "Hinter ‚dem Schwarzen` steht immer ‚der Jude`" im kollektiven Bewusstsein der Deutschen zu sedimentieren. Dabei wurden Schwarze und Juden gleichermaßen als "hässliche fremde Elemente" und "natürliche Verbündete" dargestellt. Wenn es darum ging, den Topos des "jüdischen Drahtziehers" zu perpetuieren, der sich "des Schwarzen" bedient, um sein "schändliches Spiel" mit den "ehrlichen Deutschen" zu treiben, versuchten die NS-PropagandistInnen die Angst der "Volksgemeinschaft" vor sexueller Konkurrenz zu schüren: "Die Bilder des jüdischen oder schwarzen Verführers der weißen deutschen Frau, die Bilder des Tanzes, des Flirts mit ihr, ihrer Vergewaltigung und Entführung, sie alle gehören zum selben Angstmuster", wie die niederländische Historikerin Dienke Hondius in ihrem Beitrag "Vergleich der Feindbilder ‚Schwarze` und ‚Juden in Nazi-Deutschland`" schreibt. Um das Ideal der "weißhäutigen Schönheit" als Monopol für den "arischen Herrenmenschen" zu vereinnahmen und ihrer Behauptung einer physischen Inferiorität "des Juden" Nachdruck zu verleihen, wurden Juden im NS-Propagandamaterial nicht selten mit dunkler Hautfarbe abgebildet.

Feindbild Schwarzer - Feindbild Jude

So machten die Nazis die Schwarzen sukzessive zur Zielscheibe des gewaltbereiten "Volkszorns". "Genau wie die Deutschen werden sie - als Feinde der Deutschen - uniformiert, sind wie sie ohne Gesicht, nur noch ‚Masse`, bloß Elemente des Kollektivs", erklären die HerausgeberInnen Alonzo und Martin. "Sie scheinen dann ihrer konkreten Menschlichkeit beraubt, in vielen Augen verdinglicht, als subhumane Wesen, für die die Grundsätze der menschlichen Gesellschaft nicht unbedingt gelten."

Susann Witt-Stahl

Peter Martin, Christine Alonzo (Hg.) - Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus. Dölling und Galitz Verlag, 760 S. geb., 29,80 Euro.

8. Widerstand ist möglich. Gegen 1-Euro-Jobs kann auf vielfältige Weise vorgegangen werden

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:17

Ob und wie Hartz IV umgesetzt wird, entscheidet sich nicht zuletzt in den dezentralen Auseinandersetzungen vor Ort. Vieles ist hier noch unklar und im Fluss, und entsprechend anfällig für vielfältige Störungen sind die beabsichtigten Maßnahmen. Das gilt auch und besonders für die so genannten 1-Euro-Jobs.

Geht es nach dem Willen der Hartz IV-Strategen, dann wird die so genannte "aktive Arbeitsmarktpolitik" flächendeckend und vollständig durch Pflichtarbeiten für Erwerbslose ersetzt. 600.000 dieser 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten sind bundesweit geplant, 10.000 in Hamburg und 7.200 allein im Berliner Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain. Dafür wird viel Geld in die Hand genommen, allein in Hamburg stehen für "Arbeitsmarktpolitik" so viele Finanzmittel zur Verfügung wie nie zuvor.

Doch was oben geplant und anschließend tatsächlich umgesetzt wird, ist auch im Falle der Arbeitsgelegenheiten nicht dasselbe. An vielen Ecken und Kanten knirscht es bei der Umsetzung im Gebälk. So sind viele der 1-Euro-JobberInnen, die in diesen Tagen und Wochen bei Trägern und Einrichtungen arbeiten, ehemalige ArbeitslosenhilfebeziehrInnen, die sich noch im Herbst/Winter 2004 mangels realer Jobperspektiven "freiwillig" zu 1-Euro-Einsätzen gemeldet hatten. Vielerorts sind die Arbeitsagenturen angesichts des allgemeinen Verwaltungschaos, das mit Hartz IV über sie hereingebrochen ist, überhaupt noch nicht in der Lage, Alg-II-BezieherInnen in großem Umfang in die Zwangsdienste zu pressen.

Betriebsräte als Sand im Getriebe

Kein Zweifel: Bei 300 bis 600 Euro Kopfprämie pro 1-Euro-JobberInnen winkt für manche Träger und Einrichtungen ein lukratives Geschäft. Doch angesichts der Größenordnungen von hunderten oder gar tausenden ZwangsdienstlerInnen sind die wenigsten Beschäftigungsträger und sonstigen Einrichtungen in der Lage, diese Menschen direkt in eigenen Betriebsstätten unterzubringen. Ob das Geschäft mit der Erwerbslosigkeit also realisiert werden kann, hängt ganz entscheidend davon ab, ob sich genügend KooperationspartnerInnen finden, die die 1-Euro-Kräfte "abnehmen". Jede Schule, jede Kirchengemeinde, jede soziale Einrichtung, die sich einer solchen Kooperation verweigert, trägt so dazu bei, Sand ins Getriebe der Pflichtarbeit zu streuen (siehe nebenstehende Dokumentation).

Wenn es darum geht, den Einsatz von PflichtarbeiterInnen zu unterbinden oder zumindest in erheblichem Maße zu erschweren, dann kommt den innerbetrieblichen Interessenvertretungen der Beschäftigten eine maßgebliche Rolle zu. 1-Euro-ZwangsdienstlerInnen sind zwar keine regulären ArbeitnehmerInnen, doch ihre Beschäftigung ist dennoch in aller Regel mitbestimmungspflichtig. Das gilt auf jeden Fall für solche Träger und Betriebe, die etwa als Beschäftigungsträger direkt ZwangsdienstlerInnen zugewiesen bekommen. Die Integration in die innerbetriebliche Weisungshierarchie und die "Fürsorgepflicht" der Geschäftsleitung begründet hier einen unmittelbaren Mitbestimmungstatbestand. Betriebs- und Personalräte müssen daher der Beschäftigung von 1-Euro-Kräften zustimmen. Sie können sie ablehnen, wenn die Kriterien der "Zusätzlichkeit" und des "öffentlichen Interesses" nicht erfüllt sind, und sie können strenge Betriebsvereinbarungen aushandeln, nach denen 1-Euro-Kräfte beispielsweise das Recht haben, an Betriebsversammlungen teilzunehmen, vom Betriebsrat beraten zu werden oder auch sich umfassend selbst zu informieren. Auch verbindliche Übernahmeverpflichtungen können so vereinbart werden.

Nach jüngsten Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts kann sich die Mitbestimmungspflicht auch auf 1-Euro-JobberInnen erstrecken, die im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen von "Fremdfirmen" nur "ausgeliehen" sind. (1) Auch hier gilt, dass der Mitbestimmungstatbestand in dem Moment greift, wo diese Kräfte - obwohl formal etwa bei einem Beschäftigungsträger angestellt - in die innerbetriebliche Weisungshierarchie des "Entleihers" integriert sind oder z.B. dessen Arbeitsgeräte und Arbeitskleidung benutzen. Das dürfte in den allermeisten Fällen zutreffen. Der Personalrat einer Schule oder die MitarbeiterInnenvertretung eines Kirchenkreises kann also sein/ihr Veto einlegen, wenn etwa eine 1-Euro-Vertretung für einen erkrankten Hausmeister engagiert werden soll. Zumindest aber könnte die Personalvertretung darauf bestehen, dass diese Vertretung einen - wenn auch befristeten - regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag erhält.

Stammtische und Selbstorganisation

Diese Beispiele machen deutlich, wie wichtig die Kommunikation mit engagierten GewerkschafterInnen, Betriebs- und Personalräten ist, wenn es darum geht, die 1-Euro-Maschinerie zu blockieren. Neben dem politischen Druck auf Träger und Einrichtungen und dem widerständigen Verhalten der Personalvertretungen ist die (Selbst-)Organisation der Betroffen ein drittes Moment im Widerstand gegen die 1-Euro-Zwangsdienste. In Berlin hat es bereits mehrere erstaunlich gut besuchte 1-Euro-Stammtische gegeben. In Hamburg und anderswo gibt es Versuche seitens gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen, die Gewerkschaften dazu zu bewegen, Geld und Ressourcen für Beschwerdestellen und Betroffenentreffs zur Verfügung zu stellen. Einen ähnlichen Gedanken verfolgt das Agenturschluss-Bündnis mit der Idee der Informationssammelstellen, mit denen die konkrete Praxis der Arbeitsagenturen vor Ort beobachtet und ausgewertet werden soll (vgl. ak 491). Aus diesem Kreis heraus wird im übrigen auch zu einem bundesweiten dezentralen Aktionstag gegen 1-Euro-Jobs mobilisiert. Angedacht ist dabei der 25. März.

dk

Anmerkung:

1) vgl. die Beschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts vom 8.1.2003, Der Personalrat 2004, S. 148 und vom 13.4.2004; Der Personalrat, S. 269

9. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:09

Billiglohnparadies BRD

Während die Unternehmerverbände nicht müde werden, um über zu hohe Löhne und regulierte Arbeitmärkte in Deutschland zu klagen, gilt die Bundesrepublik anderswo bereits als Niedriglohnparadies. So haben die beiden dänischen Fleisch-Konzerne Tulip und Danish Crown die Schließung von zwei Großschlachthöfen und die Standortverlagerung nach Oldenburg, Boitzenburg und Schüttdorf angekündigt.

In einem TV-Streitgespräch mit Ministerpräsident Rassmussen hat Gewerkschaftschef Bostrup klar gemacht, worin er die Gründe für die Produktionsverlagerungen sieht: "Es herrschen Wildwestzustände in Deutschland und sie zahlen dort Hungerlöhne." Und die größte dänische Tageszeitung Jyllandsposten schreibt: "Deutsche Schlachtereiarbeiter kosten ein Drittel so viel wie dänische." Dabei nutzen die Konzerne den massiven Einsatz von osteuropäischen ArbeitsmigrantInnen in der deutschen Fleischveredelung. Danish Crown etwa handelt mit den deutschen Kolonnenführern Werkverträge von ca. einem Jahr aus und zahlt denen dafür ein Honorar für eine bestimmte Menge Fleisch. "Für uns ist uninteressant, was als Stundenlohn ausgezahlt wird und in welcher Form die Arbeiter ihren Lohn bekommen. Wir sehen nur die Gesamtkosten", so eine Firmensprecherin.

13.000 Menschen sind bei Danish Crown in Dänemark beschäftigt. Auf die Frage, warum das Unternehmen denn auf migrantische KolonnenarbeiterInnen in Deutschland zurückgreife und nicht auf ArbeitsmigrantInnen in Dänemark, lautete die Antwort des Unternehmens: "Hier haben wir Tarifverträge an die wir uns halten." Und Gewerkschafter Bostrup: "Wir Dänen sind zu fast hundert Prozent organisiert. In Deutschland gehören in diesen Betrieben ja oft weniger als zehn Prozent der Gewerkschaft an."

Focus, www.labournet.de

Heißer Winter in Algerien

Der Export von Öl und Gas ist Algeriens wichtigster Devisenbringer. Und dennoch (oder gerade deswegen) sind im Land selbst Heizenergie und Treibstoff für viele Menschen unerschwinglich. Viele können sich notwendige Busfahrten oder Gasflaschen zum Heizen nicht mehr leisten. Die gestiegenen Energiepreise haben Ende Januar zu heftigen Unruhen in Nordalgerien geführt. In etlichen Bezirkshauptstädten wurden staatliche Gebäude angegriffen und angezündet, Straßen mit brennenden Autoreifen blockiert. Damit hat die seit dem Frühjahr 2001 anhaltende Serie von lokalen und oft spontanen Erhebungen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Am 14. Januar hatte die Regierung die Preise für Butangasflaschen und für Dieselkraftstoff am Parlament vorbei eigenmächtig erhöht. Eine Flasche Gas ist nun rund 20 Prozent teurer und kostet umgerechnet ca. zwei Euro. Sechs solcher Flaschen braucht eine Familie, um durch einen normalen Winter zu kommen - bei einem Mindestlohn von 120 Euro und einer Arbeitslosenunterstützung von maximal zehn bis 30 Euro. Doch dieser Winter ist nicht normal. Der Kälteeinbruch Ende Januar bescherte dem Land Schneefälle bis tief in die Sahara hinein. Vor allem das Atlas-Gebirge erlebte dramatische Temperatureinbrüche. Kein Wunder, dass dort die Revolten zuerst ausbrachen.

Die Regierung will mit aller Härte gegen die "Rädelsführer" von Elendsrevolten vorgehen. So wurden im Bezirk Djelfa 33 meist jugendliche Angeklagte abgeurteilt. Sechs von ihnen erhielten mehrmonatige Haftstrafen ohne Bewährung. Rund 20 Angeklagte warten noch auf ihre Gerichtsverhandlung, ebenso wie 26 "Aufrührer" im westalgerischen Tiaret.

Bernhard Schmidt, www.labournet.de

Riots in Usbekistan

Zu heftigen Straßenschlachten und Unruhen ist es im November 2004 in Usbekistan gekommen. Am 1. November waren es 6.000 wütende ArbeiterInnen und KleinhändlerInnen, die in der Stadt Kokand auf die Straße gegangen waren. Es folgten weitere Zusammenstöße in Fergana und Margilan.

Hintergrund des kollektiven Zorns sind neue Zoll- und Steuerbestimmungen, die seit einiger Zeit auf den Märkten der Region gelten. Auch Klein- und KleinsthändlerInnen brauchen nun für jeden Schritt spezielle Lizenzen, Steuererklärungen, Import- und Exportdeklarationen, Bankauszüge etc. Allein in Kokand sind 1.200 HändlerInnen nicht registriert. In verschiedenen Basaren kam es zu massiven Razzien der Steuerbehörden, wobei vielfach Waren beschlagnahmt wurden. In anderen Orten wurden sogar ganze Märkte geschlossen, um den unlizenzierten Handel zu unterbinden.

Die Unruhen begannen, als 300 HändlerInnen in Kokand ihre beschlagnahmten Waren zurückverlangten. Im Zuge des hitzigen Zusammenstoßes mit Steuerbeamten und der Polizei waren drei Beamte und ein Polizist von der wütenden Menge schwer verprügelt worden. Die HändlerInnen hatten zudem das Gebäude gestürmt, in dem die konfiszierten Waren gelagert wurden und die anrückende Polizei mit Steinen beworfen. Über einen längeren Zeitraum wurden Straßen blockiert und Autos in Brand gesetzt.

Zur Zeit der Sowjetunion waren 70% der Bevölkerung von Kokand in den staatlichen Industrieunternehmen beschäftigt, doch mit der Unabhängigkeit Usbekistans 1991 wurden die meisten dieser Betriebe geschlossen. Die Basare sind eine der wenigen Orte, wo es noch Aussicht auf Beschäftigung gibt.

www.labournet.de

Maquiladoras in Mexiko

Aus dem Herbst 2004 stammt eine Untersuchung des Comite Fronterizo de Obreros (CFO) über Maquiladoras in Mexiko. Demnach existierten zum Stichtag 1. Juli 2004 insgesamt 2.804 Maquiladora-Betriebe in Mexiko mit insgesamt 1,1 Mio. Beschäftigten. Das sind fast 10% aller registrierten Beschäftigten. Der Anteil der Männer beträgt insgesamt 51%, in der Produktion jedoch dominieren mit 54% Frauen (in der "regulären" Wirtschaft beträgt ihr Anteil 30%.) Der größte Teil der Maquiladoras (2.057 Betriebe mit 875.000 Beschäftigten) befindet sich in den fünf nördlichen Bundesstaaten im Grenzbereich zu den USA, davon allein 869 Betriebe in Baja California. Maquiladoras beschäftigen zwischen fünf und 3.000 Arbeiterinnen.

Seit in Kraft treten der NAFTA-Verträge am 1.1.1994 hat sich die Zahl der Betriebe verdoppelt. Dabei ist vor allem die Verschiebung in immer billigere Regionen etwa an der Grenze zu Texas bemerkenswert. In Reynosa z.B. werden im Durchschnitt um ein Drittel niedrigere Löhne gezahlt als in Baja California. Die Maquiladoras sind nach wie vor reine Zwischenverarbeitungsbetriebe für den Export. Eine ökonomisch nachhaltige Verbindung zum Rest der mexikanischen Wirtschaft besteht bis heute nicht. Indiz dafür ist auch, dass die Krise des Jahres 2000 in kürzester Zeit bis zu 30% aller Maquila-Arbeitsplätze gekostet hat - häufig durch Produktionsverlagerung in den noch billigeren asiatischen Raum.

Die Maquiladoras tragen dazu bei, dass der Hauptbestandteil der mexikanischen Armutsbevölkerung keineswegs die formell Erwerbslosen sind, sondern die zu Hungerlöhnen arbeitenden Working poor. Im Jahr 2004 betrug der gesetzliche Mindestlohn in den nördlichen Bundesstaaten ca. 4,10 Dollar pro Tag. Die Preise für die sehr eng gefasste CFO-Grundbedürfnisliste für eine vierköpfige Familie sieht demgegenüber Ausgaben von 34 Dollar pro Woche vor.

www.labournet.de

Streiken lohnt sich

Drei Jahre lang hatten die ArbeiterInnen des Euzkadi-Werkes im mexikanischen Guadalajara gestreikt. Mitte Januar 2005 haben sie gewonnen: Das Werk wird wieder eröffnet, die Arbeitsplätze bleiben erhalten, das Unternehmen zahlt die ausstehenden Löhne und die ArbeiterInnen werden 50%ige MiteigentümerInnen des Werkes. Im Dezember 2001 hatte der deutsche Reifenhersteller Continental das Werk in Mexiko widerrechtlich geschlossen. Was folgte, waren ein langer Arbeitskampf und aufreibende Gerichtsverfahren, in denen Continental die Euzkadi-Schließung legalisieren und den Streik kriminalisieren wollte. Erst im Dezember 2004 hatte das höchste mexikanische Arbeitsgericht den Streik endgültig als rechtmäßig anerkannt mit der Konsequenz, dass sich jetzt auch die mexikanische Regierung für die Wiedereröffnung von Euzkadi einsetzte.

Die zugesagte finanzielle Unterstützung in Verbindung mit den Übernahmeinteressen des wichtigsten Continental-Konkurrenten in Mexiko, Llanti-Systems, hatte die Wiedereröffnung zusätzlich beschleunigt. Auf 80 Mio. US-Dollar wird der Wert von Euzkadi geschätzt.

www.labournet.de

Erst besetzen, dann enteignen

Nahezu zeitgleich mit dem Erfolg der Euzkadi-ArbeiterInnen hat Venezuelas Präsident Hugo Chavez den Papierhersteller Venepal per Dekret enteignet. Die Firma, noch vor zehn Jahren die größte Papierfabrik Lateinamerikas, hatte Anfang Dezember Konkurs angemeldet. Seit über einem Jahr wurde die Fabrik in Morón, vier Autostunden westlich von Caracas, von ihrem Eigentümer systematisch in den Ruin getrieben, schließlich ist er auch Teilhaber am Papierkonzern Smurfit, dem Hauptkonkurrenten von Venepal in Venezuela.

Seit dem Juli 2003 hatten die verbliebenen 350 Arbeiter und ihre Familien die Fabrik besetzt, um die geplante Stilllegung zu verhindern, doch im September desselben Jahres wurde das Werk geschlossen. Die BesetzerInnen forderten daraufhin die Nationalversammlung auf, Venepal im öffentlichen Interesse zu nationalisieren, immerhin muss Venezuela einen großen Teil seines Papier- und Kartonbedarfs importieren. Mit dem Enteignungsbeschluss ist Chavez dieser Forderung nachgekommen. Aus Furcht vor Sabotageakten hatten die BesetzerInnen außerdem den Einsatz der Nationalgarde zum Schutz der Fabrik und der werkseigenen Wohnsiedlung verlangt. Auf dem Gelände befinden sich außerdem eine Schule, ein Baseballstadion, ein Hotel, Wasseraufbereitungsanlagen und ein kleiner Flughafen.

Dario Azzelini

10. Dokumentation: Steigen Sie aus! Oder steigen Sie gar nicht erst ein!

Autor: Sozialpolitische Opposition Hamburg · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:18

Mit folgendem Aufruf hat die Sozialpolitische Opposition Hamburg (SoPo) freie Träger und Einrichtungen aufgefordert, sich nicht an den 1-Euro-Zwangsdiensten zu beteiligen. ak-Redaktion

19.300 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten haben diverse Einrichtungen und Träger in Hamburg beantragt. Mit im Boot sind nicht nur Beschäftigungsträger, sondern Wohlfahrtsverbände, Schulen, Initiativen und Einrichtungen des sozialen Hilfesystems usw. Selbst wenn von diesen Zwangsdienststellen nur die Hälfte wirklich eingerichtet werden: Bei diesen Größenordnungen kann das Programm nur umgesetzt werden, wenn es außerdem jede Menge Kooperationspartner gibt. Kein Wunder also, dass die Beschäftigungsträger "ihre" ZwangsdienstlerInnen jetzt schon wie sauer Bier allen möglichen kleinen und großen Einrichtungen anbieten.

Wir wollen nicht darüber spekulieren, welche Mischungen aus betriebswirtschaftlichem Kalkül und Mangelverwaltung die Einrichtungen zu solchen Angeboten veranlasst hat. Wir wollen lediglich festhalten:

Gute sozial- und arbeitsmarktpolitische Gründe für eine Beteiligung an diesem 1-Euro-Programm gibt es nicht! Aber es gibt viele gute Gründe, bei diesem Programm nicht mit zu machen - auch nicht durch Kooperationsvereinbarungen!

1-Euro-Zwangsdienste sind arbeitsmarktpolitischer Unsinn.

Es handelt sich um "Arbeitsgelegenheiten", nicht um Jobs. Es gibt keine Arbeitsverträge, keinen Lohn, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine ArbeitnehmerInnenrechte wie z.B. das Streikrecht. Es wird keine anschließende Vermittlung in reguläre Beschäftigung geben, sondern ein permanentes Durchrotieren durch eng befristete Maßnahmen, die laut Gesetz der "Überprüfung der Arbeitswilligkeit" dienen. Es wird auch keine vernünftige und perspektivreiche Qualifizierung oder gar Ausbildung geben, erst recht nicht bei den Größenordnungen, um die es sich jetzt handelt. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gibt es keine "sinnvollen" 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Mit 225 Mio. Euro war noch nie so viel Geld für öffentliche Beschäftigung da wie jetzt. Und da wird es ausgerechnet für das repressivste Instrument ausgegeben.

1-Euro-Arbeitsgelegenheiten sind und bleiben Zwangsmaßnahmen!

Das SGB II und die Eingliederungsverträge verpflichten Erwerbslose zur Annahme von jedweden Arbeitsgelegenheiten. Bei Weigerung oder mangelnder Kooperation droht den Erwerbslosen eine Kürzung ihrer Leistung, unter 25-Jährigen sogar die komplette Streichung des AlG II. Und selbst wenn Betroffene lieber in einer "netteren" Einrichtung arbeiten wollen als etwa bei der HAB: Letztlich entscheidet immer der/die Fallmanagerin, ob und welcher 1-Euro-Job angenommen werden muss! Auch wenn es sie gäbe: jede Wahlmöglichkeit zwischen 1-Euro-Job A und 1-Euro-Job B hat nichts mit Freiwilligkeit zu tun.

Natürlich verkauft sich eine Maßnahme besser, wenn allen Beteiligten ein Gefühl von Freiwilligkeit und Wahlmöglichkeit bleibt. Es ist möglich, Menschen so schlecht zu behandeln, dass sie selbst Arbeitsgelegenheiten mit Taschengeld als Verbesserung empfinden. Dennoch würden diese Menschen freiwillig lieber regulär und zu vernünftigen Bedingungen arbeiten.

Wenn Einrichtungen denken, sie könnten Freiwilligkeit gewährleisten, wenn sie sich - etwa im Rahmen von Kooperationsabkommen mit Beschäftigungsträgern - aussuchen, wen sie nehmen und wen nicht, so ist das eine Illusion. Sie übersehen dabei, dass ihre "Anbieter" jeden und jede nehmen müssen, der/die zugewiesen wird. Diejenigen, die von den Einrichtungen nicht "ausgesucht" werden, können nicht etwa nach Hause gehen, sondern müssen vom Beschäftigungsträger mit "Arbeiten" beschäftigt werden. Weder für die Beschäftigungsträger, noch für die Betroffenen gibt's irgendeine Freiwilligkeit.

1-Euro-Jobs fangen die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich nicht auf!

Wer angesichts des permanenten Kahlschlags im Sozial- und Bildungsbereich auf 1-Euro-Jobs zurückgreift, der verbaut sich dauerhaft die Chance auf vernünftige Regelangebote. Der billige Rückgriff auf 1-Euro-Jobs

legitimiert nicht nur den Sozialkahlschlag, sondern führt das soziale Hilfesystem auch in ein strukturelles Desaster. Ein Bildungs- und Sozialsystem auf der Basis von 1-Euro-Billig-Jobs und Zwangsdiensten kann nicht funktionieren! Wer sich an diesem Programm beteiligt, zementiert nicht nur einen flächendeckenden Zwangsdienst, sondern beteiligt sich auch an der qualitativen und quantitativen Aushöhlung von Versorgungsstandards. Und er schaufelt sich auf Dauer sein eigenes Grab.

Der Verzicht auf 1-Euro-Jobs bedeutet vielleicht Mehrarbeit für KollegInnen oder Verzicht auf Leistungsangebote. Das ist nicht schön, aber die Alternative kann nicht der Rückgriff auf Zwangsdienste sein, sondern nur der politische Streit um vernünftige Ausstattungen.

1-Euro-Jobs sind Angriffe auf die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der regulär Beschäftigten.

Bereits jetzt werden reguläre Festangestellte durch 1-Euro-Kräfte ersetzt. Bis in die Anleiter- und Fachkräftestellen hinein werden 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten angeboten. Mit diesem Drohpotenzial wird es in Zukunft noch schwieriger, Stellenabbau, Lohn- und Gehaltskürzungen oder Arbeitszeitverlängerungen zu verhindern. Und 1-Euro-Jobs entwerten die Qualifikation von KollegInnen. Immer öfter wird es heißen: "Das, was du da machst, das kann doch auch ein 1-Euro-Jobber."

Nein sagen, ist gar nicht so schwer! Und der Verzicht auf Kooperationsvereinbarungen ist ein durchaus wirksames Mittel, um Sand ins Getriebe des 1-Euro-Programms zu streuen. Für die meisten Einrichtungen geht es dabei nicht um die Existenz. Es geht aber sehr wohl um die eigene Glaubwürdigkeit und um die fachlichen Standards sozialer Arbeit und um die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Bildungsbereich.

Die Sozialpolitische Opposition fordert deshalb alle Einrichtungen auf:

Beteiligen Sie sich nicht am 1-Euro-Programm! Auch nicht durch Kooperationen!

Helfen Sie nicht mit bei der Installation eines flächendeckenden Zwangsdienstes!

Machen Sie nicht mit bei der Abschaffung des sozialen Hilfesystems!

11. "Nur noch als Teil einer sozialen Bewegung" - Über Hoffnungen, Realität und Perspektiven linker Betriebsarbeit

Autor: Uwe Lübke, Wolfgang Schaumberg · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:03

Seit nunmehr 30 Jahren gibt es bei Opel Bochum die linke Betriebsgruppe GoG - "Gegenwehr ohne Grenzen". Vor dem Hintergrund des wilden Streiks bei Opel Bochum hatte die Hamburger Gruppe Blauer Montag die GoGler Wolfgang Schaumberg und Uwe Lübke eingeladen. Bei der Veranstaltung am 8. November 2004 ging es somit neben dem aktuellen Streik auch um die Geschichte der GoG und um die Erfahrungen und Probleme linker Betriebsarbeit. Die folgenden Ausschnitte aus der Veranstaltung ergänzen den ersten Teil aus ak 491.

Die Veranstaltung im Hamburger Kulturzentrum "Motte" startete mit einem Film: "Jeder Schritt zählt. 25 Jahre GoG" war ursprünglich am 13. Juli 1998 bei SAT.1 ausgestrahlt worden, doch über sechs Jahre später hatte er nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Nach 30 Minuten war damit der Startpunkt für die Diskussion gegeben.

Wolfgang: Es ist ja eine Menge von dem angesprochen worden, was Uwe und ich insgesamt an Erfahrungen gesammelt haben, z.B. auch in den Beziehungen. Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre sind wir eine reine Männergruppe geworden. Wir haben uns ganz schön Illusionen hingegeben, und trotzdem war das kein Quatsch, was wir gemacht haben. Auch wenn wir beide jetzt nicht mehr im Betrieb sind, arbeiten wir nach wie vor in der GoG und stehen auch immer noch am Werkstor und verteilen Flugblätter. Aber große Hoffnungen zu haben, ist nicht so einfach, weil wir merken, wie schwach die Linke eigentlich ist mit ihren Vorstellungen davon, wie wir das Zusammen-Arbeiten und Zusammen-Leben mal organisieren könnten.

Wortmeldung: Ich würde mir gerne ein Bild davon machen, was konkret linke Betriebsarbeit bei Opel Bochum ist. Was unterscheidet euch vom ganz normalen IG-Metall-Betriebsrat? Was macht ihr anders nach den verflogenen revolutionären Träumen und Hoffnungen?

Wolfgang: Im Betriebsrat ist jetzt noch einer von uns. Wenn man die Internetseite www.labournet.de wählt, kann jede/r nachlesen, was wir seit Jahr und Tag und auch heute noch im Betrieb machen und verbreiten. Da hat sich unsere Aufklärungsarbeit und auch unsere Arbeit im aktuellen Widerstand nicht wesentlich geändert. Leider auch nicht in dem Punkt, dass wir sehr stark auf Verteidigungskämpfe orientieren, aber da sind wir uns in der Gruppe nicht so einig. Meiner Meinung nach müssten wir uns mehr Gedanken darüber machen, wie eigentlich alles anders laufen könnte. Ich meine, dass wir eigentlich einen Angriff auf das kapitalistische System führen müssten und dass dafür aber eine konkrete Vorstellung davon notwendig ist, wie es eigentlich anders funktionieren könnte bei der Art und Weise wie heute produziert und verteilt wird und wie das international organisiert werden kann. An diesem Punkt zeigen sich unsere Mängel.

Uwe: Was sich in den letzten Jahren wesentlich verändert hat, ist, dass wir inzwischen zum großen Teil eine Rentnergruppe sind. Viele, die zu unseren Gruppensitzungen kommen, sind Rentner. Darunter sind zu wenige, die noch im Betrieb sind. Wir kennen viele Kollegen, aber die kommen nicht. Die fahren zwar mit nach Liverpool oder Saragossa (1). Das ist nicht so gefährlich, da sieht sie sowieso keiner. Aber wenn sie mit uns täglich die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen oder Debatten über Kapitalismus führen sollen, dann überlegen sie sich das schon. Viele Kollegen handeln nach dem Motto "Ich mach' hier lieber mein Ding, gehe in die Bude, mach' da meine Arbeit und dann tschüs." Sie sagen uns: "Ist ja alles schön und gut, was ihr da macht, wir wählen euch auch." Und damit ist für sie alles gelaufen.

Da ist zum Beispiel mein Neffe. Der ist der letzte aus meiner Familie, der noch im Betrieb ist. Wir waren mal sieben. Er ist 33 Jahre alt, hat sich eine Eigentumswohnung gekauft, in der er mit seiner Freundin lebt. Ich frage ihn: "Wenn es hier mal kracht und die Bude auseinander fliegt, was machst du dann mit deiner Eigentumswohnung?" "Dann verkaufe ich sie." Also der sieht noch nicht den Zwang, für seine Interessen zu kämpfen oder für die seiner Kinder. Wir können reden, so viel wir wollen: "Leute kommt mal rein und hört zu, und wenn wir Mist reden, dann müsst ihr uns das sagen." Doch selten konnten wir den einen oder anderen Kollegen motivieren. Das lässt alles nach, genauso wie die linke Bewegung. Woher das kommt, weiß ich nicht. Mir kann aber keiner erzählen, dass es daher kommt, weil die Leute alle zufrieden sind.

Wortmeldung: Wenn es die GoG als energische Gewerkschaftsgruppe nicht gegeben hätte, hätte dann der aktuelle Streik stattgefunden? In anderen Städten ist, so viel ich weiß, nichts passiert.

Wolfgang: Ich glaube, dass die Konflikte, die wir über Jahrzehnte mit geschürt haben, dazu beigetragen haben, dass auch junge Leute frech genug sind und sagen: "Das lassen wir uns nicht mehr gefallen." Es gehört auch ein Stück Tiefenverständnis in Bezug auf die Argumente der anderen Seite dazu, wenn man sich bestimmte Sachen nicht gefallen lassen will und die Angst überwindet. Die sagen ja: "Das geht nicht anders. Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben." Ich glaube, dass wir dazu beigetragen haben, dass die allgemeinen Erklärungen über die Ursachen der Krise und wie man da rauskommt, doof sind und dass man sich darauf nicht verlassen kann.

Uwe hat recht: So wie wir aktiv sind, spricht unsere Gruppe jene Leute nicht an, die sagen, "ob ich noch zwei Jahre oder fünf Jahre bei Opel bin, das weiß ich alles nicht." Da kommen wir aus einer Tradition von Betriebsgruppenarbeit, die schlicht unattraktiv ist. Da haben wir auch Mühe, junge Leute zu gewinnen. Auf der anderen Seite: Wenn ihr noch die Fernsehbilder vor Augen habt, dann waren ganz viele von denen, die da richtig Druck gemacht haben die ganzen Tage beim wilden Streik, so um die 30, 35 Jahre. Aber die glauben selber nicht an die Zukunft bei Opel.

Wortmeldung: Ist es wirklich entscheidend, dass es eine linke GoG gegeben hat? Oder waren nicht Solidaritätskomitees viel wichtiger oder Kollegen, die eure Ansichten "übersetzt" haben für die Kollegen, die euch vielleicht gar nicht nahe gestanden haben? Wie wichtig war eine "Zwischenschicht", die eure Ansichten richtig fand und mit konservativen Kollegen im Betrieb diskutierte, die ihr nicht erreicht habt?

Wolfgang: Die Frage finde ich unverständlich. Wir denken vielleicht anders als die meisten Kollegen, aber wir haben nie das Gefühl gehabt, dass wir eine andere Sprache sprechen als sie. Ich kann ihnen aber auf den Kopf zusagen: "In vieler Hinsicht hast du Mist im Kopf." Wir suchen den Streit mit unseren Kollegen, wir gehören eben dazu.

Die meisten von uns sind nicht im Betriebsrat. Glücklicherweise haben wir aufgehört, eine Betriebsratsgruppe sein zu wollen. Das war Ende der 1970er Jahre vielleicht noch der Fall, aber dann hat man uns erstens weniger gewählt, und zweitens haben wir ja auch propagiert: "Das bringt euch nicht so viel, wenn ihr linke Betriebsräte wählt. Es kommt auf etwas anderes an." Bei den Wahlen konnten wir herumlaufen und sagen: "Wir brauchen nicht die Stimme von jedem Arsch hier. Wir wollen nicht unbedingt Betriebsräte sein." Worauf wir genauer eingehen müssen, ist die Situation der Vertrauensleute bei Opel und was sich da abspielt. Vielleicht meinst du das mit "Zwischenschicht".

Zur Frage, ob man heute nicht eine andere Sprache benutzen muss als vor 30 Jahren. Klar ist, dass wir linke Tiraden jetzt selber mehr spüren. Statt Phrasen zu dreschen, sollten wir auch lieber offen sagen, wo wir keine Lösungen wissen. Ich glaube, wir müssen ganz weg von bisherigen Vorstellungen linker Betriebsarbeit. Die kann nur ein Teil sein von einer sozialen Bewegung, an der wir auch teilnehmen, einer Sozialforumbewegung. Wir müssen schauen, ob wir da mit Menschen zusammen diskutieren, den Widerstand voranbringen und das Problem, das wir heute haben, als globales begreifen. Ich glaube, da liegt die Schwierigkeit, nämlich noch mehr weg zu kommen von der Hoffnung, dass man auf der Ebene des Betriebskampfes seine Probleme lösen könnte. Einerseits zwingt uns das Kapital dazu, weil die Fabriken einfach zerschlagen werden. Das hat aber auch die gute Seite, dass die Leute nicht mehr denken: "Einmal bei Opel, immer bei Opel." Die materielle Grundlage für ein Kleinbürgertum innerhalb der Arbeiterschaft geht kaputt. Die Leute spüren, dass man in Zukunft ganz andere Lösungen an Stelle von Standortsicherung braucht. Da hat sich in den letzten sechs Jahren etwas verändert.

Wortmeldung: Ihr seid die Gruppe, die sich in einem Betrieb am längsten gehalten hat. Wir müssen aufmerksam den Weg verfolgen, den die wenigen kleinen Gruppen, die es noch gibt, gehen und was die machen. Insofern habe ich eine Frage an euch, die habt ihr bisher noch nicht beantwortet. Wie ist euer Verhältnis ganz konkret, nicht ideologisch, zum Gewerkschaftsapparat?

Uwe: Auf deine Frage zur Gewerkschaftsbewegung oder wie wir mit den Gewerkschaften umgehen, will ich kurz antworten. Ich bin seit 2004 im Vorruhestand und aus der IG Metall ausgetreten, weil ich - wie viele Kollegen auch - keinen Sinn mehr darin sehe, da noch organisiert zu sein.

Wolfgang: Ich schon, da haben wir auch unsere Widersprüche. Das wäre jetzt auch das Thema, dass wir Ausdruck waren einer weltweiten Bewegung in den 1960er/Anfang der 1970er Jahre. In der Tat war meine eigene Politisierung sehr davon mitgeprägt, dass die Leute von Krupp gegen die Notstandsgesetze auf die Straße gingen und wir dann als Studenten gedacht haben: "Da ist sie ja, die Arbeiterklasse." Und das führt mich auch zu dem revolutionären Subjekt, von dem wir uns ein bisschen gelöst haben, von der Mystifizierung des Industriearbeiters, dem Träger der neuen Gesellschaft. Wir haben jahrelang gesungen: "Weil du auch ein Arbeiter bist" und irgendwann nur noch: "Solange der Bauch in die Hose passt, wird keine Arbeit angefasst. Die Arbeit ist kein Frosch, sie hüpft uns nicht davon." Wir haben angefangen, anders über Arbeit zu reden und nicht mehr über die Arbeiter. Was das revolutionäre Subjekt angeht, da sollte man mehr von Produzenten und Produzentinnen und von Konsument und Konsumentinnen reden. Da brauchen wir so zusagen ein anderes Bewusstsein aller.

Ich finde, in der linken Szene gibt es viele Konzepte und Vorstellungen einer anderen Zukunft, die davon abstrahieren, dass auch in Zukunft Gläser hergestellt werden müssen. Autos nicht unbedingt, aber Bleistifte und Kugelschreiber usw. usw., und alles ist mit Ausbeutung verbunden. Es gibt zu viele Konzepte in der Linken, in denen man so tut, als könnte man den Bereich der Produktion weiter laufen lassen und irgendwie anderweitig das Leben absichern.

Wortmeldung: Was habt ihr für Erfahrungen gemacht, wenn ihr den Film zeigt? In welchem Umfeld habt ihr den Film gezeigt, etwa auch im Gewerkschaftsbereich, und wie hat die Gewerkschaft darauf reagiert?

Wolfgang: Der Film ist ein SAT.1-Film, der nachts um 24 Uhr gesendet wurde. Wir haben ihn bisher auf verschiedenen, aber noch nicht auf gewerkschaftsoffiziellen Veranstaltungen gezeigt und zur Diskussion gestellt. Das hängt auch damit zusammen, dass wir bei unserer Kritik am Gewerkschaftsapparat Positionen vertreten, die bei anderen Linken nicht so häufig sind.

Anmerkung:

1) Die GoG hat in der Vergangenheit immer wieder den direkten Kontakt zu KollegInnen in anderen General Motors-Werken gesucht.

12. Alternative oder Ladenhüter? Manuel Kellner wirbt für Trotzkismus light

Autor: Henning Böke · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:39

Vor 1990 war der Trotzkismus eine kleine, zersplitterte, vorwiegend durch den "Entrismus" in sozialdemokratischen Parteien in Erscheinung tretende Minderheitsströmung der Linken. In den letzten zehn Jahren haben TrotzkistInnen jedoch erheblichen Einfluss im Kontext neuer Bewegungen und politischer Neuformierungsprozesse gewonnen. Manuel Kellner, seit Jahrzehnten in der von Leo Trotzki gegründeten IV. Internationale aktiv, hat in der Reihe theorie.org des Schmetterling-Verlags eine Einführung in den Trotzkismus vorgelegt, mit der er zugleich die Aktualität trotzkistischer Ideen aufzeigen möchte.

Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus", die Diskreditierung seiner Machtapparate und die Konversion vieler ehemals kommunistischer Parteien zum Reformismus haben das Terrain für eine neue, nicht durch den Stalinismus kompromittierte sozialistische Linke frei gemacht, wo TrotzkistInnen ein neues Terrain finden. Die "Globalisierung" verlangt nach Analysen und Strategien, die den Kapitalismus als weltweiten Zusammenhang ins Visier nehmen - hat Trotzki das nicht immer schon so gesehen? Andererseits: Die Produktivitätsschübe, die der Kapitalismus seit 1945 freisetzte, hat Trotzki ebenso wenig für möglich gehalten wie eine unblutige Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Eine Diskussion über den Trotzkismus hätte also eine Menge theoretischer Fragen zu behandeln.

Wer das von Manuel Kellner erwartet, wird leider enttäuscht. Sein Buch wird dem Reihentitel theorie.org kaum gerecht, weil Theorie weitestgehend abwesend ist. Es verbleibt auf einer deskriptiven Ebene, erzählt Geschichten über Trotzki, TrotzkistInnen und trotzkistische Organisationen, geht aber auf keine der Kernfragen des Trotzkismus hinreichend analytisch ein.

Kellner sieht natürlich das Definitionsproblem: Was ist "Trotzkismus" in Anbetracht der Tatsache, dass sich auf ihn so verschiedene und gegensätzliche Organisationen berufen wie etwa in Frankreich einerseits die ökonomistisch-arbeitertümelnde Lutte Ouvrière, die bis vor wenigen Jahren alle Themen, die nichts mit Blaumannmalochern zu tun haben, als "kleinbürgerlich" abtat; andererseits die eher bunt-alternative, bewegungsorientierte Ligue Communiste Révolutionnaire? Kellner vertritt die letztgenannte, über Jahrzehnte von Vordenkern wie Ernest Mandel (1923-1995) und Livio Maitan (1923-2004) geprägte Richtung.

Die Grundpositionen, die Trotzki im Laufe seines 1940 durch einen Agenten Stalins gewaltsam beendeten Lebens entwickelt hat, lassen sich etwa so zusammenfassen:

1. Der Kapitalismus ist ein weltweites System, das nur weltweit überwunden werden kann. In der kapitalistischen Epoche ist das Industrieproletariat die einzige revolutionäre Kraft.

2. In rückständigen, halbfeudalen Ländern wie Russland ist keine bürgerliche Revolution alten Stils mehr möglich. Nur die Arbeiterklasse kann die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution übernehmen (auch wenn sie zahlenmäßig eine kleine Minderheit ist). Eine progressive Entwicklung solcher Länder erfordert den Bruch mit dem Kapitalismus. Dieser muss in einer "permanenten Revolution" geschehen, indem die Revolution im Rahmen des revolutionären Weltprozesses zu einer sozialistischen Qualität weitergeführt wird.

Trotzkis ökonomistische Grundpositionen

3. In Russland wurde durch die Oktoberrevolution ein Arbeiterstaat errichtet, eine Übergangsgesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus. Eine vollauf sozialistische Gesellschaft ist aber erst in einem größeren internationalen Zusammenhang unter Einbeziehung höher entwickelter Länder möglich.

4. Der russische Arbeiterstaat muss einerseits die Produktivkraftentwicklung vorantreiben und das Land industrialisieren, andererseits durch eine aktiv internationalistische Außenpolitik den revolutionären Weltprozess fördern.

5. Unter den Bedingungen der Rückständigkeit und Isolation ist im revolutionären Russland eine bürokratische Schicht entstanden, die eigene Interessen in den Vordergrund stellt und deshalb unter der Bezeichnung "Sozialismus in einem Lande" nationale Machtpolitik betreibt. Die "stalinistische Bürokratie" wirkt weltweit als

konservative, konterrevolutionäre Kraft, die die Kämpfe der Arbeiterbewegung Großmachtinteressen der UdSSR unterordnet.

6. Die Sowjetunion ist ein "bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat": Die Produktionsverhältnisse sind nicht mehr kapitalistisch. Die "Entartung" der Bürokratie ist ein politisches Phänomen. Die Arbeiterklasse muss in einer "politischen Revolution" die Bürokratie stürzen und die Macht - in Form der Rätedemokratie - zurückerobern.

Dem Punkt (1) liegt eine ökonomistisch-klassenreduktionistische Prämisse zu Grunde, die alle weiteren Positionen durchzieht. Vor diesem Hintergrund gelangte Trotzki beispielsweise zu der 1938 im "Übergangsprogramm" der IV. Internationale vorgetragenen Auffassung, im Kapitalismus stagniere die Produktivkraftentwicklung unwiderruflich. Kellner bemerkt zwar eklatante Irrtümer wie diesen, ohne ihnen jedoch auf den Grund zu gehen. So kümmert es ihn auch nicht, dass Trotzkisten, wenn sie die kommunistischen Parteien "von links" kritisiert haben - so etwa die Volksfrontpolitik des VII. Weltkongresses der III. Internationale -, dies immer aus einer ökonomistischen Perspektive taten, indem sie dem stalinistischen Pragmatismus prinzipienreiterisch ein fiktives Ideal proletarischer Reinheit entgegensetzten: Arbeitereinheit mit den Sozialdemokraten, aber keine Bündnisse mit Bürgerlichen. 1938 sah Trotzki das Hauptproblem der Menschheit in der Führungskrise des Proletariats - womit er unfreiwillig zu erkennen gab, wie wenig sein Denken sich von dem der stalinistischen Apparate unterschied.

Solche Schwachstellen vermerkt Kellner durchaus kritisch, und er räumt ein, dass Trotzki den Kampf gegen die Bürokratie, die die Führungskrise verursacht haben soll, erst 1923 aufgenommen hat. Nirgendwo aber gelangt er zu einer Infragestellung der systematischen Grundlagen von Irrtümern und Fehleinschätzungen, sondern er versucht Trotzkis theoretisches Grundgerüst gegen Entgleisungen und Versäumnisse zu verteidigen.

Der "Sozialismus in einem Lande", dessen Ablehnung ein Teil dieses Grundgerüsts ist, war keine Erfindung von Stalin und kein Verrat am Bolschewismus, sondern Lenin hat in seinen letzten Artikeln ganz klar diese Option vertreten - weil die Realität eine Korrektur theoretischer Idealmodelle erforderte. Ihm ging es dabei um ein pragmatisches Konzept eines sozusagen alternativen Entwicklungswegs, den Russland beschreiten sollte: Nach der Devise "lieber weniger, aber besser" sollte durch Förderung des Genossenschaftswesens auf freiwilliger Basis eine geduldige, langfristige Transformation der Produktionsverhältnisse in Gang gebracht werden. Dagegen war es der Trotzki nahe stehende Ökonom Preobraschenski, der die verhängnisvolle Theorie der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" in die Welt gesetzt hat - sie beinhaltete die Forderung, mit staatlichem Zwang auf Kosten der Landwirtschaft eine Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen. Auf diese Linie schwenkte Stalin 1928 ein.

Orthodoxie und Spaltungswut

All das lässt Kellner außer Acht. Wichtige nichttrotzkistische Literatur wie Charles Bettelheims immer noch mustergültiges Werk über die Klassenkämpfe in der UdSSR kennt er wohl einfach nicht. Bettelheim zeigte darin eine in den 1920er Jahren ablaufende, von der gesamten bolschewistischen Partei nicht verstandene Veränderung der klassenmäßigen Kräfteverhältnisse auf, in deren Ergebnis die von Lenin konzipierte Allianz von Arbeitern und Bauern abgelöst wird durch eine Allianz von Arbeitern und technischer Intelligenz gegen die "rückständigen" Bauern, kulminierend in der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Die Politik Stalins ab Ende der 1920er Jahre setzte, ausgehend von der aus dem klassisch-orthodoxen Marxismus der Sozialdemokratie übernommenen These vom Primat der Produktivkraftentwicklung, auf einen ökonomistisch-sozialtechnologisch verstandenen "Sozialismus", in dem Staatseigentum als Sozialisierung galt und "Akkumulation" als ein gesellschaftlich neutraler technischer Vorgang der Anhäufung von Wirtschaftsgütern statt als Trennung der ProduzentInnen von ihrem Produkt und ihren Produktionsmitteln. Trotzki opponierte gegen allerhand Positionen und Maßnahmen Stalins, ohne jemals diese Prämissen in Frage zu stellen. Im Gegenteil hat er die ökonomistischen Grundannahmen eher in noch extremerer Form vertreten.

Die Neigung der TrotzkistInnen, die Welt "prinzipienfest" nach einem immer wieder mit der Realität in Konflikt geratenden Schema zu interpretieren, hat sie wie kaum eine andere politische Strömung für Spaltungen anfällig gemacht. Die von Mandel und Maitan geführte IV. Internationale hat den dogmatischen Schematismus schon lange zu Gunsten einer weitaus flexibleren und offeneren Haltung abgelegt, was beispielsweise ein

starkes Interesse an revolutionären Prozessen in der Dritten Welt (Algerien, China, Kuba) und an neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Ökologie, Antirassismus, Globalisierungskritik) beinhaltet. Von diversen orthodoxen Absplitterungen wird ihr deshalb Verrat am Trotzkismus angelastet.

Manuel Kellner geht detailfreudig auf diese Auseinandersetzungen ein und sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht: Gegen die IV. Internationale wird der Vorwurf erhoben, sie habe das trotzkistische Grundprinzip der Orientierung auf die Arbeiterklasse als einzige revolutionäre Kraft über Bord geworfen und betrachte stattdessen beliebige Bewegungen kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Charakters als Triebkräfte des Sozialismus. Eine unvoreingenommene Untersuchung würde wohl zu dem Ergebnis führen, dass die dogmatischen Sekten à la SAV, "Partei für soziale Gleichheit" usw. dem Original-Trotzki näher kommen dürften als die Mehrheitstendenz der IV. Internationale.

Diese versucht heute Trotzkis "Übergangsprogramm" zu aktualisieren, indem dessen zentrale Forderung nach "Arbeiterkontrolle" erweitert wird in Richtung auf "partizipative Demokratie". Dabei wird, wie seit je im leninistischen Mainstream, der ökonomistischen Analyse ein politizistisches Komplement hinzugefügt, das die entscheidenden Fragen der Transformation der Produktionsverhältnisse kaum berührt. Man wolle "die demokratischen Rechte auf die wirtschaftlichen Entscheidungen ausdehnen", heißt es in einer programmatischen Erklärung von Kellners Organisation Internationale Sozialistische Linke. Das allerdings ist kaum von dem zu unterscheiden, was die Sozialdemokratie in besseren Tagen vertreten hat.

Emsiger Aktionismus, schwache Theorie

Bei der von Kellner propagierten Light-Version des Trotzkismus stoßen wir auf ein eigentümliches Missverhältnis von ernsthafter Öffnung zu neuen Bewegungen und einem profunden Unverständnis derselben. Der Versuch, deren AkteurInnen ins Korsett der ökonomistischen Revolutionstheorie von Trotzki zu pressen, käme der Quadratur des Kreises gleich; und weil die IV. Internationale das insgeheim wohl ahnt, ist sie in Sachen Theorie ziemlich zurückhaltend und arbeitet in angenehm unprätentiöser Freundlichkeit mit allen Kräften der Bewegung zusammen, ohne ihnen die Welt erklären zu wollen.

Manuel Kellners Buch zeigt, dass die sympathischen BewegungstrotzkistInnen, wenn sie ihre Karten auf den Tisch legen und erklären sollen, was denn jenseits der von ihnen weitgehend überwundenen doktrinären Trotzki-Orthodoxie die Substanz ihrer Tradition darstellt, unterm Strich erstaunlich wenig zu bieten haben: eine moralische Haltung, ein paar Organisationsprinzipien (internationale Organisierung, Fraktionsrecht) und ein paar Geschichtsmythen. Sie streben keinen Aufbau einer trotzkistischen Weltpartei mehr an, sondern breite Sammlungen antikapitalistischer Kräfte. Was haben sie in diese einzubringen? Letztlich vorwiegend ihren emsigen Aktionismus und ihren unverwüstlichen historischen Optimismus. Besser als nichts, aber ihre Theorie ist eher ein Ladenhüter.

Henning Böke

Manuel Kellner: Trotzkismus. Einführung in seine Grundlagen - Fragen nach seiner Zukunft. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2004. 180 Seiten, 10 Euro

13. Wider die neoliberale Zumutung. Eine Reise zu den sozialen Kämpfen Lateinamerikas

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:12

Der Sturz des bolivianischen Präsidenten Sanchéz de Losada im Jahr 2003, Hugo Chávez' Sieg beim Referendum in Venezuela und der Wahlerfolg der Frente Amplio in Uruguay signalisieren eine Krise des Neoliberalismus auf dem Kontinent seiner gewaltsamen Einführung. So jedenfalls die Leitthese des Ende vergangenen Jahres erschienenen Sammelbands Neoliberalismus - Autonomie - Widerstand. Von dieser ausgehend liegt es nahe, den veränderten Ausgangsbedingungen sozialer Bewegungen in Lateinamerika genauer nachzugehen und deren Potenzial sowohl politisch als auch theoretisch genauer auszuloten.

Die HerausgeberInnen, Olaf Kaltmeier, Jens Kastner und Elisabeth Tuider diagnostizieren am Beginn des Buches zunächst die schwindende integrative Kraft der postdiktatorischen Demokratien neoliberalen Zuschnitts in den meisten lateinamerikanischen Staaten. Unter der Ägide des Neoliberalismus hat, im krassen Widerspruch zu den staatlichen Verheißungen, eine extreme Verarmung großer Bevölkerungsschichten stattgefunden. Andererseits haben Bewegungen, die hauptsächlich auf die Eroberung der Staatsmacht orientieren, spätestens mit dem furiosen Auftritt der mexikanischen Zapatistas auf der politischen Bühne ihre politische Leitbildfunktion für die lateinamerikanische Linke verloren. Den sozialen Bewegungen geht es demnach darum, das Terrain des Politischen und die vorgegebene Struktur von Staat und Demokratie neu zu bestimmen. Diese neuen, nicht auf den offiziellen politischen Raum beschränkten politischen Artikulationen bergen die Chance zu einer Vertiefung der Demokratisierung in Gesellschaften, die immer mehr Menschen von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Partizipation ausschließen. Unter Berufung auf die Machtkonzeption Foucaults und die Erkenntnisse der Cultural Studies interessiert deshalb die HerausgeberInnen besonders "die Aneignung und Besetzung neuer kulturell-politischer Räume durch die AkteurInnen und ihre Konstitution oppositioneller Identitäten."

Jenseits von Revolutionsromantik

In den folgenden 11 Artikeln spüren verschiedene AutorInnen eben jener "Konstitution oppositioneller Identitäten" sowie der Produktion subversiver kultureller Praktiken an unterschiedlichen Länderbeispielen nach. So weisen zum Beispiel Stefanie Kron und Olaf Kaltmeier in ihren Beiträgen über Guatemala und Chile auf die besondere Bedeutung von Raum und Territorium in stark von indigenen Gruppen geprägten Kämpfen hin. Im Zuge des sich verstärkenden Drucks durch multinationale Forstkonzerne auf das Land der chilenischen Mapuche haben diese, so Kaltmeier, unter Rückbesinnung auf territoriale Konstruktionen des 17. Jahrhunderts, neue Raumkonzeptionen entwickelt, so genannte identitades territoriales. Gegenüber der Regierung würden so - auch unter Bezug auf internationale Vereinbarungen über die Rechte der indigenen Völker - Ansprüche auf Land legitimiert. Dabei handele es sich aber gerade nicht um die Wiederentdeckung einer originären Mapuche-Identität, sondern um eine subversive Strategie angesichts der Bedrohung durch Enteignung.

Für Guatemala analysiert Stefanie Kron die Bedeutung von Raumkonzeptionen sowohl für das Herrschaftsprojekt der Elite als auch für die Strategien der sozialen Gegenwehr. Unter der Militärdikatur von Ríos Montt Anfang der 1980er Jahre wurden etwa 75.000 Menschen ermordet und rund 1.3 Millionen flohen aus den Kriegsgebieten in andere Regionen oder nach Mexiko. Die totale Kontrolle bestimmter Regionen durch Wehrdörfer und die Paramilitarisierung der Gesellschaft basierte auf einer Zweiteilung des Raumes, in dem der Raum außerhalb der staatlich kontrollierten Dörfer zur Wildnis erklärt wurde. Auf diese Weise wurden diejenigen, die sich der Kontrolle in den Dörfern entzogen und "draußen" lebten, zur Vernichtung freigegeben. Unter dem Schutz internationaler NGOs begann Anfang der 1990er eine organisierte Rückkehrbewegung der in abgelegene Bergregionen oder nach Mexiko Vertriebenen. Kron beschreibt die besondere subversive Bedeutung der zurückgekehrten comunidades, die durch ihre Erfahrung in den selbst organisierten Camps in den Bergen oder in Mexiko nunmehr als "Enklaven einer Art post- oder transnationalen Ordnung mit modernisierten Vorstellungen von Demokratisierung" fungieren würden.

"Post- oder transnationale Ordnungen"

Besondere Beachtung erhält in vielen der Beiträge die Anschlussfähigkeit des Begriffes Autonomie an neoliberale Gesellschafts- und Menschenbilder. Gerade weil dem Autonomiebegriff in den sozialen Bewegungen andererseits ein hoher Wert beigemessen wird, muss es darum gehen, die Ambivalenz von Autonomie in den Blick zu nehmen. So diskutiert Verónica Schild die Rolle von Feministinnen in Chile bei der Durchsetzung eines neuen Selbstverständnisses von Frauen als - in bestem NGO-Jargon - "empowerte," das heißt: als für sich selbstverantwortliche Marktteilnehmerinnen. Dieses Selbstverständnis hat mit dem neoliberalen Entwurf von Staatsbürgerschaft in der Tat keine besonderen Reibungspunkte. Feministinnen sowie die neoliberalen Regierungen nach der Militärdiktatur in Chile treffen sich vielmehr in einer Sichtweise auf arme Frauen, die diese als Adressatinnen von Regierungstechniken entwirft, die, wenn sie trotz allem "empowerment" Prekariät und Armut nicht entfliehen können, selbst schuld sind. Das ist kein Zufall. Denn feministisches Expertinnenwissen fließt seit Jahren, so Schild, in die Entwicklung und Durchsetzung von neoliberalen sozialpolitischen Steuerungsmitteln systematisch ein.

Auch in den weiteren Beiträgen des Buches richtet sich das Interesse der AutorInnen auf die komplexen Wechselwirkungen zwischen neoliberalen Regierungstechniken und widerständigen kulturellen Ausdrucksformen und Identitätsentwürfen. Dieser Focus macht das Buch lesenswert, denn er dient einer kritischen und mehrdimensionalen Auseinandersetzung sowohl mit den neoliberalen Zumutungen als auch mit dem Agieren der sozialen Bewegungen Lateinamerikas - jenseits von piquetero-Romantik oder bolivarianischen Revolutionshymnen. (1)

Miriam Edding

Olaf Kaltmeier, Jens Kastner, Elisabeth Tuider (Hrsg.): Neoliberalismus - Autonomie - Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, EUR 24,80

Anmerkung:

1) In Anspielung auf die auch hierzulande gern praktizierten Idealisierung der Erwerbslosenbewegung in Argentinien oder der "bolivarianische Revolution" von Hugo Chávez in Venezuela (d. Red.).

14. "By any means necessary." Am 21. Februar vor 40 Jahren wurde Malcolm X ermordet

Autor: Philipp Dorestal · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:06

Malcolm X ist eine der am kontroversesten diskutierten Figuren der amerikanischen Schwarzen-Bewegung des 20. Jahrhunderts. Selbst 40 Jahre nach seinem Tod werden die Debatten um seine Person immer noch leidenschaftlich geführt. Die einen tun ihn als fanatischen Hitzkopf und "Rassisten mit umgekehrten Vorzeichen" ab, für andere gilt Malcolm X als Vorbild im Kampf gegen den omnipräsenten Rassismus in den USA der 1950er und 1960er Jahre.

Dass das intellektuelle Erbe von Malcolm X nach wie vor so unterschiedlich interpretiert wird, liegt zu einem erheblichen Teil daran, dass dieser seine politischen Positionen bis zu seiner Ermordung vielfältig modifiziert hat. Angesichts seiner sehr divergierenden Äußerungen ist die Entscheidung für einen "authentischen Malcolm" durchaus schwierig.

Malcolm Little, so sein bürgerlicher Name, wird am 19. Mai 1925 in Omaha, Nebraska, geboren. Schon in frühester Kindheit kommt er mit dem US-amerikanischen Rassismus in Berührung: Eine seiner traumatischsten Erfahrungen ist das Niederbrennen des Elternhauses durch den Ku-Klux-Klan. Auch wenn sich der Rassismus nicht immer in physischer Gewalt manifestiert, so ist er doch ständig gegenwärtig. Noch bis in die 1960er Jahre hinein werden AfroamerikanerInnen durch Wahlrechtsentzug, durch segregierte Schulen, Restaurants und öffentlichen Verkehrsmittel permanent und massiv diskriminiert.

Malcolm X versus Martin Luther King

In seiner Autobiografie schildert Malcolm X, wie er nach dem Schulabbruch als junger Mann zum Kleinkrimminellen wird. 1946 wird er verhaftet und verbüßt eine Gefängnisstrafe, die sein Leben entscheidend verändern sollte. Im Gefängnis begegnet er Mitgliedern der Nation of Islam (NOI). Die Gruppe wird von Elijah Muhammed geleitet. Sie nimmt nur Schwarze auf und bezieht sich auf das kulturelle Erbe Afrikas. In der Weltanschauung der NOI gilt der "weiße Mann" als "blauäugiger Teufel", eine Extremposition, die für Malcolm X auf Grund seiner vielen negativen Erfahrungen mit weißen RassistInnen zunächst plausibel ist. Er schließt sich dieser Organisation an.

Fortan verschlingt er Bücher. Er eignet sich in seiner Gefängniszeit autodidaktisch ein enormes Wissen an, wobei er von dem Drang beflügelt wird, die rassistischen Stereotypen und Praktiken, mit denen Schwarze in den USA konfrontiert wurden, wissenschaftlich bekämpfen zu können. Er legt seinen bürgerlichen Nachnamen ab und ersetzt ihn durch ein X - ein Symbol für jenen unbekannten afrikanischen Namen, der mit ihrem Verkauf des Sklaven an den weißen Herren ausgelöscht wurde.

Sofort nach seiner Entlassung 1952 engagiert sich Malcolm X in der NOI. Auf Grund seiner rhetorischen Fähigkeiten avanciert er schnell zu einem gefragten Redner und wird bald zur "Nummer Zwei" der NOI hinter Elijah Muhammed. Mit Malcolm X bekommt vor allem Martin Luther King jr. einen politischen Gegenspieler. Die Ansichten der beiden wichtigsten Protagonisten der Schwarzen-Bewegung der 1960er Jahre stehen sich diametral gegenüber. King plädiert für gewaltlosen zivilen Ungehorsam. Sein Ziel ist die gleichberechtigte Integration der afroamerikanischen Bevölkerung in die amerikanische Gesellschaft. Diese Orientierung der Bürgerrechtsbewegung ruft bei Malcolm X nur beißenden Spott hervor. Für ihn ist es vollkommen legitim, sich gegen rassistische Angriffe zu verteidigen. Die christlich inspirierte Philosophie vom "Hinhalten der anderen Wange" sei letztlich nur naiv. Malcolm X' Diktum, dass rassistische Diskriminierung und Unterdrückung "by any means necessary", also mit allen dazu notwendigen Mitteln, beendet werden müsse, wird sprichwörtlich; eine Botschaft, die das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung ausdrücklich beinhaltet.

Malcolm X adaptiert die Überzeugung der NOI, dass eine Integration in die weiße US-amerikanische Gesellschaft auf Grund der tief verwurzelten anti-schwarzen Ressentiments unmöglich sei. Er propagiert einen "schwarzen Nationalismus", d.h. die politische, soziale und vor allem ökonomische Autonomie der afroamerikanischen Bevölkerung von der weißen Mehrheitsgesellschaft. Erst gegen Ende seines Lebens löste er sich von der Theorie eines "black nationalism" wie ihn die NOI vertrat.

Auch in einigen anderen Fragen übernimmt Malcom X Positionen der NOI, etwa in Bezug auf Frauen und Juden. Zurecht wird er deswegen scharf kritisiert. In Ideologie und Praxis der NOI und auch bei Malcolm X werden Frauen nur ein untergeordneter Stellenwert eingeräumt. Zudem porträtiert Malcolm X Frauen des öfteren als von Natur aus zerbrechliche und schwache Wesen, deren Aufgabe sich in der (subalternen) Unterstützung des Mannes erschöpfen würde. Solche sexistischen Auffassungen werden bereits frühzeitig von schwarzen Feministinnen wie Patricia Hill Collins und Bell Hooks attackiert. Doch beide haben gleichzeitig darauf hingewiesen, dass Malcolm X seine reaktionäre Interpretation der Geschlechterverhältnisse vor allem in seinem letzten Lebensjahr entscheidend verändert hat. In dieser Phase macht er die Fortschrittlichkeit einer Gesellschaft davon abhängig, in welchem Umfang die Gleichberechtigung der Frauen verwirklicht sei. In der später von ihm gegründeten Organisation for African-American Unity (OAAU) soll die Rolle der Frauen explizit gestärkt werden. Malcolm X verweist dabei auf die "triple oppression" afroamerikanischer Frauen, die außer ökonomischer und rassistischer Diskriminierung auch sexistischen Formen der Unterdrückung ausgesetzt sind.

Vom Biologisten zum Sozialrevolutionär

In seiner Zeit bei der NOI hatte Malcolm X nicht nur den patriarchalen Duktus dieser Organisation übernommen, sondern auch deren Antisemitismus. So moniert er in einigen Reden den angeblich wachsenden Einfluss jüdischer Geschäftsleute auf die Black Community und reproduziert antisemitische Topoi. Nach seinem Austritt aus der NOI und der einsetzenden Transformation seiner früher vertretenen Positionen ist Malcolm X gleichwohl in der Lage, seine eigenen antisemitischen Äußerungen selbstkritisch zu reflektieren. Nunmehr brandmarkt er den Antisemitismus als reaktionäre Unterdrückungsideologie. Darin unterscheidet er sich deutlich von der NOI. Besonders unter Elijah Muhammeds Nachfolger Louis Farrakhan wimmelt inzwischen nahezu jede Ausgabe der Organisationszeitung Final Call von kruden antisemitische Verschwörungstheorien, die "die Juden" für die Unterdrückung der Schwarzen verantwortlich machen und eine allgegenwärtige jüdische Einflussnahme auf die Weltgeschehnisse herbeifantasieren.

Am 4. Dezember 1963 wird Malcolm X' Mitgliedschaft in der Nation of Islam ausgesetzt. Er hatte sich in seinen Reden immer weniger auf religiöse Themen beschränkt und stattdessen politische und soziale Probleme angesprochen, was ihn bei der Führungsebene der NOI in Misskredit gebracht hatte. Die persönliche Konkurrenz zu Elijah Muhammed und divergierende politische Ansichten führen dazu, dass seine Reden immer seltener in den NOI-Organen abgedruckt und seine Aktivitäten ab Ende 1962 sogar komplett beschwiegen werden.

Nach seinem politischen Ende bei der NOI gründet Malcolm X Anfang 1964 zwei neue Organisationen: eine religiöse, die Muslim Mosque, Inc., und eine politische, die OAAU. Er verabschiedet sich von der stark biologistisch gefärbten Weltsicht der NOI und nähert sich einer strukturellen Analyse, die Vorurteile als ideologische Effekte einer auf Ungleichheit und Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsordnung begreift. So äußert er sich in einem Interview: "Der weiße Mann ist nicht von Grund auf böse, sondern die amerikanische rassistische Gesellschaft beeinflusst ihn, schlecht zu handeln. Die Gesellschaft hat eine Psychologie hervorgerufen und genährt, die das niederste und schlechteste im Menschen hervorbringt."

In seinem letzten Lebensjahr propagiert er den Zusammenhang zwischen Imperialismus, rassistischer Diskriminierung und sozialer Ungleichheit und kooperiert mit anderen Gruppen verschiedenster politischer Couleur, die sich eine emanzipative Transformation der bestehenden Gesellschaftsordnung zum Ziel gesetzt haben. Seine neue Bündnispolitik begründete er folgendermaßen: "Meiner Meinung nach lebt die junge Generation der Weißen, Schwarzen, Braunen und aller anderen Hautfarben in einer Zeit des Extremismus, einer Zeit der Revolution, einer Zeit, wo etwas verändert werden muss. Ich werde mich jedem anschließen, egal welche Hautfarbe Du hast, solange Du diese miserablen Lebensumstände, die auf dieser Welt existieren, verändern willst."

Am 21. Februar 1965 wird Malcolm X während einer Rede im New Yorker Audubon Ballroom von Anhängern der NOI erschossen. Sein Tod fällt in eine Periode wachsender Radikalisierung und Formierung der Schwarzen-Bewegung. Mit ihrem Bezug auf das Recht zur Selbstverteidigung und der Anklage des Rassismus sehen sich Gruppen wie die 1966 gegründete Black Panther Party (BPP) als Wahrer seines intellektuellen Vermächtnisses. Der BPP-Vorsitzende Huey P. Newton hat seine Organisation einmal durchaus folgerichtig als "Kinder Malcolms" bezeichnet, und die BPP-AktivistInnen haben sich bis heute in ihren Reden und

Analysen in großem Maße auf die sozialrevolutionären Positionen des "späten Malcolm" bezogen. Besonders in Chicago hat die BPP eine "Rainbow Coalition" aus progressiven Organisationen von Latinos, ChinesInnen und Weißen gepusht, ein Konzept, das sich unübersehbar an der alten Bündnispolitik der OAAU orientiert.

Aber nicht nur politische Gruppen bekennen sich zu Malcolm X. Vor allem Rapmusiker beziehen sich in ihren Texten auf "Brother Malcolm". So betitelte der Hip Hopper KRS-1 ein Album mit "By All Means Necessary". Und in Anlehnung an ein bekanntes Bild von Malcolm X posiert der Rapper auf dem Cover mit einem Gewehr in der Hand. Sehr viel unpolitischer und problematischer ist die Malcolm-X-Rezeption im "Gangsta-Rap". Künstler wie Ice Cube rekurrieren vor allem auf den jugendlichen "Gangster" und das spätere NOI-Mitglied Malcolm X. Seine Hinwendung zu strukturellen Gesellschafts- und Herrschaftsanalysen wird hier völlig ausgeblendet. Viele Songs der Gangsta-Rapper beziehen sich so auf ein Malcolm-X-Bild, mit dem dieser selbst durchaus gebrochen hatte.

Ein Star für (fast) alle

1992 kommt Spike Lees Film "X" in die Kinos. Er ist vor allem für die jüngere Generation von AfroamerikanerInnen ein Katalysator, der sie mit der Person und den Ideen von Malcolm X in Berührung bringt. 1993, mit der Neuübersetzung der von Alex Haley herausgegebenen Autobiografie von Malcolm X, entsteht auch hier zu Lande ein gesteigertes Interesse an dieser schillernden Persönlichkeit. Wer sich aber im deutschsprachigen Raum intensiver mit dem Lebenswerk von Malcolm X auseinander setzen will, muss mit einer kleinen Anzahl von Büchern über Malcolm X vorlieb nehmen und vor allem auf die schon lange auf Englisch vorliegenden Sammelbände mit seinen verschiedenen Reden verzichten.

In den USA ist die Malcolm-X-Forschung seit dem Jahre 2001 intensiviert worden. Manning Marable, Politikprofessor an der Columbia University in New York, hat dort ein multimediales Forschungsprojekt etabliert, in dem nicht nur schriftliche Quellen, sondern auch Gespräche mit FreundInnen und ZeitgenossInnen von Malcolm X gesammelt und erforscht werden. Es bleibt zu hoffen, dass anlässlich seines 40. Todesjahres auch in Deutschland eine intensivere Rezeption des politischen Erbes von Malcolm X ermöglicht wird. Verdient hätten es seine luziden und nach wie vor aktuellen Analysen von Rassismus, Neokolonialismus und Unterdrückung allemal.

Philipp Dorestal

15. Mayday, Mayday!! Der 1.Mai erlebt eine Renaissance. Interview mit der Hamburger Vorbereitungsgruppe

Der 1. Mai erfährt eine Renaissance

Rubrik: Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:31

Schon seit vielen Jahren bedarf es großer Überwindungen, den 1. Mai auf einer gewerkschaftlichen Veranstaltung zu verbringen. Nun kommt Bewegung in die ritualisierten Abläufe. Das Zauberwort Prekarisierung, die Bereitschaft neue Wege zu beschreiten, engagierte Linke in und außerhalb der Gewerkschaften und ein nicht desinteressierter DGB versprechen, zumindest in Hamburg, Innovationen. Dies alles eingebunden in europaweite Aktivitäten. Über die geplanten Aktivitäten und die neue Attraktivität des 1. Mai haben wir uns mit Efthimia Panagiotidis (Kanak Attak/Gesellschaft für Legalisierung), Frank John (kein mensch ist illegal/Amplitude) Inger Hamdorf (mujeres sin fronteras), Jan Mango (Hamburg Umsonst) und Peter Bremme (ver.di-Fachbereichsleiter Besondere Dienste in Hamburg/Arbeitskreis undokumentiertes Arbeiten) unterhalten. Das Gespräch führte Georg Wißmeier.

ak: So viel 1. Mai war schon lange nicht mehr. Wie kommt es zu dieser Hinwendung zum traditionellen Kampftag der Arbeiterklasse?

Frank John: Nach der Konferenz "Die Kosten rebellieren" letzten Sommer in Dortmund zu Migration und Prekarisierung haben wir überlegt, wie wir es hinbekommen, in der BRD einen symbolisch aufgeladenen Termin zu finden, um dieses Thema stärker in Richtung Gewerkschaft und die Öffentlichkeit zu transportieren. Es war uns wichtig, es aus der Diskursebene der Gruppen und Strömungen, die bisher zu diesem Thema arbeiten, heraus zu heben und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, um eine Plattform rund um Prekarität herstellen zu können. Das war die Intention, und auf lokaler Ebene gab es zusätzlich Überlegungen, wie man eher subversiv den örtlichen 1.-Mai-Ablauf unterwandern könnte. Das war schon vor dem Aufkommen und dem Transport der Global-Mayday-Idee nach Deutschland. Als dies noch dazu kam wuchs bei uns die Bereitschaft, was in diese Richtung in Hamburg zu machen.

Peter Bremme: Was man nicht vergessen sollte ist, dass es von den Rechten eine Adaption des 1. Mai unter dem falschen Motto "Tag der Arbeit - Tag der nationalen Arbeit" gibt. Man muss den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen und für die gewerkschaftliche Perspektive kommt hinzu, dass es den Vorschlag gab, den 1. Mai als Feiertag zu streichen, um das deutsche Bruttosozialprodukt zu steigern. Das gibt einen zusätzlichen Impuls tätig zu werden. Zum anderen ist die Biertrink-Mai-Feierlichkeit an ihr historisches Ende gekommen und wir haben uns Gedanken gemacht, wie aus einem Veteranentreffen eine attraktive Veranstaltung werden kann.

Jan Mango: Gleichzeitig gibt es internationale Bestrebungen, sich den 1. Mai wieder anzueignen. Einerseits als Arbeitskampftag, aber auch um insbesondere die Prekarisierung der Lebensverhältnisse zu thematisieren. In den letzten Jahren gab es in Italien neue Formen der 1.-Mai-Demos, auch in London, Barcelona und anderen Städten gingen wieder Menschen auf die Straße, die sich eben nicht nur auf Gewerkschaften beziehen. Es waren vielmehr Menschen aus radikaleren, aktivistischen Gruppen die diesen Tag neu, auch mit neuen Themen besetzt haben ...

Inger Hamdorf: ... und die mit neuen Formen in der Öffentlichkeit agieren. Was nicht nur auf den 1. Mai bezogen ist, wie z.B. die Umsonst-Gruppen oder Yomango zeigen. Auf dieser Ebene gibt es schon seit einiger Zeit eine stärkere Zusammenarbeit.

Was bedeutet für euch der große Klammerbegriff Prekarität? Was wollt ihr damit transportieren?

Efthimia Panagiotidis: Für mich ist Prekarisierung ein klarer Begriff insofern er ein erweiterter Begriff ist und auf Gemeinsamkeit zielt, weil er auf eine unsichere Zukunft verweist und sich viele dabei wieder finden können und man sich gar nicht in Abgrenzung zu Gewerkschaften befindet, wenn man sich auf die unsicheren Lebens- und Arbeitsverhältnisse bezieht. Es kann gar nicht darum gehen, die gewerkschaftliche Position der Verteidigung der sozialen Errungenschaften zu verdoppeln, sondern ich sehe unseren Part vielmehr darin, den

Rahmen zu erweitern, indem wir immer wieder einbringen, dass es um prekäre Lebensverhältnisse geht und dass es viele Zwischenformen gibt. Es geht eben nicht darum, zwangsmäßig Arbeit zu bekommen, und ich will deutlich machen, dass es Differenzierungen gibt. Aber wir wollen bei diesen Differenzierungen auch nicht stehen bleiben, sondern im Prozess der Zusammenarbeit Forderungen entwickeln die sich nicht auf Vollzeit- und Fabrikarbeit beziehen, sondern auf unsere prekären, unsicheren, flexiblen, zeitbegrenzten Wie-auch-immer-Jobs.

F.J.: Im Vorbereitungskreis gibt es eine spannende Kontroverse über die Bewertung von Prekarisierung. Für mich ist Prekarisierung zunächst ein analytischer Terminus und mich interessiert daran was sich für die Linke daraus ergibt. Dass der Kapitalismus an Grenzen stößt, kann ich nicht als negativ ansehen. Vor diesem Hintergrund wird für mich die Forderung nach globalen Rechten wichtig. Eine Forderung, die in der Linken umstritten ist und wofür es bisher noch kein allgemeines Interesse gibt.

Wer ist eure Zielgruppe? Alle Menschen, die sich im Prozess der Prekarisierung befinden, oder ist das wieder eine Entwicklung der Selbstbezogenheit der Linken, weil "wir" plötzlich alle prekär sind?

I.H.: Es ist zunächst der Versuch, unterschiedliche Linke auf einer Ebene zusammen zu bringen ohne den Bezug auf eine Zielgruppe. Mit der Zielgruppenorientierung hast du schnell ein Problem. Schau dir den Aufruf des DGB zum 1. Mai an. Da wird sich "mit den Schwachen" solidarisiert. Unsere Intention ist eine umgekehrte. Wir wollen eine Zusammenarbeit entwickeln ohne Stellvertreterpolitik zu machen. Natürlich können wir nicht alle Menschen erreichen, wenn wir uns mit prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen beschäftigen, insbesondere nicht Illegalisierte und MigrantInnen. Es geht uns aber darum wie wir sie in das Gesamtkonzept mit einbeziehen können. Das ist unser Ansatz von den mujeres sin fronteras.

E.P: Ich habe den Eindruck, dass eine Verschiebung stattfindet und man zwischen dem ganz großen Schwammigen und dem ganz Konkreten schwankt. Mein Verständnis ist nicht das einer Zielgruppe, wenn wir Hausfrauen, Illegalisierte oder 1-Euro-JobberInnen ansprechen. Unser Ziel ist es, die Verhältnisse, in denen sie leben, zu kritisieren. Es hört sich zwar selbstverständlicher an, die Personeneigenschaften oder die Identitäten anzusprechen, aber ich glaube wir müssen davon ein bisschen wegkommen.

J.M.: Ziel des internationalen Euro-Mayday ist es einen Referenzrahmen zu schaffen, um linke Gruppen zusammen zu bringen, aber auch einen Raum, wo sich unorganisierte Menschen mit ihren Lebensrealitäten wieder finden können.

Nun gibt es vor dem 1. Mai eine Reihe von Veranstaltungen von ver.di und dem DGB. In welchem Zusammenhang steht dies mit dem Euro-Mayday?

P.B.: Der DGB und ver.di werden in der Woche vor dem 1. Mai unter dem Motto "Überleben in der Stadt der Millionäre" eine ganze Reihe von Veranstaltungen durchführen. Wir beginnen und enden mit einer Kulturveranstaltung. Der Anfang wird mit einer Sozialpartnerrevue im Polittbüro gemacht. Die Themenabende behandeln die Organisierungsprozesse in prekären Verhältnissen in den USA und hier, die Arbeitsbedingungen am Rande der regulierten Gesellschaft, den Glanz der neuen Armut und das Elend des neuen Reichtums und die Frage nach gewerkschaftlichen Strategien im neoliberalen Europa. Tagsüber wird es eine ganze Woche in Work-Shops einen intensiven Austausch zum Thema Organizing mit US-amerikanischen AktivistInnen und hiesigen Betriebsräten und Vertrauensleuten geben. Das Angebot, dass wir mit der Veranstaltungswoche vor dem 1. Mai machen, soll Anreize schaffen auf andere Länder, andere Umgangsarten zu schauen und Anregungen für die eigene konkrete Praxis mit zu nehmen. Nur mit der Spiegelung der eigenen Verhältnisse an anderen Gegebenheiten ist lernen auf betrieblicher Ebene möglich. Wir wollen mit der Woche die betriebliche und gewerkschaftliche Innensicht erweitern und Leute aus Betrieben motivieren, sich mit anderen Themen, die sich jenseits ihres direkten Umfeldes und Lebens befinden, auseinander zu setzen.

Allerdings hat diese Woche mit den Vorbereitungen zum Mayday erst mal nichts zu tun. Beide setzen aber hervorragend aneinander an.

Getrennt marschieren, vereint schlagen also. Hamburg ist als zentraler Ort für die Mayday-Parade ausgeguckt worden. Wie wird da die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gesehen?

F.J.: Es verwundert wahrscheinlich nicht, dass es etliche Stimmen gibt, die keinen Bock darauf haben, auf eine DGB-Demo zu gehen und darauf bestanden wird, dass in irgendeiner Weise eine eigene Identität hergestellt wird.

J.M.: Das ist aber nicht nur eine Frage der Identität, sondern es geht auch darum, die neuen Inhalte und die spezifischen Ansätze, die wir mit der Fokussierung auf das Thema Prekarität in die Öffentlichkeit transportieren wollen, nicht zu verwässern. Natürlich soll die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften forciert werden, aber es gibt halt auch Erfahrungen aus anderen Events und Aktivitäten die zeigen, dass Großorganisationen dazu neigen bestimmte Prozesse dominieren zu wollen. Wir wollen einen Weg finden, bei dem es eigene Veranstaltungen und eine eigene Mayday-Parade gibt, während gleichzeitig eine größtmögliche Kooperation mit Gewerkschaften versucht wird.

F.J.: Vielleicht gehen wir von unterschiedlichen Orten los und treffen uns an einem zentralen Ort mit dem DGB oder wir gehen einen Teil der Strecke gemeinsam. Ich glaube, wir brauchen von unseren Planungen her keine Angst zu haben, dass wir untergehen oder vereinnahmt werden. Wir müssen uns vor dem, was den 1. Mai des DGB ausmacht sicherlich nicht verstecken und können selbstbewusst auftreten.

Wie gestaltet sich eure Zusammenarbeit mit dem DGB und mit ver.di?

F.J.: Die Zusammenarbeit ist informell, extrem informell. Es läuft vorrangig über persönliche Beziehungen, die sich aus anderen Kämpfen hergestellt haben. Spannend wird es, was sich nach den Mayday-Aktivitäten weiter ergibt. Mit Peter darüber zu reden ist einfach. Gehe ich in andere verdi-Fachbereiche wird es schon viel schwieriger. Zur IG BAU gibt es Kontakt über die Internationale Wanderarbeitergewerkschaft, wo die Linken sehr aktiv sind und ich hoffe, dass es von daher auch zu einer Zusammenarbeit kommt. Aber es gibt im Moment keine organisatorische, inhaltliche oder Diskussionsplattform. Aber über kurz oder lang muss es innerhalb der Gewerkschaften Diskussionen über diese Fragen geben. Und ich will das 1.-Mai-Thema "Würde" mit Leben erfüllt sehen. Zum Beispiel dadurch, dass ähnlich wie in Basel das Gewerkschaftshaus Anlaufadresse für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus wird.

Wenn ich euch recht verstanden habe, seht ihr die diesjährigen Aktivitäten als den Beginn einer längeren Entwicklung.

I.H.: Wenn du dir anschaust, wie die Situation in Italien ist, da sind wir noch richtig weit von entfernt. Die diesjährige Mayday-Parade als beginnenden Prozess anzusehen ist das Einzige, was Sinn macht.

E.P.: Ich seh das auch so. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, mit etablierten und institutionellen Strukturen sehe ich gar nicht in Abgrenzung oder als schwieriges Verhältnis, sondern eher als eine Möglichkeit, klarer differenzieren zu können und andere Positionen einzubringen. Die Gewerkschaften können uns gar nicht vereinnahmen, weil sie Hausarbeit oder gewisse "Nichtarbeiten" gar nicht auf ihrer Agenda haben. Mein Ziel ist es nicht, mich an den etablierten Strukturen abzuarbeiten, sondern die Möglichkeiten und Räume zu nutzen, die mit deren Hilfe besetzt werden können.

Seit ihr also diejenigen, die dem 1. Mai frisches Leben einhauchen und an gute und kämpferische Traditionen anknüpfen wollen?

I.H.: Was ich von jüngeren Linken mitbekomme, haben die eine wesentlich größere Offenheit gegenüber diesem Tag, gegenüber neuen Zielen und eine größere Offenheit, Räume anders zu besetzen. Auch in dem Sinne der Hinwendung zu neuen Themen die alte sind.

F.J.: Okay, vielleicht sind wir antizyklisch. Aber wenn du dir die Historie des 1. Mai anschaust, dann steht das immer für prekäre Lebensverhältnisse, gerade die Ursprünge des 1. Mai in den USA. Und diese Linke, die in den letzten Jahren einige Themen platzieren konnte und die in den 1990er Jahren extrem plakativ und kampagnenmäßig operiert hat, kommt jetzt an einen Punkt, wo sie auch Mobilisierungs- und Organisierungsfähigkeit zeigen muss. Deshalb ist der 1. Mai auch ein symbolischer Tag, weil er all dies im historischen Gedächtnis verkörpert.

16. "Das Feld für die Rechten wurde seit Jahren bestellt." Interview mit den Koordinatoren der Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen

Autor: Interview: mb. · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:30

Seit einigen Jahren gibt es in den neuen Bundesländern und Berlin Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt und Mobile Beratungsteams (MBT), die in Kommunen Hilfestellung geben bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Im Zuge des von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeforderten "Aufstands der Anständigen" im Sommer 2001 werden diese Projekte durch Bundesgelder teilfinanziert. Wir sprachen mit Dominique John, Opferperspektive Brandenburg, und Lorenz Korgel von der Berliner Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, beide Koordinatoren für den jeweiligen Bereich, über die momentane NPD-Diskussion, das Erstarken der Rechten und die Arbeit ihrer Projekte.

ak: Ihr arbeitet in Projekten, die sich gegen die Aktivitäten von Rechten und Neonazis richten - und zwar mit staatlicher Unterstützung im Rahmen des CIVITAS-Programms. Wie wirken auf euch die aufgeregten Reaktionen der etablierten Politik in den letzten Wochen nach dem so genannten Dresdner Eklat zum Holocaust-Gedenken?

Dominique John: Wir verfolgen diese Debatten teilweise mit Kopfschütteln, zum Teil aber auch mit einem gewissen Schmunzeln. Kopfschütteln deshalb, weil es offenkündig ist, dass die Politiker im sächsischen Landesparlament aber auch in Brandenburg mit der entstandenen Situation vollkommen überfordert sind. Schmunzelnd deshalb, weil man mit einem gewissen Recht sagen kann, dass nun in den Landesparlamenten etwas angekommen ist, was Ausdruck einer politisch-kulturellen Entwicklung ist, mit der wir uns auf den Straßen, in den Kommunen und Landkreisen schon seit langem auseinander setzen. Insbesondere in Sachsen hat die NPD eine über Jahre gewachsene soziale Verankerung. In einigen Landkreisen muss man regelrecht von einer kulturellen Hegemonie rechtsextremer Strukturen sprechen. Wer sich jetzt schockiert zeigt über die - wie es heißt - Entgleisungen rechtsextremer Abgeordneter, der hat diese Entwicklung entweder nicht wahrgenommen oder einfach nicht ernst genommen.

Lorenz Korgel: Es ist schon merkwürdig, wenn das "Phänomen NPD" immer wieder als Problem von Protestwählern dargestellt wird. Gerade in den ländlichen Regionen, wo die NPD einen Wahlkampf "an der Haustür" führte, wissen die Leute sehr genau, wen sie gewählt haben. Ich muss sagen, ich verband mit der Tatsache, dass ein sozial verankerter Rechtsextremismus nun in den Parlamenten angekommen ist, die Erwartung, dass dies zu einer ernsthaften Auseinandersetzung der etablierten politischen Strukturen mit den Entwicklungsbedingungen für Rechtsextremismus führt. Nun scheint aber gerade eine umgekehrter Effekt einzutreten: Die Parlamentarier der etablierten Parteien schielen lediglich auf die politisch symbolische Auseinandersetzung innerhalb des Parlaments. Sie scheinen von der eingetretenen Situation förmlich absorbiert zu sein. Die Tatsache, dass beispielsweise Brandenburg beschlossen hat, die Gelder für das landesweite Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus oder auch für die Beratung von Opfern rechter Gewalt zu kürzen bzw. ganz einzustellen, kann ich mir nur so erklären, dass man die Wichtigkeit derartiger Projekte zum Aufbau sozialer Strukturen gegen Rechtsextremismus nicht erkannt hat.

Die NPD im sächsischen Parlament handhabt eine Strategie der kalkulierten Provokation - und die Reaktionen zeigen, dass diese Strategie aufgeht. Welche Wirkung hat das auf die organisierte Nazi-Szene und ihre Mitläufer?

L.K.: Die organisierte Szene ist z.Z. sehr intensiv mit der Diskussion um die so genannte Volksfront, also der Bündelung aller "nationalen Kräfte" unter dem Dach der NPD beschäftigt. Hier geht es keineswegs immer so harmonisch zu, wie dies die öffentlichen Bekundungen der rechtsextremen Szene suggerieren wollen. Wenn sich politische Bewegungen formalisieren, gibt es immer Konflikte, da macht die rechtsextreme Bewegung keine Ausnahme. Es geht einerseits um das Spannungsverhältnis "Radikalität vs. Realpolitik", andererseits aber auch um simple Besitzstandsfragen wie der Vorwurf der Ämterhäufung oder die Frage, ob denn die Dienstwagen der sächsischen NPD-Abgeordneten nicht zu fett seien.

Trotz dieser Streitigkeiten, die NPD-Erfolge entfalten auf die rechtsextremen Aktivisten eine motivierende Wirkung. Die DVU galt ja eher als Lachnummer, dagegen bietet die NPD schon Möglichkeiten der Identifikation.

D.J.: Auch ich denke, dass die parlamentarischen Erfolge und die Möglichkeit, sich nun gezielt provokativ innerhalb des etablierten Parteienspektrums bewegen zu können, die Szene positiv beeinflusst. Wir bekommen das insofern konkret mit, als sich organisierte Rechtsextremisten und ihr Umfeld deutlich selbstbewusster zu bewegen scheinen. Dies betrifft das Auftreten auf Demos, aber auch gezielte Provokationen bis hin zu Angriffen auf traditionell linke Einrichtungen scheinen zuzunehmen. Ich möchte nur an die Sprengstoffanschläge auf das Netzwerk für demokratische Kultur im sächsischen Wurzen im November letzten Jahres erinnern oder kürzlich an den Anschlag auf ein Jugendzentrum im brandenburgischen Bernau.

Wie drückt sich das Erstarken der neonazistischen Bewegung in eurer Arbeit aus?

L.K.: In der unmittelbaren Arbeit wirkt sich das in jedem Bundesland unterschiedlich aus. In Sachsen gelingt es der NPD zunehmend, das politische Klima zu vergiften, besonders dort, wo sie in den Kommunalparlamenten sitzt und stark lokal verankert ist. Die Beratungsfälle sind in solchen Situationen oft emotional aufgeladen, was mögliche Handlungsschritte häufig verstellt. Die Wahrnehmungskonzentration der Öffentlichkeit und der demokratischen Parteienlandschaft auf die Geschehnisse im sächsischen Landtag verstellt oft den Blick auf die ganz alltäglichen Vorgänge in den ländlichen Gebieten.

In anderen Regionen ist die Situation so schlimm bzw. so gut wie schon vor den NPD-Erfolgen. Wie gesagt, das politische Klima hat sich ja nicht auf einen Schlag zu Gunsten rechtsextremer Akteure verändert. Die Einstellungspotenziale bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie vorher. Es ist jedenfalls vor Ort nichts davon zu spüren, dass sich die NPD selbst "entzaubert" und deswegen an Zuspruch verliert, wie dies etwas naiv aus Kreisen von SPD und CDU zu hören ist.

Hat der Erfolg der NPD Auswirkungen auf die Arbeit der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt?

D.J.: Wir machen keine exakte Datenerhebung bezüglich der Täter. Aber wir begleiten die Betroffenen in aller Regel durch die Prozesse und können uns daher ein ganz gutes Bild von den Tätern machen. Wir haben es normalerweise nicht mit organisierten Rechtsextremisten zu tun, sondern mit Tätern aus einem eher losen rechten Umfeld der rechten Skinhead- und Kameradschaftsszene. Insgesamt haben die Opferberatungsstellen in Sachsen und Brandenburg seit den Landtagswahlen eine Zunahme von Angriffen rechter Schläger registriert. In aller Regel handelt es sich um Taten, die aus einer Gruppe heraus begannen werden, oft spielt Alkohol eine Rolle. Wir beobachten übrigens auch immer öfter, dass Frauen in diesen Gruppen eine gewichtige Rolle spielen. Sie beteiligen sich dann zwar nicht unmittelbar an der Tatausführung, wirken aber insofern mit, als sie zu den Taten anspornen oder gar als Ideengeberinnen auftreten.

Sind die Rechten nicht auch Profiteure einer gewandelten Selbstwahrnehmung der Deutschen? Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung sind Themen, die immer "unbefangener" diskutiert werden. In diesem Diskurs wird die Grenzen zum Geschichtsrevisionismus nur zu oft überschritten und die Rechten greifen das gezielt auf, wie z.B. am letzten Wochenende in Dresden.

D.J.: Ja, das Feld für die Rechten wurde seit Jahren bestellt. Es sei nur an den Historikerstreit der 1980er Jahre erinnert, die Debatte um die Neue Wache in Berlin Mitte der 1990er Jahre, also einer Gedenkstätte für Opfer und Täter gleichzeitig, oder eben die Diskussionen zum Bombenkrieg gegen das faschistische Deutschland. Die politische Elite in Deutschland scheint einen Konsens gefunden zu haben, der als Normalisierung beschrieben wird. Wenn Deutschland das Verhältnis zur eigenen Geschichte so einordnen kann, wie dies auch in anderen Ländern möglich ist, steht einer Führungsrolle Deutschlands in Europa und darüber hinaus nichts mehr im Wege. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen der rot-grünen Bundesregierung, die "Rolle Deutschlands" im internationalen Gefüge zu stärken, zu bewerten.

L.K.: Für mich ist außerdem bemerkenswert, dass die Zustimmung zu NPD-Parolen wie "Bombenholocaust" über die unmittelbare Anhängerschaft der NPD hinausreichen. Es ist daher interessant, zu beobachten, was sich kulturell in den vergangenen Jahren verändert hat. Guido Knopp, Günther Grass, Jörg Friedrich oder Thor Kunkel stehen für eine Lust endlich und "befreit" das "Deutsche Leid" darzustellen. Es handelt sich bei diesen Protagonisten natürlich nicht um Rechtsextremisten, aber ihre Betrachtung des Zweiten Weltkrieges als

"humanitäre Katastrophe" ohne Reflexion der Ursachen entpolitisiert den Diskurs um die Geschichte des Nationalsozialismus und seine Folgen. Es ist dann nicht mehr weit zur Gleichsetzung von "Dresden, Coventry (damals) und (heute) Bagdad", wie es bürgerlich-demokratischen Kräften in Dresden vorgemacht haben. Spätestens hier gerät dieser Diskurs dann zur Steilvorlage für die rechtsextremen "Prediger".

Zum Glück gibt es gerade in Dresden auch sehr positive Gegenbeispiele. Dort haben sich eine Reihe von Initiativen zusammengetan, um eine eigene "Erinnerungskultur" zu beschreiben. Sie internationalisieren den Diskurs und öffnen so die verengte deutsche Perspektive, sie thematisieren und benennen die deutschen Täter und verhindern damit die geschichtsvergessende Gleichsetzerei der Opfer. Ich denke, Nazis haben in einem Diskurs unter solchen Rahmungen keine Chance.

Macht eure Arbeit unter diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Sinn?

L.K.: Wie viele andere auch versuchen wir mit unserer Arbeit, demokratische Strukturen aufzubauen und zu erhalten. Mittels dieser Strukturen wollen wir menschenrechtliche Standards als Querschnittsaufgabe der gesamten lokalen politischen Kultur etablieren. Wir sind aber nicht so naiv, gleich alles auf einmal umkrempeln zu wollen. Stattdessen sprechen wir von "sozio-kulturellen Inseln" in einer sonst recht tristen politischen Landschaft. Wir haben die Hoffnung, dass diese Inseln wachsen, sich vernetzen und es dadurch gelingt, ein kulturelles Gegengewicht zu einem rechten Mainstream zu schaffen. Herkömmliche Vorstellungen in der Politik zur Eindämmung des Rechtsextremismus werden wir mit einem solchen Konzept enttäuschen: Wir werden nicht verhindern können, dass NPD-Anhänger die NPD in die Parlamente wählen. Aber die diskursive Macht der Rechtsextremisten vor Ort lässt sich durch eigene Themensetzungen brechen.

D.J.: Das mag sich so ein bisschen daher geredet anhören. Es gibt aber Beispiele dafür, dass es an einigen Stellen durchaus gelungen ist, Strukturen zu schaffen und zumindest einer rechten Hegemonie etwas entgegenzusetzen. Ich möchte auch behaupten, dass die Situation weitaus schlimmer sein würde, gäbe es nicht diese vielfältigen Versuche einer alternativen und linken Projektelandschaft. Übrigens weit über die staatliche finanzierten CIVITAS-Projekte hinaus.

Die Finanzierung eurer Projekte steht auf keiner gesicherten Basis. Wie es nach den Bundestagswahlen 2006 weitergeht, ist vollkommen offen. Wie seht ihr eure Zukunft?

D.J.: Wie es nach 2006 mit der Bundesfinanzierung für die Projekte aussieht, steht zur Zeit noch in den Sternen. Ab und zu ist die Rede von einer Bundesstiftung, die diese Arbeit übernehmen könnte. Konkrete Entwürfe dazu sind uns aber nicht bekannt. Land auf, Land ab ist man sich einig, dass es falsch wäre, nur Symbolpolitik oder nur "Strohfeuer" zu betreiben. In der Realität werden die Projekte aber immer nur ein Jahr lang mit sicheren Zusagen ausgestattet. Nachhaltige Strukturen sind damit nur in Ansätzen zu schaffen.

Interview: mb.

17. Ein NPD-Verbot ist keine Lösung. Statt Repression bedarf es der offensiven Auseinandersetzung

Autor: Christian Grünert · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:21

Der Ruf nach einem Verbot der NPD ist so reflexhaft, wie das pfeifen im dunklen Wald. Seit Jahren ist eines der Schlüsselwörter des rechtsextremen Geschichtsrevisionismus, der Terminus "Bombenholocaust", auf neonazistischen Demonstrationen omnipräsent. Die Gemüter erregt es jedoch erst, wenn es zum medialen Skandal reicht.

Die Argumente gegen ein Verbot der NPD sind älter als das gescheiterte Verbotsverfahren selbst - und sie sind nach wie vor stichhaltig. Von den mangelnden Erfolgsaussichten eines neuen Verbotsantrages einmal abgesehen, ist ein Verbot im Interesse der offensiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch gar nicht wünschenswert. Denn ein Verbot der NPD suggeriert, man könne den Rechtsextremismus mit einem Schlage wie den Teufel an der Wand bannen. Damit delegiert man die notwendige Auseinandersetzung in der Mitte der Gesellschaft um rechtsextreme Inhalte und die Ursachen ihrer politischen Attraktivität wieder an die ExpertInnen von Polizei, Gerichten und Verfassungsschutz.

Eine derartige Verbotsdebatte geht allerdings am Wesen des real existierenden Rechtsextremismus vorbei. Dessen qualitative Entwicklung ist in den vergangenen Jahren erheblich facettenreicher, als die Fixierung der öffentlichen Empörung auf die NPD glauben machen will. Die massenhafte Verbreitung rechtsextremer Musik an Schulen, die Zahl rechtsextremer Straftaten und die Existenz neonazistischer Kameradschaften geben davon ein beredtes Zeugnis. Zudem trugen die in der Vergangenheit erlassenen Verbote langfristig zu einer Stabilisierung und organisatorischen Transformation der neonazistischen Gruppen bei, wie das Beispiel der aus verbotenen Neonaziorganisationen hervorgegangenen so genannten Freien Kameradschaften zeigt. Gewiss würde ein Verbot die Anhängerschaft der NPD zunächst verunsichern, doch die seit 15 Jahren gewachsene kulturelle Reproduktionsfähigkeit des Rechtsextremismus gerade in Ostdeutschland würde mittelfristig zu einer politisch identischen Neuformation führen.

Seit Jahren agieren rechtsextreme Gruppen erfolgreich an der Schnittstelle zwischen Politik und Alltagskultur. Das Problem der Attraktivität rechtsextremer Identitätsangebote an Jungwähler beseitigt ein Parteienverbot ebenso wenig wie die temporäre kommunalpolitische Kampagnenfähigkeit von Neonazis - egal welcher organisatorischen Provenienz. Die Präsenz der NPD im sächsischen Parlament ist Ausdruck von offenbar weit verbreiteten, zumindest latent rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen bei Teilen der WählerInnen. Dagegen bleibt die Mobilisierung des Repressionsapparates jenseits der Verfolgung konkreter Straftaten wirkungslos. Eine Einschränkung der Immunität der NPD-Abgeordneten oder ein Verbot der Partei würden die Selbststilisierung der NPD als Opfer des von ihnen denunzierten "Systems" bedienen. Dagegen gilt es die antidemokratischen und unsozialen Inhalte der Partei offen zu legen, sie politisch und nicht polizeilich zu bekämpfen.

Der neu entfachte Streit um ein Verbot der rechtsextremen NPD ist eine Debatte unter ParteipolitikerInnen, die meinen, ihr politisches Profil schärfen zu müssen. Die weitere Einschränkung von Grundrechten ist dabei ein durchaus gewünschter Nebeneffekt. Der gegenwärtige Streit geht bezeichnender Weise über eine moralische Empörung nicht hinaus. Analytische oder praktische Schlussfolgerungen aus dem erstarkte Selbstbewusstsein der extremen Rechten sind bisher nicht erkennbar. Statt dessen ist die Analyse auf die NPD-Landtagsfraktion und deren Agieren im Parlament fixiert. Andere, für das politische Klima wichtigere Orte des politischen Kampfes der extremen Rechten, etwa die Straße, die Jugendclubs und die Schulen, finden sich nicht im Rampenlicht der Debatte. Für die Bekämpfung des Rechtsextremismus braucht es Bildungsarbeit und Information statt Repression und moralische Empörung. Es braucht Multiplikatoren für eine sozial gerechte, demokratische Gesellschaft statt Expertenrunden und Geheimdienste. Es braucht die sachkundige Bereitschaft, Neonazis politisch nachhaltig zu bekämpfen.

Christian Grünert

18. Letzte Ausfahrt Kiel. Die NPD setzt große Erwartungen in ihr Abschneiden in Schleswig-Holstein

Die NPD setzt hohe Erwartungen in ihr Abschneiden in Schleswig-Holstein

Autor: Enough is Enough · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:34

Nach den Wahlerfolgen der DVU und NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen hofft die NPD in Schleswig-Holstein an diese Ergebnisse anknüpfen zu können - zumal mit der Parteispitze der DVU eine Alleinkandidatur vereinbart wurde. Ob diese Erwartung am 20. Februar erfüllt wird, ist allerdings fraglich.

Die konkreten Wahlvorbereitungen des Landesverbandes begannen schon im Mai vergangenen Jahres. Auf einem außerordentlichen Parteitag nahe Fehmarn wählten die Mitglieder ihre Landesliste. Hinter dem Landesvorsitzenden Uwe Schäfer (Plön) folgten Ingo Stawitz (Uetersen), Heino Förster (Ratzeburg) sowie Jens Lütke (Selent) und Wolfgang Schimmel (Leezen). Darüber hinaus legte man Direktkandidaten für neun der insgesamt 40 Wahlkreise fest. In dem eigenen Parteiblättchen Schleswig-Holstein-Stimme wurden alle Mitglieder aufgefordert, die "laufende Unterschriftensammlung zur Landtagswahl 2005 mit aller Kraft" zu unterstützen und so die vom Wahlleiter vorgeschriebenen 1.000 Unterschriften zu erbringen.

Am 14. Oktober kam dann hoher Besuch nach Kiel: NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt reiste extra an, um offiziell den Antritt des Landesverbandes zur Wahl im Februar abzusegnen. Nachdem die NPD bei den Landtagswahlen im Saarland vier Prozent der Stimmen holte und in Sachsen sogar mit neun Prozent in den Landtag einzog, hofft die NPD nun auf einen Trend, der sich bis zur Bundestagswahl 2006 hinzieht und blickt voller Erwartung auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

Getrennt marschieren, vereint schlagen?

Als ausschlaggebend für das Abschneiden von NPD und DVU bei den vorausgegangenen Wahlen, vor allem in Sachsen, werden u.a. die Bündnisbildung und die Absprachen unter den extrem rechten Parteien gesehen. Ein paralleles Antreten verschiedener Parteien und die damit verbundene Stimmenteilung wurden so vermieden. Die Bundesvorsitzenden von NPD und DVU, Udo Voigt und Gerhard Frey, haben einander schon Zusicherungen bis zur Bundestagswahl 2006 abgerungen. Entsprechend erklärte die DVU im Oktober auch im nördlichsten Bundesland auf die Teilnahme an den Wahlen zu verzichten, um nicht in Konkurrenz mit der NPD zu treten. Der Landeschef der DVU, Heinrich Henftling, sieht das gemeinsame Vorgehen unter dem Motto: "Getrennt marschieren, vereint schlagen". Solche markigen Sprüche sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die DVU alleine wohl nicht in der Lage gewesen wäre, einen Wahlkampf in Schleswig-Holstein zu führen, ist sie doch schon seit Jahren nicht mehr ernsthaft in Erscheinung getreten.

Die Unterstützung durch die angrenzenden Landesverbände der NPD im Wahlkampf fiel trotz der Bedeutung, die der Landtagswahl durch den NPD-Bundesvorstand beigemessen wird, nur mäßig aus. In Berlin zeigt man reges Interesse am Ausgang der Wahl in Schleswig-Holstein, da diese eine von nur zwei Landtagswahlen im Jahr 2005 ist. Die Befürchtung ist groß, dass durch ein schlechtes Abschneiden der Partei in Schleswig-Holstein die Euphorie und der Aufwärtstrend nach der Sachsen-Wahl gebrochen werden könnte.

Vom Landesverband Hamburg unter dem greisen Ulrich Hader konnte realistischerweise kaum Hilfe erwartet werden. Aber auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern blieb mehr oder weniger außen vor. Zwar treten die Kameraden aus Niedersachsen dazu im Vergleich deutlich aktiver und organisierter in Erscheinung, doch auch dieser Landesverband blieb mehr oder weniger im Hintergrund. Die hauptsächliche Unterstützung kam von zwei Wahlkampftrupps aus Sachsen und Bayern, letzterer unter Leitung von Norman Bordin, Chef des Aktionsbüro Süd - also aus dem Umfeld der freien Kameradschaften, die sich auf die NPD beziehen.

Neben den NPD-Strukturen griffen regional auch parteifreie Neonazis helfend ein, so die Clique um das Aktionsbüro Nord von Tobias Thiessen, nachdem dessen Vertrauter Thomas Wulff in die NPD eingetreten ist. Die Lebensgefährtin Thiessens, Inge Nottelmann, war selbst lange Zeit in der NPD aktiv. Enge Kontakte zwischen dem Aktionsbüro und NPDlerInnen zeigen sich immer wieder bei Demonstrationen. Auch aus den Reihen der Freien Nationalisten aus Schleswig-Holstein erfolgte einige personelle Unterstützung. Der Lübecker Kameradschaftsführer Jörn Lemke trat in letzter Zeit vermehrt mit Protagonisten des Aktionsbüros

auf und verfasst regelmäßig für die Schleswig-Holstein-Stimme Artikel. Allerdings ist er erst im Sommer 2003 aus der NPD ausgetreten und es wird ihm auch nicht behagen, dass Harald Voss vom dem ihm verhassten Bündnis Rechts in Lübeck neuer NPD-Kreisvorsitzender geworden ist. Noch schwerer aber dürfte der Umstand wiegen, dass Ingo Stawitz auf Listenplatz 2 kandidiert. Der "Spießbürger" Stawitz war Vorsitzender des Landesverbandes und Anlass für die Machtkämpfe innerhalb der NPD Anfangs des Jahrzehnts, die zu ihrer Spaltung durch Peter Borchert, Jörg Gerg und Jörn Lemke führte. Als dann die Riege um Borchert 2003 mit Schimpf und Schande abdankte, trat Stawitz wieder in die Partei ein und übernahm erneut Führungspositionen.

Im Durchblick Nr. 2, einem rechtsextremen Zeitungsprojekt um Lemke, wird die Hoffnung ausgesprochen, dass "die Gruppe um Stawitz es nicht schafft, dem Landesverband im Wahlkampf ihre bekannt konservativ-reaktionären Vorstellungen aufzudrücken". Die kurzfristige Distanzierung der NPD-Schleswig-Holstein von der Demonstration am 29. Januar in Kiel zeigt, dass die Auseinandersetzungen in der NPD noch nicht beendet sind. Begründet wurde die Distanzierung mit der Befürchtung, die NPD könnte einmal mehr mit Gewalt in Verbindung gebracht werden.

Diese Auseinandersetzungen offenbaren, dass Spaltungen in der Szene häufig primär persönlicher und nicht politischer Natur sind und spätestens auftauchen, wenn verschiedene Spektren der extremen Rechten versuchen zu kooperieren. Das beste Beispiel kommt aus Lübeck, wo es schon einmal mit dem Bündnis Rechts den Versuch gegeben hat, solche Parteien zu vereinen. Auch dieses endete in persönlichen Anfeindungen und einem Zerwürfnis.

Schleswig-Holstein ist nicht Sachsen

Allerdings wird die Partei weiterhin einige Freie Nationalisten an sich binden können, da es nach der Inhaftierung von Peter Borchert und dem Wegzug von Jürgen Gerg keine wirkliche landesweite Alternative zur NPD für Neonazis gibt - und zudem das Ergebnis der Sachsenwahl natürlich auch motiviert.

Der Wahlkampf der NPD ist im wesentlichen durch zwei inhaltliche Schwerpunkte geprägt. Ein Schwerpunkt ist es, nach Vorbild der NPD-Niedersachsen Angst vor angeblicher Überfremdung durch die EU-Osterweiterung zu schüren - und dies mittels plumpen Rassismus. Daneben orientierte man sich an der Sachsen-NPD: Insbesondere nach den Hartz-IV-Protesten und dem gegenwärtigen Sozialabbau will man mit dem Aufgreifen der "Sozialen Frage" punkten. Es fragt sich allerdings, ob diese Strategie auch in Schleswig-Holstein verfangen wird? Auch wenn bei Umfragen im Norden ebenfalls die Arbeitslosigkeit als größtes Problem angesehen wurde, so waren z.B. die Hartz-IV-Demonstrationen mit wenigen Hundert TeilnehmerInnen nicht vergleichbar mit denen in Sachsen. Des Weiteren sind die bürgerlichen Parteien in Schleswig-Holstein traditionell stärker verwurzelt und die NPD für die WählerInnen fast nicht wahrnehmbar. Sie hat daher Schwierigkeiten sich im Norden als Lösung für soziale Probleme zu verkaufen. In Ostdeutschland fiel das erheblich leichter, nachdem sie schon bei den Hartz-IV-Protesten häufig als Initiator auftrat.

Enough is enough

Enough is enough, Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg, Bestellungen: rat, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

19. Der Weg zur völkischen Front. Vom "Hamburger Signal" zum "Münchener Bekenntnis"

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:25

Mit Kleinigkeiten gibt sich die NPD inzwischen nicht mehr zufrieden. Man will, bildhaft gesprochen, nicht nur ein Stück vom Kuchen, sondern die gesamte Bäckerei. Kaum ist, als direkte Folge des Wahlerfolges in Sachsen, der Mitgliederschwund gestoppt und die Trendwende eingeleitet, wird die Parteiführung übermütig. Die kleinste der drei relevanten Parteien der extremen Rechten lässt die Muskeln spielen und bildet sich ein, die Rolle übernehmen zu können, die einst die REPs gespielt hatten.

Ende der 1980er Jahre, als der Erfolg der REPs ständig neuen Erfolg produzierte, hatte die von Franz Schönhuber geführte Partei wie ein Staubsauger innerhalb der extremen Rechten gewirkt. Die Sogwirkung sorgte damals dafür, dass nicht wenige NPD-Mitglieder zu Überläufern wurden und in den Reihen der Konkurrenz landeten.

Heute weist der Weg in die andere Richtung. Und während die REPs damals einfach abwarteten und profitierten, arbeitet die NPD zielbewusst an der Demontage des noch immer mitgliederstärkeren Gegners im eigenen Lager. Klaus Baier, Pressesprecher der NPD, verkündet bereits selbstbewusst, Übertritte einzelner Funktionäre der REPs seien inzwischen relativ uninteressant: "Wir warten lieber noch einige Wochen und nehmen dann das Komplettpaket." Tatsächlich gibt es intensive Verhandlungen der NPD mit Funktionären der REPs und ganzen Parteigliederungen. Schon ist der über Jahre einzige funktionsfähige REP-Landesverband im Osten, der in Sachsen, faktisch nicht mehr existent, und der in Hamburg hat sich aufgelöst. Die Führungsspitze der Hamburger REPs ist zur NPD übergelaufen. Der bisherige Landesvorsitzende Thomas Nissen ruft im NPD-Parteiorgan Deutsche Stimme zur Unterstützung der NPD auf: "Deutschland kann nicht länger warten!"

Die Parteispitze der REPs um den Vorsitzenden Rolf Schlierer und seine Stellvertreterin Uschi Winkelsett verbreitet derweil Durchhalteparolen, die aber von den Mitgliedern immer weniger geglaubt werden. Zwar spricht selbst die den REPs nahe stehende Junge Freiheit von einer "frustrierten Parteibasis" und verweist darauf, dass beim Parteitag im November vergangenen Jahres im bayerischen Veitshöchheim vier Landesverbände erst gar keine Delegierten geschickt hatten. Doch der knapp wiedergewählte Vorsitzende Schlierer verbreitet weiterhin Optimismus und beschimpft die Konkurrenz: "Wer behauptet, die NPD sei der richtige Koalitionspartner, dem kann ich nur sagen: einmal Lump, immer Lump!"

"Deutschland kann nicht länger warten!"

"Ich spüre, dass wir auf dem richtigen Weg sind!", verlässt sich Schlierer auf seine Intuition. Seine Stellvertreterin Winkelsett verweist auf die hohe Zahl an Neuaufnahmen im vergangenen Jahr. Doch man muss kein Rechenkünstler sein um zu erkennen, dass 800 Zugänge, denen 905 Abgänge gegenüberstehen, einen Negativsaldo ergeben. Um den Schwund zu erklären, zieht sich Winkelsett auf die in der extremen Rechten so beliebten Verschwörungstheorien zurück. Die NPD, erklärt sie öffentlich, habe "einen staatlichen Auftrag, überall unsere Strukturen zu zersetzen".

Kein Wunder, dass der ehemalige Parteivorsitzende Franz Schönhuber gewohnt gallig über die Riege seiner Nachfolger lästert, dass bei den REPs "derzeit Leute an der Spitze stehen, deren geistiger Zuschnitt so ärmlich ist, dass man nur froh sein kann, sie nicht in Talkshows und politischen Foren zu sehen."

Der greise Haudegen Schönhuber, der einstmals die NPD als "fürchterlich gestrig" charakterisiert hatte und auch am Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey kein gutes Haar gelassen hatte, schert sich heute nicht mehr um sein Geschwätz von gestern. Er hat sich der NPD als europa- und medienpolitischer Berater zur Verfügung gestellt. Statt der früheren Kolumne in der National-Zeitung Freys erscheint nun monatlich ein Beitrag aus seiner Feder im NPD-Blatt Deutsche Stimme. Die NPD weiß nur zu genau um die anhaltende Zugkraft Schönhubers im Lager der extremen Rechten und spekuliert darauf, ihn als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl zu gewinnen. Die Eröffnungsrede Schönhubers als Alterspräsident des Bundestages wäre

ein weiterer Propagandaclou der Art, wie sie die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag inzwischen routiniert vorführt.

Die Parteinahme Schönhubers hat Signalwirkung. Vor allem in den Reihen seiner ehemaligen Partei, der REPs. Es wäre verfehlt, von einer quasi naturwüchsigen Wanderungsbewegung von einer Partei zur anderen auszugehen. Vielmehr hat die NPD langfristig daran gearbeitet, einerseits selbst attraktiver zu werden und andererseits die rechte Ur-Sehnsucht nach Einheit und Geschlossenheit zu befriedigen. Wird der Erfolg der Einheit erst einmal an einer Stelle nachgewiesen, so schafft der Erfolg weiteren Erfolg. Irgendwann ist dann der Punkt erreicht, an dem der Trend zum Selbstläufer wird. Dieser Punkt scheint nunmehr erreicht.

Den Probelauf stellten im Juni 2004 die Kommunalwahlen in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden dar. Noch nie zuvor war es einer Partei der extremen Rechten in den neuen Bundesländern gelungen, in den Stadtrat einer Landeshauptstadt einzuziehen. Die NPD allein wäre kaum in der Lage gewesen, dieses Ziel zu verwirklichen. Den einstmals starken REPs in Dresden wiederum fehlte es an finanziellen Mitteln und der Logistik, eigenständig mit Aussicht auf Erfolg anzutreten. Die Kooperation zwischen allen Kräften des Lagers war bereits seit Jahren bei den Aufmärschen zum 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, erprobt worden. Nachdem der Grundkonsens unter tatkräftiger Mithilfe der damaligen REP-Landesvorsitzenden Kerstin Lorenz erst einmal hergestellt war, war es ein leichtes, auch die weitgehend inaktive DVU, die sowieso eng mit der NPD kooperierenden Freien Kameradschaften sowie die unbedeutende Deutsche Partei (DP) mit ins Boot zu holen. Als Zugpferd verlegte der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger Apfel seinen Wohnsitz nach Dresden.

Das Ergebnis bei der Kommunalwahl am 13. Juni 2004 hielt sich zwar in Grenzen, konnte jedoch als Erfolg präsentiert werden: mehr als vier Prozent der Stimmen für das Nationale Bündnis Dresden bedeuteten drei Sitze. Das Konzept der "Einheitsfront" wurde von da ab forciert und von einflussreichen Zeitschriften der extremen Rechten, wie dem Monatsblatt Nation + Europa, publizistisch unterstützt.

Durchhalteparolen der REP-Führung

Das Nationale Bündnis Dresden hat inzwischen Nachahmer gefunden. Ähnliche Sammlungsbewegungen sind auch in Heilbronn und in Hannover entstanden. Die NPD erklärt ihre Unterstützung für die Sammlungsversuche, hält sich jedoch bei der Besetzung der Spitzenpositionen sichtlich zurück, um das Unterfangen nicht als offensichtlich von ihr gesteuert zu diskreditieren. Eitelkeiten wollen befriedigt, Posten für die neuen Partner vergeben werden.

Die NPD, besonders in Sachsen, hat in den vergangenen Jahren gelernt, sich den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen anzupassen. Was für Heilbronn gut ist, muss in Oschatz noch lange nicht richtig sein. Oschatz: eine normale Kreisstadt in Sachsen. Was hier eben so als normal gilt. Die fast nur noch in Sachsen existente DSU ist mit zwei Sitzen im Kreistag vertreten. Im nahe gelegenen Schildau war über Jahre der Versand "Front Records", einer der bundesweit wichtigsten Nazi-Mailorderdienste, ansässig. Der NPD-Kreisverband tritt durch monatliche Veranstaltungen in Erscheinung, die fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Dafür kommen prominente Referenten wie der ehemalige Parteivorsitzende Günter Deckert oder zuletzt im Februar "Bomben-Hirn" Peter Naumann. Bei der Landtagswahl im vergangenen September stimmten in Oschatz 11,4 Prozent für die NPD, das ist eines der höchsten Ergebnisse im gesamten Freistaat.

In Oschatz gibt es ein Bürgerforum in Form eines eingetragenen Vereins. Man kümmert sich um die Bürger. Als die vom Bürgerforum zu einer Veranstaltung geladenen Prominenten nicht erschienen, drohte man öffentlich: "Wenn uns unsere Kommunalpolitiker nicht helfen, wenden wir uns an Ministerpräsident Milbradt. Und wenn der uns nicht hilft, wenden wir uns eben an die NPD-Fraktion." Damit war zumindest die Medienaufmerksamkeit sicher.

Tim Reichel, Tilo Hegewald und Stefan Heller heißen die Vorstandsmitglieder des Vereins, der keine Berührungsängste zur NPD hat. Alle drei sind oder waren Funktionäre der REPs und dürfen laut Parteibeschluss mit der Konkurrenz am rechten Rand nicht zusammenarbeiten. Das Trio schert sich nicht um das Verdikt, denn eigentlich sind sie bereits Ex-REPublikaner. Ihre Namen finden sich unter den Unterzeichnern des "Hamburger Signals", jenes am 7. Januar veröffentlichten Papiers, das die Dauerkrise der im Niedergang befindlichen REPs nochmals verschärfte: "Wir setzen ein Zeichen nationaler Solidarität! Mit

dem heutigen Tag erklären die Unterzeichner, dass sie nicht länger bereit sind, den Weg ins selbst gewählte politische Abseits der Republikanerführung mitzugehen. Wir sind der Meinung, dass der große Name und die große Idee unserer Partei nicht länger zu eigennützigen Zwecken missbraucht werden darf. Nicht wir wenden uns gegen die Partei, sondern die Parteiführung hat die historische Stunde zum gemeinsamen Kampf aller Patrioten für unser Vaterland verschlafen. Aus diesem Grund setzen wir unser politisches Wollen als unabhängige Republikaner mit den Parteien NPD oder DVU fort", heißt es in der Erklärung. Für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein rufen die Dissidenten zur Wahl der NPD auf.

Nationale Einheitsliste in Dresden erprobt

Der Landesverband Hamburg erklärte sich für aufgelöst, die Führung trat zur NPD über. Die Parteispitze der REPs um Rolf Schlierer und Uschi Winkelsett wurde wieder einmal, wie bei der Gründung des Nationalen Bündnis Dresden, von den Ereignissen überrollt. Vergeblich dementierte Winkelsett, was in einer Antwort der bisherigen Landesführung der REPs noch einmal bestätigt wurde: "Der LV Hamburg hat sich aufgelöst, der Landesvorstand und die Vielzahl der Mitglieder sind geschlossen zur NPD übergetreten. U. Winkelsett verbreitet mit ihrer o.g. Mitteilung die Unwahrheit."

Unstrittig ist, dass bisher mehr als 700 aktuelle oder ehemalige Funktionäre der REPs, darunter auch ehemalige Landesvorsitzende, Mitglieder des Bundes- und von Landesvorständen, ihre Zustimmung zum "Hamburger Signal" erklärt haben.

Die verzweifelten Gegenmaßnahmen der REP-Führung erscheinen eher als Parodie eines Gegenschlags. Als Konter gegen die "Volksfront von rechts" der NPD hatte Schlierer seine eigene Miniatur-Volksfront gebastelt. Gemeinsam mit der DSU und der Deutschen Partei (DP) des ehemaligen hessischen Landtagsabgeordneten Heiner Kappel hatte er die "Frankfurter Erklärung" unterzeichnet, die Verpflichtung zur Zusammenarbeit der drei Gruppen. Die Tinte unter dem Papier war noch nicht richtig trocken als es bereits nichts mehr wert war. Eine Abgrenzung von NPD und DVU, so führende Funktionäre der DP, stehe der eigenen Beschlusslage "diametral entgegen". Kappel habe eigenmächtig gehandelt, seine Unterschrift sei deshalb ungültig. Er wurde daraufhin nicht nur als Vorsitzender abgesetzt, sondern auch seiner Mitgliedsrechte enthoben. Ein Ausschlussverfahren gegen ihn läuft.

Der neue Kurs der DP wurde am 23. Januar in München demonstriert. Beim Neujahrstreffen war Holger Apfel, Fraktionsvorsitzender der NPD in Sachsen, der Starredner. Und auf das "Hamburger Signal" folgte das "Münchener Bekenntnis". Zahlreiche Vorstandsmitglieder der DP auf Bundes- und Landesebene verpflichteten sich, "alles in ihrer Macht stehende zu versuchen, dass in Zukunft nur noch eine nationale Partei zu Wahlen antritt ..."

Inzwischen ist auch der zweite Partner Schlierers faktisch von Bord gegangen. Roberto Rink, Parteivorsitzender der DSU, sonnte sich im Glanz der Erfolgreichen beim Neujahrsempfang der NPD im Sächsischen Landtag. Genüsslich verkündet NPD-Fraktionssprecher Holger Szymanski, es bestünde ein ausgesprochen herzliches Verhältnis zwischen Holger Apfel und Rink. Und auch wenn DSU-Kommunalpolitiker, die oftmals in Fraktionsgemeinschaften mit der CDU vor Ort agieren, Bedenken äußern, so hegen die andere Funktionäre nicht. Vereinzelt prangen bereits ihre Unterschriften unter dem "Münchener Bekenntnis".

Jean Cremet

20. Kein Raum für Nazis. Erfolgreiche Gegenmobilisierung am 29. Januar in Kiel

Autor: Avanti · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:22

Mehr als 10.000 Menschen stellten sich am 29. Januar einem Aufmarsch von Neonazis in Kiel entgegen. Allein der Demonstration des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus schlossen sich über 8.500 TeilnehmerInnen an - eine der größten Demonstrationen in Kiel seit Jahrzehnten. Die Demonstration, mehrere Blockaden und etliche spontane Aktionen der tausenden von AntifaschistInnen führten dazu, dass sich die Polizeiführung trotz des Einsatzes von mehr als 3.000 BeamtInnen schließlich dazu gezwungen sah, den Aufmarsch der Nazis nach einem Viertel der Route abzubrechen. Als Teil des Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch möchten wir an dieser Stelle eine politische Bewertung des Tages vornehmen. (1)

Bereits im Dezember hatten sogenannte Freie Nationalisten um das Aktionsbüro Norddeutschland unter dem Motto "Gegen Multi-Kulti und Hartz IV - das Volk sind wir" einen Aufmarsch angemeldet, den ersten in Kiel seit 1999. Die ursprünglich angemeldete Route durch den Stadtteil Gaarden, einen "sozialen Brennpunkt" mit hohem migrantischem Bevölkerungsanteil, wollte die Stadt auf jeden Fall vermeiden, war ihr doch das Fiasko mit einem NPD-Stand im Juni 2004 noch in schlechter Erinnerung. Dieser musste nach tatkräftigen Protesten aus der Gaardener Bevölkerung vorzeitig abgebrochen werden. Die Polizei geht inzwischen davon aus, dass selbst ein NPD-"Info"-Tisch in Gaarden nur unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften durchzuführen ist. Ein Aufmarsch durch Gaarden wäre überhaupt nicht durchführbar gewesen. Oder mit den Worten eines türkischen Genossen: "Es geht der Stadt nicht darum, Gaarden vor den Nazis zu schützen, sondern die Nazis vor Gaarden."

Weitergehende Interessen hatte das Ordnungsamt jedoch nicht: Den Nazis wurde eine Route genehmigt, die vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt, vorbei am alten jüdischen Friedhof und einer türkischen Moschee über den Wochenmarkt zum Rathaus führte. Die Stadt unternahm zu keiner Zeit den Versuch, den Nazi-Aufmarsch zu verbieten, obwohl ein solches Vorgehen angesichts der Person des Anmelders nahe gelegen hätte: Der einschlägig vorbestrafte Jörn Lemke war bei den letzten Kommunalwahlen in Lübeck Spitzenkandidat des "Bündnisses Nationaler Sozialisten", das nach den Wahlen auf Grund einer "dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch wesensverwandten" Sprache verboten wurde.

Eine vom Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus - einem seit mehreren Jahren bestehenden Bündnis von Gewerkschaften, linken und antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen - angemeldete Gegendemonstration wurde von der Stadt nur auf einer stark veränderten Route zugelassen: Eine Route, die zu irgendeiner Zeit die Nazi-Route kreuzt, wurde kategorisch abgelehnt. Faktisch bedeutete dies, dass für antifaschistische Gegenaktivitäten ein großflächiges Innenstadtverbot erlassen und den Nazis die Innenstadt komplett überlassen wurde.

Um dies durchzusetzen, legte sich die Stadt in bemerkenswerter Weise ins Zeug: Um Auseinandersetzungen zu verhindern, die sie mit ihrer skandalösen Routenführung geradezu heraufbeschwor, wurden über 3.000 PolizeibeamtInnen eingesetzt; zahlreiche Busverbindungen wurden eingestellt, die Innenstadt zur auto- und parkfreien Zone erklärt; der Wochenmarkt musste zwei Stunden früher als gewöhnlich abgebaut werden; Geschäftsinhaber und sogar die Leitungen der großen Einkaufszentren wurden aufgefordert, an diesem Tag zu schließen. Die Oberbürgermeisterin appellierte an die Bevölkerung, die Innenstadt zu meiden - an einem Samstag. Die Stadtverwaltung musste allerdings schnell erkennen, dass diese Strategie nicht funktionieren würde, sondern dass viele Menschen von der Vorstellung, den Nazis die Stadt zu überlassen, schlicht empört waren.

Vielfältige Aktionen am 29. Januar

Auf Grund dieser Empörung und der intensiven und breiten Mobilisierung für die Gegendemonstration gerieten zunehmend auch Parteien - drei Wochen vor der Landtagswahl -, DGB-Funktionäre, die Kirche und der AStA unter Druck, sich zu verhalten. Sie meldeten eine eigene Demonstration mit anschließendem Kirchgang unter dem Motto "Wi(e)der Gewalt. Gegen Faschismus" an, die weitgehend außerhalb der Innenstadt stattfinden sollte.

Hiermit ging eine Hetzkampagne gegen den Runden Tisch und die Bündnisdemonstration einher: Nachdem die Presse zunächst überhaupt nicht berichtet hatte, titelten die Kieler Nachrichten reißerisch "Kiel droht Randale wie 1999" (2) und "berichteten" später: "OB Angelika Volquartz richtete gestern eine Bitte an die Schüler, die zum Protest gegen Rechtsextremisten aufgerufen wurden: ‚Nehmt an der großen Gegendemonstration zur Sicherheit lieber nicht teil.` Wer gegen den Aufzug der Rechtsextremisten demonstrieren und kein Risiko eingehen will, hat eine Alternative: Eine dritte Demo ..."

Diese Politik der Spaltung und Befriedung blieb erfolglos: Trotz massiven Drucks riefen IG-Metall und ver.di, zahlreiche Betriebs- und Personalräte, in einigen Betrieben sogar die Geschäftsleitung, weiterhin (auch) zur Bündnisdemonstration auf - ver.di hatte in Teilen gar den Aufruf des Runden Tisches wörtlich übernommen. Schließlich musste die "Landtagsdemonstration" zeitlich vorverlegt worden, da ansonsten der Konflikt allzu sichtbar geworden wäre.

Während sich an der "Landtagsdemonstration" mit der Ministerpräsidentin an der Spitze knapp tausend Menschen beteiligten, übertraf die Bündnisdemonstration des Runden Tisches mit etwa 8.500 TeilnehmerInnen alle Erwartungen. Schon vor dem Ende der Demonstration machten sich große Teile der Demonstrierenden in Richtung Innenstadt auf und begannen, gemeinsam mit bereits dort befindlichen Gruppen, an mehreren Stellen die Nazi-Route zu blockieren. Hier wurde die politische Breite auch praktisch sichtbar: Die massiven Blockaden und Störaktionen wurden massenhaft von SchülerInnen, Studierenden, GewerkschafterInnen etc. getragen. Der Versuch, hierfür ausschließlich "gewalttätige Linksautonome" verantwortlich zu machen, blieb vor dieser breiten Beteiligung ein hilfloses Unterfangen.

Die Polizei bekam die vielfältigen Aktionen nicht in den Griff, auch nicht durch den Einsatz von Schlagstöcken und Wasserwerfern - wobei diese Einsätze wohl eher dadurch motiviert waren, den massiven Polizeieinsatz zu legitimieren und der Presse die gewünschten "Randalebilder" zu liefern. Nach langem Hin und Her entschied sich die Polizeiführung auf Grund der immer noch Tausenden von Blockierenden, die Nazis nach einer stark verkürzten Route schnell wieder auf die Heimreise zu schicken.

Fazit und Ausblick

Für die antifaschistische Bewegung war der 29. Januar in Kiel zweifellos ein großer Erfolg. Die Ziele der antifaschistischen Aktivitäten, den Nazi-Aufmarsch zu stoppen und die Innenstadt entgegen den Planungen von Stadt und Polizei nicht den Nazis zu überlassen, wurden erreicht. Der politische Erfolg geht über den Tag selbst deutlich hinaus und eröffnet gute Perspektiven für zukünftige Auseinandersetzungen.

Aus unserer Sicht entscheidend war, dass im Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus über Jahre hinweg eine lokale Bündnisstruktur gewachsen ist, die, bei aller Unterschiedlichkeit der engagierten Gruppen und Organisationen, eine solidarische Zusammenarbeit ermöglicht. Während seines fünfjährigen Bestehens hat sich der Runde Tisch kontinuierlich mit Veranstaltungen, der Teilnahme an Protestaktionen und eigenen Aktivitäten - z.B. eine Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen - an antifaschistischer Arbeit beteiligt.

Zudem wurde in zum Teil schwierigen Auseinandersetzungen um politische Inhalte gerungen, die schließlich 2001 in der sog. "Kieler Erklärung" nach außen getragen wurden. (3) Diese geht weit über allgemeine Anti-Nazi-Parolen hinaus: Neben den Forderungen nach der konsequenten Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus erklärt das Bündnis, dass rassistische Erklärungsmuster und Orientierungen in der Mitte der Gesellschaft entstehen und gesellschaftliche Verhältnisse, "die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Vernichtung des Konkurrenten erfordern, Ungleichheit und Abbau sozialer Errungenschaften als Fortschrittsmotor rechtfertigen und damit Entsolidarisierung und Ausgrenzungsbereitschaft notwendig hervorbringen". Alle Versuche, unter dem Namen des "Kampfes gegen den Rechtsextremismus" allgemeine demokratische Rechte einzuschränken, werden zurückgewiesen. Dieses gemeinsame politische Verständnis, das sich eben nicht an der "Gewaltfrage" abarbeitet, sondern "solidarisches Verhalten, Zivilcourage bis hin zum zivilen Ungehorsam" anerkennt und für notwendig erklärt, bildet die Klammer für die Zusammenarbeit im Runden Tisch, auch für den 29. Januar 2005.

Auf dieser Grundlage und mit den Erfahrungen jahrelanger praktischer Zusammenarbeit konnten die intriganten Spaltungsversuche durch Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre genauso zurückgewiesen werden wie die Gewalthetze von Lokalpresse, Oberbürgermeisterin und Polizei: Der Versuch der politischen Isolierung

und einer potenziellen Kriminalisierung ist gescheitert. Vielmehr war die Mobilisierung in den unterschiedlichen Spektren im Gegensatz zum "Landtagsbündnis" erfolgreich und glaubwürdig. Die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit, die von Anfang an die Aktionen des Runden Tisches geprägt hat, führte dazu, dass sich Tausende von Menschen an massenhaften, spontanen wie organisierten Regelverstößen beteiligt haben. All dies betrachten wir auch als das Ergebnis unserer langjährigen politischen Arbeit.

Daran ändert auch die schlechte, teils schlicht falsche Medienberichterstattung nichts. Der 29. Januar hat uns darin bestätigt, dass eine antifaschistische Arbeit, die im genannten Sinne auf breite Bündnisse und vermittelbare Aktionen, an denen sich viele Menschen beteiligen können, setzt, politisch richtig ist.

Die politische Auseinandersetzung ist natürlich noch längst nicht abgeschlossen: In verschiedenen Zusammenhängen und Organisationen gibt es erheblichen Diskussionsbedarf. Im Vorfeld der Demonstrationen ist zu viel passiert, als dass viele einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Innerhalb der Gewerkschaften gibt es auf Grund des intriganten Verhaltens der lokalen DGB-Spitze heftige Auseinandersetzungen, u.a. waren bei einem Jugendcafé, das an diesem Tag der Gewerkschaftsjugend zur Verfügung stehen sollte, die Schlösser ausgetauscht worden. Ein Vertreter des Progressiven Türkischen Arbeitervereines berichtete, dass die SPD-Führung ihre guten Kontakte zum Bündnis türkischer Vereine genutzt hat, um die Verbreitung eines türkischsprachigen Aufrufs für die Bündnisdemonstration zu verhindern. Eine Radiogruppe, die mit dem Offenen Kanal Kiel weitgehende Absprachen getroffen hatte, um von den Demonstrationen ganztägig zu berichten, wurde in einem Akt der Zensur per Aushang am Samstagmorgen informiert, dass der Offene Kanal aus Sicherheitsgründen nicht zur Verfügung stehe.

Avanti - Projekt undogmatische Linke

Anmerkungen:

1) Eine ausführliche Dokumentation findet sich auf unserer Internet-Seite: www.avanti-projekt.de

2) Vor sechs Jahren musste ein Aufmarsch von Neonazis ebenfalls frühzeitig abbrechen, nachdem es an der Nazi-Route zu massiven Störungen und direkten Auseinandersetzungen gekommen war und eine breite Bündnisdemonstration in eine Blockade mit über 1.000 Menschen überführt werden konnte.

3) www2.igmetall.de/homepages/kiel/

21. "Seid ihr nur wegen des Tsunami hier?" Die Flutwelle - noch ein Kapitel einer langen Geschichte: Reisebericht aus Sri Lanka

Die Flutwelle - noch ein Kapitel einer langen Geschichte: Ein Reisebericht aus Sri Lanka

Autor: Sabine Eckart, Thomas Seibert · Rubrik: Sri Lanka · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:27

Im Auftrag von medico international fuhren Sabine Eckart und Thomas Seibert Ende Januar nach Sri Lanka. Auf ihrer Reise erfuhren sie nicht nur von zerstörten Küstenregionen und obdachlosen Flutopfern oder davon, wie Regierung und Unternehmen versuchen, aus der Katastrophe Kapital zu schlagen. Sie trafen auch mit VertreterInnen von Basisbewegungen und -projekten zusammen, die jetzt wie auch schon vor dem Tsunami auf beiden Seiten der ehemaligen Bürgerkriegsparteien darum kämpfen, bessere Lebensbedingungen für Arme und Nicht-Privilegierte durchzusetzen.

Unser Kleinbus nähert sich Mullaittivu über eine Straße, deren Belag von der Wucht der Tsunami-Fluten einfach hinweggespült wurde. Den Häusern des Ortes und vielen, die hier lebten, ist dasselbe widerfahren. Was blieb, ist ein von Schutt, von Gestrüpp, von zertrümmertem und zerrissenem Hausrat übersätes Gelände, in dem da und dort noch ein Gebäude stehen blieb, wenn auch die Fenster, die Türen, das Dach fehlen. Als ob hier eine systematische Abrissaktion stattgefunden hätte, um eine neue Siedlung zu bauen, vielleicht zu touristischen Zwecken. Dafür sprächen die Palmen, die nach allen Seiten den Blick begrenzen, dafür sprächen natürlich der Strand und das unter der Sonne funkelnde Meer.

Bald erfahren wir, dass solcher Augenschein an vielen vom Tsunami betroffenen Orten nicht gänzlich in die Irre führen wird. Dann jedenfalls, wenn Pläne aufgehen, an denen zu dieser Zeit in der Hauptstadt Colombo bereits gearbeitet wird, und nicht nur dort. Denn die Strände Sri Lankas, die bisher "Commons" waren, öffentliches Gut, und die deshalb auch von den armen Fischerfamilien besiedelt werden konnten, sollen jetzt privates Eigentum werden, zum Nutzen der Tourismusindustrie. Außerdem sollen auf der Insel, die so groß wie Bayern ist, acht moderne Fischereihäfen angelegt werden, geeignet für die Trawler der internationalen Fangflotten. "Rebuilding the Nation", nennt das die Regierung. Die Fischerfamilien sollen künftig weiter im Landesinneren leben, aus Sicherheitsgründen, heißt es. Ob sie ihre auf die eigene Subsistenz und kleine Vermarktung angelegte Arbeit wieder aufnehmen können, ob ihnen ein Zugang zu den Fischgründen des Meeres bleibt, ist nicht klar. Ob zur Neuansiedlung Land überhaupt zur Verfügung steht, auch nicht. Als wir einwenden, dass die Menschen dann ja Gefahr laufen, für lange auf fremde Hilfe angewiesen in den Lagern bleiben zu müssen, wird uns geantwortet: "Das hat in Sri Lanka Tradition. Hier leben viele seit Jahren schon in Lagern. Das werden jetzt mehr werden, mehr Leute, mehr Lager."

Chronik einer angekündigten Katastrophe

Nach Mullaittivu kamen wir durch Singham, den Leiter der Social, Economical and Environmental Developers (SEED). Singham lebte 15 Jahre in Kreuzberg, bevor er 1994 wegen der rassistischen Gewalt in Deutschland nach Sri Lanka zurückkehrte, das er aus demselben Grund verlassen hatte. Seine Organisation mit ihren vierzig meist sehr jungen MitarbeiterInnen hat ihren Sitz im nur wenige Kilometer, doch mehrere Stunden entfernten Vavuniya. Die Arbeit mit vom Krieg vertriebenen Menschen, die mit ihrem Haus und vielen ihrer Verwandten zugleich ihren Lebensunterhalt verloren haben, ist ein Schwerpunkt der Developers. Jetzt kommen die hinzu, denen der Tsunami den Ort ihres Leben geraubt hat. Noch vier Wochen nach dem Seebeben steigt die Zahl der Toten auf mittlerweile über 30.000, über 5.000 Menschen werden vermisst. Die Verwüstung durch die Flut reicht an mehr als drei Vierteln der Küste zwei Kilometer ins Landesinnere hinein, geschätzte 250.000 Familien haben ihren Lebensunterhalt verloren, eine halbe Million Menschen sind obdachlos geworden, leben bei Verwandten oder in Lagern.

Lager mit sogenannten "displaced persons" - euphemistisch als "welfare center" bezeichnet - aber gibt es in Sri Lanka nicht erst seit dem Seebeben. Der Tsunami schreibt eine Geschichte fort, die seit Jahrzehnten von der mörderischen Gewalt eines ethnisierten Krieges bestimmt wird. Der Konflikt zwischen der singhalesischen Mehrheits- und der tamilischen Minderheitsgesellschaft und die Konflikte in den beiden Gruppen gehen auf die

britische Kolonialherrschaft zurück, die Tamilen und Singhalesen gezielt gegeneinander ausspielte. Mit der Unabhängigkeit 1948 fiel die staatliche Macht singhalesischen Parteien zu, die sie systematisch gegen die im Norden und Osten lebenden Tamilen, vor allem aber zum eigenen Nutzen gebrauchten. Dagegen kämpfen seit 1983 die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), aber auch die singhalesische Janatha Vimukthi Peramuna (JVP), die sich zwar einer linken Rhetorik bedient, in ihrer anti-tamilischen Einstellung letztlich aber noch weiter geht als die Regierung in Colombo. Die setzte gegen beide Armee und Polizei ein. Den Kampfhandlungen fielen im tamilischen Norden 65.000, im singhalesischen Süden allein Ende der 1980er Jahre wenigstens 30.000 Menschen zum Opfer. Vor zwei Jahren stellten Regierung und LTTE die Kämpfe ein, die JVP wurde zwischenzeitlich legalisiert und gehört jetzt der amtierenden Koalition an. Die Brüchigkeit der Waffenruhe aber zeigt sich schon in dem Umstand, dass die tamilischen Gebiete in der Versorgung mit Hilfsgütern systematisch benachteiligt werden - trotz spontaner Bereitschaft zur Hilfe oft auch von singhalesischer Seite.

Überlebende der Gewalt

Wir treffen die Developers in ihrem Büro in Vavuniya, das wir, von Colombo kommend, nach sechsstündiger Zugfahrt erreichten. Den Übergang ins tamilische Gebiet konnten wir schon im Blick aus dem Fenster wahrnehmen, so deutlich ist die größere Armut der Hütten, Dörfer und Ortschaften. Durch Vavuniya zieht sich die Grenze zwischen dem von der Regierung und dem von den Tamil Tigers kontrollierten Gebiet. Die Stadt ist in den letzten Jahren enorm gewachsen, hat zahllose Menschen aufgenommen, die der Krieg von ihrem Land vertrieb. Die Developers arbeiten auf beiden Seiten der Grenze. Während der Vorstellungsrunde auf dem Dach des Hauses werden wir gefragt: "Seid ihr nur wegen des Tsunami hier?" Die Frage hatte man uns schon in Colombo gestellt, wo wir die landesweit operierende NGO Sarvodaya besuchten. Dort wurde uns bereits vom Einfall der HelferInnen aus aller Welt berichtet, von den Kleidern, dem medizinischem Gerät und dem Reis, die plötzlich in unbegrenzter Menge verfügbar waren, als ob es daran nie Mangel gegeben hätte. "Auch wenn man uns immer noch mehr davon anbietet: Wir brauchen keinen Reis, keine Kleider mehr", sagt Vinya Ariaratna von Sarvodaya, "ich brauche jemanden, der meine Handyrechnung zahlt, ansonsten kommen wir gut zurecht."

Bei SEED stoßen wir auf dasselbe Selbstbewusstsein, auf ähnliche Erfahrungen, auch auf dieselbe ansteckende Umtriebigkeit. Angefangen haben die Developers 1994 mit einem kleinen Wiederansiedlungsprojekt für zehn Familien. Heute unterstützen sie drei größere Siedlungen in der weiteren Umgebung von Vavuniya. Sie arbeiten stets im Team und setzen von Anfang an vor allem auf die Partizipation der Leute selbst: "We want that the people enjoy the rights they have", (1) sagt Rangini, die schon mehrere Jahre dabei ist. Im "Empowerment Camp", einer Schule für behinderte Kinder mit sieben Klassen, begann Partizipation damit, die Eltern überhaupt von deren Notwendigkeit zu überzeugen: "Kinder mit besonderen Bedürfnissen", so der bei SEED gebräuchliche Ausdruck, werden traditionell im Haus verborgen, vom Leben in der Gemeinde fern gehalten. Das ist jetzt anders, auch für die Eltern, die in der Schule mitarbeiten, dort kochen und sauber machen.

Um individuelle und gemeinsame Partizipation geht es natürlich auch und erst recht in den Siedlungsprojekten, in denen bis zu 270 Familien leben, die SEED aus den Lagern holte, in denen sie nach Flucht und Vertreibung landeten. Viele Familien werden von Frauen geführt, weil die Männer gestorben oder verschwunden sind; viele ihrer Angehörigen leiden an bleibender physischer und psychischer Verletzung, alle sind arm. In der Siedlung müssen sie sich zu einer Gemeinde erst wieder zusammenfinden. "Entwicklung" meint hier zugleich infrastrukturelle, ökonomische und soziale, auch psychosoziale Entwicklung, "from the bottom up" und in Absprache mit den Behörden, mit den Tamil Tigers und natürlich auch mit den ausländischen NGOs, von denen das Geld stammt.

Die Developers organisieren regelmäßige Versammlungen und initiieren Komitees und Arbeitsgruppen, die unterschiedliche Aufgaben erfüllen und für die sozialen Beziehungen prägend sind: sich wieder um sich und sich um die anderen zu kümmern, ist im gelingenden Fall ein und dasselbe. Was zuerst gemacht, was wann gebaut, eingerichtet wird, was aufgeschoben werden muss, entscheidet sich in einem langwierigen Prozess, der mit einer im brain storming ermittelten Wunschliste beginnt. Die reicht vom Wege-, Haus-, Brunnen- und Toilettenbau bis zur Einrichtung von Schule, Poststelle und Internetcafé. Seinen ersten Abschluss findet der Prozess in einem detaillierten und durchkalkulierten Arbeitsplan, der auf mehrere Jahre angelegt ist. Neben der Unterkunft geht es von Anfang an um Einkommensmöglichkeiten, zunächst auf Gartenbau, kleine Landwirtschaft, etwas Kleinviehzucht beschränkt, unterstützt durch einen Sparverein, mit dem sich die Leute Anschaffungen ermöglichen, die sie sich individuell nie leisten könnten. Das alles ist ohne Krisen nicht einmal

zu denken, die zugleich private und solche des gemeinsamen Projekts sind, Krisen, die sich immer wieder in tiefster Verzweiflung und Entmutigung, in Alkoholismus, sozialer und sexueller Gewalt artikulieren. In jeder Siedlung richtet SEED in einer Hütte ein Büro ein, das auch nachts besetzt ist und vor dem sich ein überdachter Versammlungsplatz befindet.

"Nach dem Krieg, nach dem Tsunami"

Nahmen die bisherigen Siedlungsprojekte Kriegsflüchtlinge auf, geht es jetzt um Überlebende des Tsunami. Ein Projekt wird in Mullaittivu, eines in Batticaloa geplant, zusammen rund 400 Familien. Überall im tamilischen Gebiet zeigt sich, wie sehr die LTTE schon eine Staatsmacht geworden ist, die über ein Netz von Polizeiposten ebenso verfügt wie über Gesundheitsstationen, Schulen oder eine Flotte von Bussen in gelbroten Farben, auf denen "Tamil Eelam Public Transports" zu lesen ist. Das beginnt schon in Vavuniya, wo wir erst den Checkpoint der Armee, dann eine Station des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, schließlich den der Tamil Tigers passieren. Dabei zeigt sich allerdings auch die Quasi-Staatlichkeit der Nicht-Regierungs-Organisationen, gibt es an den Checkpoints doch drei Fahrspuren: für den Privatverkehr, fürs Militär, für die internationalen Organisationen und die NGOs. Von unserem Kleinbus flattert eine Fahne mit dem Symbol von SEED.

Vom Krieg künden überall zerstörte, von schwarzen Brandspuren und Einschusslöchern gezeichnete Gebäude, auch ein großer Friedhof der LTTE, auf dem gefallene Kämpfer in völlig gleichförmigen Gräbern liegen. Die Gräber sind so angelegt, dass ihre Anzahl gar nicht überblickt werden kann. Vom Krieg rührt aber auch, dass unsere Handys nach Grenzübertritt kein Netz mehr finden. Eine Manipulation der Regierung, die den Leuten, nicht den Tigers schadet, weil die über Walky-Talky kommunizieren.

In Vavuniya sehen wir uns das "Empowerment Camp" und in Thalikulam ein weiteres Siedlungsprojekt an. Im gefährlich schaukelnden Dreirad ("Triwheeler") fahren wir die von Pfützen übersäten Wege ab, entlang derer die Hütten und Häuser verstreut im Gelände liegen, von kleinen Gärten umgeben. Stets müssen wir den Augenschein mit dem zusammenbringen, was uns die Developers erzählen, die tief grüne Tropenlandschaft mit den Geschichten, die sich in ihr zugetragen haben und weiter zutragen. Am Rand der Stadt besuchen wir die "Organic Farm", die SEED dort auch als Versuchslaboratorium für eine ökologisch und sozial nachhaltige Land- und Viehwirtschaft betreibt. Alles im Rahmen gemeinwesenorientierter Subsistenzproduktion, deren Grenzen am jeweiligen Ort die Developers durch die räumliche Ausweitung ihrer modellhaften Projekte verrücken wollen, mit der sich neue Möglichkeiten der Kooperation öffnen. "Das ist unsere Möglichkeit, unsere Chance jetzt", sagt Singham, "nach dem Krieg, nach dem Tsunami."

"The same old sea"

Nach sechsstündiger Zugfahrt kehren wir aus dem tamilischen Gebiet zurück nach Colombo. Dort holt uns ein Kleinbus ab, der dem Movement for National Land and Agricultural Reform (MONLAR) gehört. Das MONLAR-Büro in einer schmalen Seitengasse irgendwo im Süden Colombos ist ebenso mit zusammengesammeltem Mobiliar bestückt wie das der Developers im tamilischen Vavuniya, auch die Geschäftigkeit ist vom gleichen Ausmaß. Auf der Veranda zum kleinen Garten, der mit zwei Fahrzeugen zugestellt ist, treffen wir Sarath Fernando, der uns von den aktuellen Projekten und der Geschichte der Organisation erzählt. Manche der Aktivisten kannten sich schon lange vor der Gründung 1990. MONLAR ist ein Zusammenschluss von rund hundert Basis-Organisationen hauptsächlich aus den Bereichen der Landwirtschaft und der Fischerei, die mit dem Anschluss Sri Lankas an die neoliberale Globalisierung bis zum drohenden Zusammenbruch unter Druck gerieten. Die Mitglieder des Netzwerks organisieren landesweit Aufklärungs- und Fortbildungsprogramme für Kleinbauern und Fischer, unternehmen gezielte Recherchen zu den Effekten der Globalisierung und beteiligen sich an politischen Kampagnen ebenso wie an alternativökonomischen Projekten - darunter, ähnlich wie bei SEED, ein "Home Gardening"- Programm sozial-ökologisch nachhaltigen Landbaus. Darüber hinaus ist MONLAR Mitglied der globalen Bewegungen People's Global Action (PGA) und Via Campesina.

Gerade an diesem Abend findet hier im Büro ein Treffen statt, auf dem eine Idee erörtert werden soll: in den vom Tsunami betroffenen Ländern Informationen zu den Folgen der Katastrophe zu sammeln, um ihren Überlebenden eine Stimme zu verleihen und das dabei gesammelte Wissen den Betroffenen zur Verfügung zu stellen, auf singhalesisch, tamilisch und englisch. Sarath lädt uns zur Diskussion hinzu, zu der sich in der

Abendschwüle fünfzehn Leute auf der kleinen Veranda drängeln, Aktivisten von Basisorganisationen, ein Universitätsprofessor, Journalisten, der pensionierte Vorsitzende einer Gewerkschaft, der jetzt unentgeltlich für MONLAR arbeitet. Schon am nächsten Tag wird Sunil, ein freier Journalist, hier im Büro mit der Arbeit beginnen und zuerst ein "Civil Society Statement" zu den gerade veröffentlichten Plänen der Regierung verbreiten, gegen die geplante Privatisierung von Küste und Küstengewässer, gegen die Umsiedlung der Fischer und die Anlage großer Fischereihäfen. Aber auch gegen lange schon bekannte, bisher nicht durchsetzbare Vorhaben wie den Bau einer Küstenautobahn oder die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. All das taucht jetzt wieder in der "Post-Tsunami-Reconstruction" auf, unter alleiniger Verantwortung der Präsidentin Chandrika Kumaratunga Bandaranaike. Die hat gerade erklärt, in den nächsten fünf Jahren keine freien Wahlen zulassen zu wollen, wegen der nach dem Unglück nötigen "nationalen Einheit".

Vor diesem Treffen aber fahren wir mit Sarath und zwei anderen Mitarbeitern nach Koralawella, einem zwölf Kilometer weiter südlich gelegenen Ort an der Küste. Hier hat MONLAR unmittelbar nach dem Seebeben Nothilfe geleistet, auf Vermittlung von AktivistInnen einer Kampagne gegen das Denguefieber, einer von Stechmücken verursachten lebensbedrohlichen Erkrankung, die in den Tropen in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Wir fahren über einen vierspurigen Highway, der wie eine Schneise durch die endlosen semi-urbanen Siedlungen an der Küste führt. Irgendwann biegen wir rechts auf einen kleinen Weg in die Hütten ab, der kurz darauf an Bahngleisen endet, die parallel zum Highway verlaufen. Die 6000 Menschen von Koralawella leben zwischen Strand, Bahn und Schnellstraße, der Siedlungsraum ist mehr als knapp, Hütte steht an Hütte.

Wir nehmen im Schatten vor einem Haus Platz, das unmittelbar an die Gleise grenzt und dem "Urban Council" zur Unterkunft dient, einem Selbstverwaltungsorgan der Community. Wir trinken Kokossaft direkt aus der Nuss, man erzählt uns vom Tag des Tsunami, von dem, was hier seither unternommen wurde und von dem, was die Leute vor und nach den Fluten bedroht, vom Bahn- und Straßenverkehr. 89 Menschen sind hier ertrunken oder anderen Verletzungen erlegen, ein Bruchteil nur der Opfer, die Jahr für Jahr durch Züge und Autos ums Leben kommen. Wie zur Bekräftigung dröhnt in ohrenbetäubendem Lärm alle zehn Minuten ein Zug vorbei, unterbricht jedes Gespräch. Sarath, der uns übersetzt, schließt müde die Augen, spricht weiter, sobald das Geratter schweren Eisens zu verklingen beginnt. Seit Jahren fordert die Community, dass Gleise und Straße umzäunt und geregelte Übergänge geschaffen werden. Doch die Stadtverwaltung reagiert nicht, nimmt die Forderung nicht ernst, zu teuer das Ganze, und was mit der Siedlung werden soll, weiß sowieso keiner. "Wir müssen hier leben, müssen den Highway überqueren, unsere Kinder spielen hier", übersetzt Sarath. Die Leute werden weiter für Zäune und Übergänge kämpfen, und gegen das Denguefieber, soweit das möglich ist. Die schwarz-weiß gestreiften "Tiger-Moskitos" brüten auch in kleinsten Ansammlungen von sauberem Wasser, in Töpfen oder Dosen, kleinen Wasserbecken, in Kokosnussschalen, sogar in Astlöchern und stechen vorwiegend tagsüber und am frühen Abend. Wir werden gefragt, ob wir noch an den Strand wollen, um Schäden der Fluten zu sehen. Wir zögern, die Zeit drängt, in einer Stunde müssen wir wieder im Büro sein. Leise frage ich Sarath, was es da noch zu sehen gäbe. Er zuckt kaum merklich mit den Achseln, sagt: "The same old sea". Wir beschließen, gleich zurückzufahren, zum nächsten Treffen zu den Folgen eben nicht nur des Tsunami.

Sabine Eckart, Thomas Seibert

Weitere Infos: www.medico.de, Spendenkonto: Frankfurter Sparkasse, Kto. 1800, BLZ 500 502 01

Anmerkung:

1) "Wir wollen, dass die Menschen ihre Rechte wahrnehmen/genießen", so Rangini mit Nachdruck.

22. Weiter stramm auf Rechtskurs. Die dänische Bürgerkoalition hat sich konsolidiert

Autor: Peter Birke · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:38

Die rechte Regierungskoalition hat die Wahlen zum dänischen Folketing am 9.2. 2005 wie erwartet gewonnen. Insbesondere die anhaltenden Wahlerfolge der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei stimmen bedenklich.

Die Partei des Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen, Venstre, kam auf 29%. Ihr Verlust von 2,3% im Vergleich zu den Wahlen von 2001 wurde dabei durch den Erfolg ihres konservativen Koalitionspartners kompensiert. Der gewann 1,2% hinzu und kam auf 10,3% der Stimmen. Und die schlechteste Nachricht ist, dass die rassistische Dänische Volkspartei ihr hohes Niveau noch verbessern konnte. Mit zusätzlichen 1,2% kommt sie nunmehr auf 13,2%. Damit wird erneut eine rechtsliberale Minderheitsregierung gebildet werden, die sich vor allem in ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik der Unterstützung der Dänischen Volkspartei sicher sein kann.

Deutlicher Verlierer der Wahl ist die Sozialdemokratie. Sie kam nur noch auf 25,9% der Stimmen (-3,2%) und ist nunmehr nur noch mit 40 statt mit 50 Abgeordneten im Folketing vertreten. Die Krise der ehemals hegemonialen Partei hält also nicht nur an, sie hat sich nach diesen Wahlen sogar verschärft. Ihren Spitzenkandidat Mogens Lykketoft, Außenminister in der letzten sozial-liberalen Regierung, steht für eine politische Tradition, die von Rasmussen nur leicht modifiziert übernommen wurde. Lykketoft symbolisiert, dass auch die Sozialdemokraten für die Fortsetzung der grundlegenden Linien der Politik der Rechtsparteien stehen würden.

Rechtspopulismus weiter im Aufwind

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie hat die linksliberale Radikale Venstre ihren Stimmenanteil mit 9,2% nahezu verdoppeln können. Vor allem in Kopenhagen konnte sie einen erdrutschartigen Sieg feiern. Doch dies ist nur bedingt Ausdruck des Widerstands in liberalen Kreisen der Hauptstadt gegen die Regierung Rasmussen. Parteichefin Marianne Jelved äußerte sich nach der Wahl in erster Linie enttäuscht über den Umstand, dass eine bürgerliche Mehrheit unter Beteiligung ihrer Partei nicht zu Stande kam. Der zweite potenzielle Koalitionspartner einer sozialdemokratischen Regierung, die Sozialistische Volkspartei kam nur noch auf 6%, und ihr Vorsitzender, Holger K. Nielsen, trat unmittelbar nach der Wahl zurück. Das Konzept der SF, sich als Koalitionspartner einer Linksregierung u.a. durch eine Militärpolitik nach dem Vorbild Joschka Fischers anzubieten, ist nicht aufgegangen. Diese Politik war und ist innerhalb der SF stark umstritten. Es bleibt also abzuwarten, wie die Wahlniederlage innerhalb der SF ausgewertet wird.

Im Rahmen der medialen Wahlshow mit ihrer Personality-Orientierung kam der Umstand unter die Räder, dass die Zahl der Erwerbslosen seit dem Antritt Rasmussens offiziell um fast ein Viertel auf über 170.000 angestiegen ist. Die Zahl der in einer Art Null-Euro-Programm "Aktivierten" ist dabei nicht eingerechnet. In einer Anfang des Jahres veröffentlichten Untersuchung wurde konstatiert, dass - gemessen am durchschnittlichen Lebensstandard - die Zahl der Armen in Dänemark auf 432.000 Menschen - rund 8% - gestiegen ist. Damit wird eine Tendenz der letzten 25 Jahre fortgesetzt: die verschärfte Ausgrenzung von Ungelernten, Erwerbslosen und MigrantInnen. Zu dieser Entwicklung passen auch Steuersenkungen für die reichsten Teile der Bevölkerung, die die Regierung Rasmussen nach 2001 beschlossen hatte und die sie mit Sicherheit fortführen wird. Zudem wird die dänische Sozialpolitik in Anlehnung an Tony Blair in eine "Kontraktpolitik" umgewandelt. Staatliche Mittelzuflüsse, etwa an die Krankenhäuser, erfolgen nur noch als "Geschenke", als einmalige Zuschüsse. Das Sozialstaatsprinzip auf der Basis fester und dauerhafter Rechtsansprüche wird systematisch ausgehöhlt.

Für die Wiederwahl Rasmussens gibt es mehrere Erklärungen. So enthält die Politik der Umverteilung ein rassistisches Element. In der rechten Propaganda erscheinen die "Hilfen" an die steigende Zahl der Armen immer wieder als direktes Resultat von Angriffen gegen andere Arme. Nach 2001 wurde die Flüchtlingspolitik dermaßen verschärft, dass die Zahl der Flüchtlinge in Dänemark um rund 80% gesunken ist. Und die Wiedereinführung der "Starthilfe", einer Sozialleistung für Flüchtlinge, die deutlich unter dem Existenzminimum liegt, wurde von Regierung und Dänischer Volkspartei als Grundlage für einmalige Taschengelder an -

dänische - RentnerInnen verkauft. Die Spaltung funktioniert: Insbesondere die Rechtspopulisten konnten sich auf der Grundlage des bedrückenden Konsenses über die Flüchtlingspolitik offenbar erneut erfolgreich als "Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts" profilieren. Die im europäischen Vergleich bemerkenswerte Stabilität der Partei von Pia Kjærsgaard ist vor allem ihrer Propaganda für eine chauvinistische Sozialpolitik zu verdanken.

Gesellschaftlich marginalisierte Linke

Der zweite wesentliche Grund für das Wahlergebnis ist ein außerparlamentarischer: Der Aufschwung der sozialen Bewegungen kurz nach den letzten Wahlen - manifestiert in Protesten gegen die Einschränkung bürgerlicher Rechte, die Flüchtlingspolitik, die Kriegspolitik im Irak - hat nicht angehalten. Das hat auch damit zu tun, dass es nicht gelungen ist, die dominanten Kräfte in den Gewerkschaften in ein Bündnis gegen Rasmussen einzubinden. Nachdem dieser 2002/2003 einige Angriffe auf die Rechte von Gewerkschaften zurückgezogen hatte, beschränkte sich die Gewerkschaftszentrale zunehmend auf eine Kritik an Einzelmaßnahmen. Auch die nach wie vor im europäischen Vergleich sehr zahlreichen wilden Streiks wurden zunehmend eine lokale und sektorale Angelegenheit. Trotz alledem gibt es auch eine kleine gute Nachricht: Die undogmatisch-linke Einheitsliste steigerte mit 3,4% der Stimmen und sechs Mandaten im Folketing ihr Resultat von 2001 um mehr als ein Drittel. In ihren traditionellen Hochburgen in der Kopenhagener Innenstadt konnte die kleine Partei sogar Venstre überflügeln, aber auch auf dem Land kam es fast überall zu kräftigen Stimmengewinnen.

Peter Birke

23. Abstimmung gegen Terror. Im Irak wurde gewählt - trotz Gewalt, Besatzung und Angst

Autor: Bernhard Winter · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:24

Am 30.1.05 wird George W. Bush die Wählerinnen und Wähler im Irak dankbar in sein Abendgebet aufgenommen haben. Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan äußerte sich zufrieden über den Ablauf der Wahlen. Und das europäische Politestablishment lobte unisono - unabhängig von der eigenen Position zur US-geführten Intervention - den Mut der irakischen Bevölkerung. Diese Einigkeit in der Einschätzung verweist zum einen auf wiedergefundene gemeinsame Interessen der herrschenden Eliten, zum anderen aber auch auf den großen Interpretationsspielraum, den das Ergebnis eröffnet. Es hilft für die Analyse allerdings wenig, diesen Vorgang nur als "geplantes Wahltheater" abzutun. (1)

Gewählt wurden 18 Provinzverwaltungen und die Nationalversammlung. In den drei kurdischen Provinzen Dohuk, Sulaimani und Erbil wurden zusätzlich das kurdische Regionalparlament und Kommunalparlamente gewählt. In der neuen Nationalversammlung beträgt die Frauenquote mindestens 25%. Neben der Bildung einer Regierung wird dort die Hauptaufgabe die Erarbeitung einer Verfassung sein. Bereits im Dezember diesen Jahres sollen erneut Wahlen zum irakischen Nationalparlament stattfinden. Die Wahlen vom 30.1.05 waren somit nur eine Etappe in der politischen Agenda der Transformation Iraks, die im Jahr 2003 von der US-geführten Coalition Provisional Authority (CPA) festgelegt und mittlerweile von der UN abgesegnet worden ist.

Wahllokale wie Hochsicherheitstrakte

Sicher kann von freien, demokratischen oder fairen Wahlen überhaupt keine Rede sein. Dies war in dem herrschenden Klima der Angst nicht möglich. Mordanschläge auf Wahlhelfer sowie Morddrohungen gegen potenzielle WählerInnen waren in der Vorwahlzeit an der Tagesordnung. KandidatInnen zogen es vor, anonym zu bleiben. So etwas wie Wahlkampf fand deshalb allenfalls rudimentär statt. Am Wahltag selbst herrschte im gesamten Land die höchste Sicherheitsstufe; manches Wahllokal glich einem Hochsicherheitstrakt.

Dennoch waren es seit Jahrzehnten die ersten Wahlen mit realen Parteialternativen. Mit einer Wahlbeteiligung von ca. 60% sind diese Wahlen in erster Linie als Volksentscheid gegen den Terror zu verstehen. Einem Terror, der sich - wie der Wahltag mit 40 Opfern noch einmal blutig verdeutlichte - vor allem gegen die zivile Bevölkerung des Iraks richtet. Um dessen Ablehnung zu demonstrieren, haben sehr viele IrakerInnen ihr Leben riskiert. Selbst nach Abschluss der Wahlen wurden DorfbewohnerInnen, die gewählt hatten, von Terroristen überfallen. Die Terroristen aus dem Umfeld der Baath-Diktatur bzw. militant islamistischer Organisationen haben noch einmal gezeigt, dass sie unfähig und nicht willens sind, politisch zu agieren. Ihr erklärtes Ziel - die Wahlen zu verhindern - haben sie jedoch nicht erreicht. In den Städten, in denen sie über starke Strukturen verfügen, konnten sie durch ihre Drohungen die Wahlbeteiligung zwar drastisch senken. Allerdings war es ihnen nur an wenigen Orten wie etwa dem nordirakischen Bartalla möglich, die Wahlen gänzlich zu verhindern. Zu der niedrigen Wahlbeteiligung in den arabisch-sunnitischen Gebieten hat vor allem der Rückzug der einflussreichen Iraqi Islamic Party von der Wahl beigetragen. Da die arabischen Sunniten nunmehr nur über die Listen in der Nationalversammlung vertreten sind, an denen alle Bevölkerungsgruppen beteiligt waren, werden sie insgesamt unterrepräsentiert sein. Erwartungsgemäß war die Wahlbeteiligung unter der schiitischen Bevölkerung im Südirak am höchsten. Hier wirkten vor allem islamische Würdenträger mobilisierend. Großayatollah Ali al-Sistani hatte auf einen raschen Wahltermin gedrängt. Damit sollte endlich der durch das britische Kolonialregime in den 1920er Jahren etablierte und von der Baath-Diktatur forcierte faktische Machtausschluss der schiitischen Bevölkerungsmehrheit revidiert werden.

Oft ist - auch von IrakerInnen - zu hören, die Aufteilung der irakischen politischen Landschaft in Schiiten, Sunniten sowie Kurden sei im wesentlichen ein Fantasieprodukt westlicher Medien. Ein Blick auf die sich an der Wahl beteiligten Listen zeigt aber, wie sehr es bei dieser Wahl darum ging, den jeweiligen Bevölkerungsgruppen Einfluss zu sichern. Dies ist vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen mörderischen Verfolgung der kurdischen und schiitischen Opposition im Irak mehr als nachvollziehbar.

Den derzeit vorliegenden Zwischenergebnissen zufolge wird erwartungsgemäß die Vereinigte Irakische Allianz die Wahlgewinnerin sein; ein Zusammenschluss der einflussreichsten schiitischen Parteien, der auch von

Großayatollah al-Sistani unterstützt wird. Ihr werden nach einer Teilauszählung in 13 Provinzen über 50% der Stimmen zugerechnet. (2) Die Kurdische Vereinigte Allianz, ein Zusammenschluss fast aller kurdischen Parteien, konnte demnach 24,6% der Stimmen auf sich vereinigen. An dritter Stelle wird die Liste des jetzigen Premiers Iyad Allawi mit ca. 13,6% der Stimmen gehandelt. Der säkulare Schiit war zuletzt Favorit der US-Administration.

Wenig Optionen für Linke

In einer Atmosphäre, die durch eine ethnisch-religiöse Interpretation sozialer Konflikte geprägt ist, bleibt für linke Positionen wenig Spielraum. Die Irakische Kommunistische Partei trat unter dem Namen "Volkseinheit" zur Wahl an. Traditionell ist sie in allen Regionen des Landes vertreten und war über Jahrzehnte die einzige gesamtirakische Partei. Ihr Wahlprogramm zielte insbesondere auf die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und auf die Errichtung eines föderalen Staatswesens. Ihre Chancen, Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen, sind jedoch gering. Die Arbeiterkommunisten haben gleich auf eine Teilnahme verzichtet - unter dem Verweis, dass vor einer Wahl sowohl der islamistische Terror als auch die Besatzung beendet sein müsse und eine Wahl nur auf dem Boden einer säkularen Verfassung, die den arabischen Nationalismus überwunden hat, stattfinden könne.

Mögliche Öffnung von Spielräumen

Die Wahl zeigt allerdings auch, dass die politische Landschaft des Irak nicht reduziert werden kann auf Besatzer und Kollaborateure einerseits sowie "Aufständische" und "Widerstand" (wie die verniedlichende Beschreibung der Terroristen häufig lautet) andererseits. Selbstverständlich sieht die Bush-Administration in dem Wahlergebnis eine Legitimation der Besatzungspolitik. Gerade dagegen verwahren sich aber andererseits sehr viele WählerInnen im Irak. Die US-Administration wird es nun mit einer - da durch Wahlen legitimiert - selbstbewussteren irakischen Regierung zu tun haben. Bei den vorprogrammierten Konflikten wird die US-Regierung deshalb nicht ausschließlich auf ihre Truppenpräsenz im Land verweisen können, da sie auch auf Mithilfe der neuen irakischen Regierung angewiesen ist, um die sie interessierenden Teile des Landes unter Kontrolle zu bekommen. Daraus ergeben sich für die irakischen AkteurInnen durchaus Spielräume.

Der weitere politische Prozess erscheint deshalb auch offen. Zweifelsohne haben die Wahlen die ethnischen Spannungen verschärft. Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass das Wahlergebnis das Auseinanderdriften der Landesteile forcieren und die Gewalt eskalieren muss. Es besteht durchaus eine Chance, dass es einer erfolgreich arbeitenden Nationalversammlung, in der die Schiiten eine Mehrheit und die Kurden eine starke Präsenz haben, gelingt, die arabisch-sunnitischen Kräfte über Verhandlungen in den politischen Prozess zurückzuholen. Entscheidend für diesen Prozess wird allerdings auch sein, dass die US-Regierung die Bedingungen für einen Truppenabzug präzise benennt. Dass sie unmittelbar nach der Wahl im US-Kongress die Verlängerung der Stationierungskosten um zwei weitere Jahre beantragte, lässt in diese Richtung allerdings skeptisch bleiben. Auch ein Arrangement der US-Regierung mit der schiitischen Mehrheitsfraktion scheint möglich. Die Implementierung des "freien Welthandels", dem die Besetzung des Landes diente, wird zwischen ihnen keine unüberbrückbare Gegensätze aufwerfen. Dass das Zusammenspiel funktionieren kann, zeigte sich letzten Sommer, als al-Sistani hunderttausende PilgerInnen nach Nadschaf ziehen ließ, woraufhin der Aufstand der Mahdi-Milizen von Moqtadar al-Sadr zusammenbrach.

Die zentralen Probleme des Irak, also der Aufbau des Gemeinwesens und die Beendigung der Besatzung sind mit dieser Wahl allerdings keineswegs gelöst. Dem Land stehen noch schwere Jahre am Abgrund bevor. Dennoch war diese Wahl ein unverzichtbarer Schritt zur Überwindung der Diktatur.

Vertane Chance in Irakisch-Kurdistan

In den kurdischen Provinzen fanden neben der Wahl zur Nationalversammlung auch Wahlen zum kurdischen Regional-Parlament und den Kommunalparlamenten statt. 1992 waren unter begeisterter Teilnahme der Bevölkerung Wahlen zum ersten kurdischen Regionalparlament durchgeführt worden. Die beiden großen kurdischen Parteien, Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) teilten sich die Regierungsgewalt unter Beteiligung von Vertretern von Minderheiten. Nachdem es Mitte der 1990er Jahre zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen kurdischen Parteien kam, ist das Gebiet in zwei von der DPK bzw. PUK dominierte Verwaltungsbereiche geteilt. Trotz aller Schwierigkeiten

konnten sich in den kurdischen Gebieten in den letzten Jahren funktionierende Verwaltungsstrukturen und Ansätze einer Zivilgesellschaft, wie Frauen- und Menschenrechtsgruppen und vielfältige Medien entwickeln.

Begeistert begrüßte die kurdische Bevölkerung im April 2003 auch den Sturz des Baath-Regimes. Wirtschaftlich hält die Aufbruchstimmung an. Der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich erheblich verbessert. Politisch hingegen ist die anfängliche Begeisterung verflogen. Die überwiegend säkular orientierte Bevölkerung fürchtet angesichts der anhaltenden Gewalt und auch angesichts der unerwartet starken religiösen Orientierung der schiitischen Bevölkerung, die errungenen Rechte und Freiheiten im gesamtirakischen Prozess zu verlieren. Während die politische Führung an der Vision eines multiethnischen und föderalen Irak festhält, haben 1.9 Millionen KurdInnen eine Petition an das Parlament unterschrieben, mit der Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, dass den KurdInnen in der neuen Verfassung ein Sezessionsrecht zugestanden wird.

Ein strittiger Punkt vor den Wahlen war das Wahlrecht für ca. 150.000 KurdInnen aus Kirkuk, die einst vom Regime Saddam Husseins deportiert worden waren und nun zurückgekehrt sind oder dies beabsichtigen. Ihr Status, die Modalitäten der Rückkehr und die damit verbundenen komplexen politischen und Eigentumsfragen sind bislang nicht gelöst. Auf Druck der kurdischen Führung und eines angedrohten Wahlboykotts wurden diese RückkehrerInnen zur Wahl zugelassen und zum Teil mit Bussen in die Wahllokale nach Kirkuk gefahren. Dies hat insbesondere die Spannungen zwischen den turkmenischen und kurdischen Parteien erhöht.

In den kurdischen Gebieten war die Wahlbeteiligung überwiegend hoch. Zur Sicherung des größtmöglichen kurdischen Einflusses auf den gesamtirakischen Prozess wurde die kurdische Einheitsliste für die nationalen Wahlen von vielen begrüßt. Sie umfasste neben der DPK und PUK die Islamische Liga, die Kommunistische Partei Kurdistans, die Partei der Werktätigen sowie kleinere assyrische, chaldäische und turkmenische Parteien. Kritisch wurde in der kurdischen Öffentlichkeit dagegen diskutiert, dass auch für das kurdische Regionalparlament nur eine Einheitsliste zur Wahl stand. Schon vor der Wahl waren die Sitze im Parlament zwischen DPK und PUK (je 31%), und den anderen Parteien sowie Minderheitenvertretungen aufgeteilt. So wird zur Enttäuschung vieler KurdInnen die gegenseitige politische Blockade der beiden Lager fortgesetzt werden. Auch die Meldung der Wochenzeitung Hawlati, dass beide große Parteien auch ehemalige mustashar (Führer bewaffneter Gruppen, die das Baath-Regime unterstützten) für die Einheitsliste nominierten, dürfte dazu beigetragen haben, dass in einigen Wahllokalen nur 50% der kurdischen Wahlberechtigten von ihren Wahlrecht Gebrauch machten.

Bernhard Winter, Haukari e.V.

www.haukari.de

Anmerkungen:

1) "Wahltheater wie geplant". Rüdiger Göbel in junge Welt, 31.1.05

2) The Time online, 8.2.05

24. Martin Luther in Bagdad. Die USA setzen bei der Neuordnung des Nahen Ostens auf den islamischen Fundamentalismus

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Irak; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:29

"Jetzt sind es unsere Terroristen", verkündete jüngst ein hoher Vertreter der Bush-Administration, als die USA die iranisch-schiitischen Volksmudjahedin zu ihren Verbündeten im Kampf gegen den Iran erklärten. Der Schulterschluss der USA mit fundamental-religiösen Kräften in der Region ist alles andere als ein Ausrutscher.

Gemäßigte Muslims sind wahrscheinlich nicht die Lösung gegen Bin Laden. Im Gegenteil: Diejenigen, die die Vereinigten Staaten am meisten gehasst haben - schiitische Geistliche und sunnitische Fundamentalisten - halten den Schlüssel für das Wachstum der Demokratie unter den Gläubigen in den Händen." Religiöses Delirium als Endstadium eines verpatzten militärischen Abenteuers? Kaum. Vielmehr ein äußerst nüchternes und geschichtsbewusstes Strategieangebot aus der Feder von Reuel Marc Gerecht, einem der profiliertesten neokonservativen Iran-Experten Präsident Bushs. Gerecht war lange Zeit Nahostexperte des CIA. Er hat mit Robert Kagan und William Kristol ein bekanntes Buch über Krise und strategische Chancen amerikanischer Außen- und Verteidigungspolitik geschrieben, ist Mitherausgeber des neokonservativen Weekly Standard, Korrespondent des Atlantic Monthly und publiziert regelmäßig in der New York Times, im Wall Street Journal, der Washington Post und anderen führenden Blättern. Vor allem aber gehört Gerecht zur Frontformation des American Enterprise Institute (AEI), dem "de facto Hauptquartier neokonservativer Strategiebildung" (so eine Charakterisierung der irakisch-amerikanischen Handelskammer). Die Bedeutung der Neocons für die Bush-Administration hat trotz der scheinbaren Fassadenkorrekturen im Zuge der Kabinettsumbildung nicht abgenommen. Gleich nach der Wahl waren namhafte VertreterInnen ins Weiße Haus geladen worden und hatten Bushs Antrittsrede für die zweite Amtszeit und die darin verkündete Erneuerung der Bush-Doktrin mit vorbereitet.

Das Eingangszitat entstammt der offiziellen Vorstellung eines Buchs, das Gerecht im Dezember 2004 über "Schiitische Kleriker, sunnitische Fundamentalisten und die Heraufkunft der arabischen Demokratie" (Untertitel) geschrieben hat, sein Titel: "Das islamische Paradox". In dieser Arbeit legt er wichtige Perspektiven amerikanischer Sozialstrategien im Hinblick auf die erwartete soziale Konfliktualität im Nahen Osten offen. Sie zeigen, wie tief die amerikanische Transformationsinitiative in die kulturellen Wurzeln greift. Es geht um eine politische Ökonomie der Religiosität, um die Erschließung der Potentiale des Fundamentalismus für die Modernisierung des Ausbeutungskommandos.

Neokonservative Planspiele

Noch bevor Seymour Hersh im New Yorker seinen Bericht über amerikanische Untergrundoperationen im Iran veröffentlicht hatte, war Gerecht mit den Kriegsplanungen gegenüber dem Land vertraut. Der Iran und Syrien waren vom AEI schon vor dem Irakkrieg als Angriffsziele benannt und immer wieder propagiert worden. (1) Zusammen mit hochrangigen Militärs, Geheimdienstlern und Diplomaten hatte er im Atlantic Monthly die strategischen Optionen eines Angriffs auf den Iran in einem "war game" durchgespielt. Die intime Kenntnis des Schiismus im Iran und Irak brachte ihn zu dem Schluss, dass auch ein Bombardement iranischer Atomanlagen keine tiefgehende Solidarisierung gegen die USA mit sich bringen würde. Aber es ging ihm nicht um oberflächliche kriegerische Optionen. Es ging um die religiösen Tiefendimensionen sozialer Modernisierung.

Das heißt nicht, dass innerhalb der Bush-Administration so etwas wie ein Masterplan existiert. Es ist bekannt, dass der Irakkrieg bereits ein Jahr vor seinem Beginn als Initialzündung für eine sozial-ökonomische Transformation des gesamten Nahen Ostens konzipiert war, als Auftakt zu einem globalen "social engineering", wie es Senator Pat Roberts, Vorsitzender des Ausschusses für Geheimdienstfragen, genannt hat. Dennoch war auch damals ein "learning by doing" beabsichtigt. Statt eines festen Plans gab es strategische Optionen, die sich im Laufe der Konfrontation selbst änderten. Vor diesem Hintergrund stellen die strategischen Überlegungen Gerechts eher einen Input im Rahmen der aktuellen Neuorientierungen für die zweite Amtszeit Präsident Bushs dar.

Gerecht folgt dem historisch-materialistischen Selbstverständnis der Bush-Regierung. Dieses bezieht sich auf die Triebkräfte des englischen religiösen Fundamentalismus bei der der Entwicklung des Kapitalismus. (2) Hundert Jahre nach Max Webers Schriften zur Religionssoziologie und der Bedeutung der "protestantischen Ethik" für den Geist des Kapitalismus ist dieses Transformationsstadium inzwischen ausreichend erforscht: als ein Prozess, in dem sich neue protestantische fundamentalistische Avantgarden etabliert und die Macht ergriffen hatten, in einem Management neuer Formen der sozialen und ethischen Disziplinierung und gegen die Bewegungen der bäuerlich-handwerklichen Unterklassen. Bei Gerecht ist dieses Selbstverständnis der Kern seiner Analyse und seiner strategischen Überlegungen: "Westler, die vergessen haben, wie hart ihre christlichen Vorreiter gearbeitet haben, um Vernunft zur Grundlage der Verteidigung ihres Glaubens zu machen, mögen große Schwierigkeiten beim Verständnis der Gedanken und Verhaltensweisen der Kleriker haben." Und weiter: "Viele islamische Aktivisten verurteilten den Terrorismus. Aber die gemeinsamen Wurzeln erlauben uns teilweise den Blick darauf, warum Bin Laden eine Kultfigur in vielen Teilen der muslimischen Welt geworden und geblieben ist. Wichtiger noch, sie erlauben uns ein Verständnis dafür, wie seine Politik bekämpft werden muss - von innen nach außen."

In einem Interview vom 20.12.2004 hat Gerecht diese Position sogar noch zugespitzt: "Proamerikanische Diktatoren können die Strategien Bin Ladens nicht besiegen, da sie selbst ein ganz wesentlicher Teil seiner Entstehungsbedingungen gewesen sind. Viele amerikanische Liberale und Neokonservative denken, dass man den Nahen Osten irgendwie auf die Stufe Thomas Jeffersons bringen kann, ohne zuerst einen Martin Luther gehabt zu haben. Die Fundamentalisten - nicht die ‚Gemäßigten', die am Ende ihrer Entwicklung angekommen sind - werden den muslimischen Martin Luther hervorbringen. Die ‚Gemäßigten' sind im Wesen so wie wir. Das bedeutet, dass sie mehr oder weniger irrelevant sind. Sie sind nicht Teil des muslimischen Strömungskerns".

Politische Ökonomie der Religiosität

Diese Einschätzung ist nicht neu, und sie ist nicht auf Gerecht beschränkt. Eine Vielzahl von Analysen vergleichen den arabischen Fundamentalismus schiitischer und sunnitischer Prägung mit dem Jakobinismus radikaler Modernisierungseliten, wie sie zuerst in der englischen Revolution geschichtsmächtig und dann ein wiederkehrendes Phänomen sämtlicher konservativer, vor allem "nachholender" Revolutionen geworden sind. Ian Buruma, mit Avishai Margalit Autor einer kürzlich erschienenen Studie zum selben Thema greift Gerechts Überlegungen in einem Artikel in der New York Times vom 4.12.2004 auf, und auch Noah Feldman, von der Militärregierung hinzugezogener Nahostexperte der New York University, argumentiert in dieselbe Richtung. In der Januar-Ausgabe von Foreign Affairs plädiert Mahmood Mamdani, renommierter Afrikanist linker Prägung, für eine Entkulturalisierung der Debatte und für ein Verständnis der politisch-ökonomischen Rolle des islamischen Fundamentalismus bei der Säkularisierung und Modernisierung der Gesellschaft. Im April 2004 hatte Shireen Hunter in einer breit angelegten Studie für das Center for Strategic and International Studies Webers Ansätze erörtert, und ebenfalls im April 2004 hat der ehemalige deutsche Linke und Fischer-Berater Joscha Schmierer deutlich gemacht, dass er in denselben Bahnen denkt. (3)

Gerecht hat seine Studien zur sozialstrategischen Bedeutung des muslimischen Fundamentalismus kürzlich auf den neuesten Stand gebracht. Er hat im Irak Weggefährten und Bekannte Khomeinis aus dessen Zeit im irakischen Exil aufgesucht und sogar seine nachgelassene Papiere in Nadjaf studiert. Gerecht stellt fest, dass - angestoßen durch die iranische Revolution - auch in der sunnitischen arabischen Welt der Fundamentalismus nirgendwo intellektuell auf dem Rückzug ist. In Ägyptens Gesellschaft - von zentraler Bedeutung - seien seine Anziehungskraft und Reichweite permanent gewachsen und haben die korrumpierte säkulare Kultur ersetzt bzw. erheblich abgeschwächt. Dies gelte nicht nur für die intellektuellen Schichten aus der Unterklasse, die sich im Rahmen der Bildungsinitiativen entwickelt hätten, sondern auch für die Mittel- und Oberschichten.

Gerecht warnt davor, die algerischen Fehler in der Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung zu wiederholen. Als Hintergrund auch der sunnitisch-fundamentalistischen Radikalisierung beschreibt er die religiös fundierten Strategien iranischer Modernisierung durch Khomeini. Er verortet sie vor allem in der radikalen Verallgemeinerung der Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen gegenüber einer Klassenstruktur, wie sie die Modernisierungsstrategien unter dem Schah hervorgebracht haben. Die religiös-fundamentalistische Modernisierung Khomeinis war für Gerecht darum erfolgreich, weil sie absolut tyrannisch und diktatorisch durchgesetzt wurde. Gerade hierin sieht er eine weitere Etappe einer nachholenden egalitären Modernisierungsdiktatur: "In Nadjaf perfektionierte Khomeini seine politische Theorie

einer islamischen Revolution, die von Klerikern geführt wird. Es war eine brillante Innovation, die die privilegierte Position schiitischer Kleriker in eine organisierte Avantgarde transformierte, die ihrerseits die Massen auf die Straße trieb. Die Idee der Gerechtigkeit, dass alle Menschen, ob vornehmer oder niedriger Herkunft, nach demselben Gesetz leben sollten, ist durch die islamische Geschichte wirksam geblieben."

Mit diesen grundsätzlichen Einschätzungen dringt die amerikanische Debatte in neue Dimensionen des nahöstlichen Transformationsmanagements vor. Sie tut dies angesichts der offenkundigen Tatsache, dass sich die Kombination der militärischen und ökonomischen Schockpolitik der letzten zwei Jahre erschöpft hat. Da der militärische Gegner ausgewichen ist, ist man in Washington schon früh zu der Erkenntnis gelangt, dass die kriegerische Zerstörung zu kurz und nicht ausreichend gewesen ist, um die irakische Gesellschaft zur "tabula rasa" für die völlige Neugestaltung der sozial-ökonomischen Strukturen zu planieren. Die Schockpolitik Paul Bremers im Irak traf auf komplexe Widerstände: die Kämpfe der ArbeiterInnen, die Widerständigkeit der säkularen Entwicklungseliten der baathistischen Entwicklungsdiktatur, der Terrorismus alter Seilschaften und vor allem der Aufruhr aus den schiitischen Unterklassen, von denen die Aktionen der Milizen unter Al-Sadr nur eine Facette darstellen, und schließlich auch der Einstieg fundamentalistischer Internationalisten. Sie alle ließen Bremers "neoliberale" Schocktherapie versanden, obwohl diese über alle historischen Beispiele hinaus radikalisiert worden war. (4)

Wegbereiter der Modernisierung

Durch diese Widerstände sehen sich die neokonservativen Sozialstrategen in der Einsicht bestätigt, dass eine fundamentale Modernisierung und Transformation "rückständiger" Mentalitäten durch äußere Zerstörung allein nicht gelingen kann. Die "schöpferische Zerstörung" der nahöstlichen Gesellschaften und die Entfesselung innovativer Energien bedarf eines tieferen gewaltsamen Griffs ins Innere tradierter Einstellungen. Dass die Überlegungen Gerechts sich im Mainstream sozialstrategischer Diskurse bewegen, zeigt die breite amerikanische Rezeption der Foucaultschen Untersuchungen zur Kunst der "Regierung" und "inneren Führung", wie sie unter dem Begriff der "Gouvernementalität" zusammengefasst sind. Genau wie beispielsweise die Analysen Max Webers haben auch diese Arbeiten Foucaults die Entwicklung neuer Herrschaftstechniken zum Gegenstand, von den ketzerischen christlichen Bewegungen bis zu den englischen Puritanern. Die Unterschiede zwischen beiden sollen hier dahingestellt bleiben. Interessant ist vor allem, dass die von ihnen untersuchte soziale Dynamik eines sozial-ethischen Rationalisierungsmanagements ihren Durchbruch im Bürgerkrieg gefunden hat, mit seiner Zuspitzung in der englischen Revolution, auf die sich ja auch die amerikanischen Neokonservativen beziehen.

Die Konturen des Bürgerkriegs im Irak sind auch der Hintergrund für die aktuellen Strategiedebatten. Der prominente Neocon Charles Krauthammer beschwört den Bürgerkrieg, und auch Bush selbst geht in einem kürzlich gegebenen Interview von einer anhaltenden Bürgerkriegssituation im Irak aus. Anfang Dezember 2004 meinte Thomas Donnelly, einer der maßgeblichen neokonservativen Ideengeber, es könne sein, dass die Amerikaner den Konflikt jetzt "als das sehen, was er ist: ein innerislamischer Bürgerkrieg" im Nahen Osten. Sein komplexer Charakter und seine Fronten werden dabei unterschiedlich thematisiert. In Bezug auf die Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten setzt die amerikanische Führung auf die hohe schiitische Geistlichkeit, vor allem auf Sistani. In einer öffentlichen Debatte mit Gerecht am 5. Januar 2005 entwarf Scott Doran, Saudi-Arabien-Experte der Universität Princeton, ein düsteres Szenario angesichts der schärfer werdenden sunnitischer Aggressivität; dies vor allem in Anbetracht der Ansprüche der USA, auch Saudi Arabien zu modernisieren. In diesem Zusammenhang spielt auch die Kontrolle der östlichen saudi-arabischen Ölregionen eine Rolle, die zu 90% von einer schiitischen Armutsbevölkerung bewohnt sind.

Aber diese Vorstellungen vom Religionskonflikt bleiben an der Oberfläche. In der von Gerecht, Buruma u.a. angestoßenen Strategiedebatte geht es um die zukünftige Rolle des Schiismus in einer Modernisierung von oben. Es geht um die Frage, ob der Schiismus auf dem Trümmerfeld der sozialen und ökonomischen Strukturen neue "religiöse" Formen der inneren Disziplinierung und Gouvernementalität gegen soziale Erwartungen und Aufruhr aus der Massenarmut entwickeln kann. Es geht also um die Frage, ob er in diesem Sinne die neokonservative Arbeitsunterwerfung durch die von Bremer eingeleiteten Prozesse flankieren kann. Wird er eine Modernisierung der sozial-religiösen Eindämmungsstrategie gegen die Unterklassen gewährleisten können, wie es die protestantische Ethik und die präventive Konterrevolution Khomeinis geleistet haben? Werden sich in einem solchen Prozess neue innovative Eliten formieren können? Gerecht bezieht seine dementsprechenden Hoffnungen aus den Demonstrationen und Initiativen der

proamerikanischen Erben des Khomeinischen Entwicklungsterrors im Iran. Im Fall US-amerikanischer Angriffe auf Atomanlagen im Iran traut er ihnen sogar ein wohlwollendes Abwarten zu.

Von der protestantischen zur islamischen Ethik

Wir wissen nicht, was mit der moderniserungsorientierten schiitischen Geistlichkeit und vor allem mit Sistani besprochen wurde. Aber da nach den irreversiblen Zerstörungen eine sozial-ökonomische Restauration im Nahen Osten chancenlos ist, ist es unwahrscheinlich, dass solche Fragen nicht im Zentrum der Besprechungen stehen. Immerhin besteht z.Z. in vielen Fragen Einvernehmen. In dieses Szenario haben die amerikanischen Militärs bei der "Pulverisierung Falludjas" erstmals eine schiitische "Sonde" zum Einsatz gebracht: schiitische Milizen für eine aus den südirakischen Unterklassen rekrutierte "Nationalgarde". Dies ist bewusst als Schritt in den lang anhaltenden Bürgerkrieg geplant, wie BeobachterInnen feststellten. In den Vorstellungen des Pentagon fungieren die Milizen als eine "El Salvador Option" (Newsweek, 10.1.2005). Sie sind zugleich ein Stoßtrupp nach dem Modell der "Contras", die damals von den USA über die "Iran-Contra-Affäre" finanzierten mittelamerikanischen Todesschwadronen. Es ist kein Zufall, dass der amerikanische Agent und Drahtzieher der damaligen Initiativen, Michael Ledeen, kürzlich im Nahen Osten die alten Verbindungen wieder belebt hat und dass Reagans damaliger Botschafter in Honduras, John Negroponte, jetzt als Botschafter in Bagdad sitzt. Auch die von Senator McGovern kürzlich problematisierte Indienstnahme der aus dem Iran geflüchteten und unter Saddam Husseins Kommando umgestalteten Volksmudjahedin (MEK) zielt nicht nur auf den Iran, sondern dient auch der Counterinsurgency.

Es geht also keineswegs um Religion und auch nicht um Verschwörung. Es geht um sozialstrategische Optionen, deren Griff nach der Bevölkerung und in die Seelen so fundamental angelegt ist wie zu Beginn des Kapitalismus.

Detlef Hartmann

Anmerkungen:

1) vgl. D. Hartmann/ D. Vogelskamp: "Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg", Berlin, Hamburg, Göttingen 2003

2) vgl. D. Hartmann: "Unamerican", in: G. Hanloser (Hg.) "Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken", Münster 2004, S. 131ff.

3) Frankfurter Rundschau vom 9.4.2004

4) Für einen gelungenen Überblick vgl. Naomi Klein: "Bagdad im Jahre Null", in: Blätter f. deutsche und internationale Politik, 1/2005, S. 33ff.

25. Porto Alegre 2005: Wohin geht die "Bewegung der Bewegungen"? Das Weltsozialforum ringt um Profil, Radikalität und Zukunft

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Sozialbewegung; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:11

Was Größe und Organisiertheit angeht, hat sich das Weltsozialforum in diesem Jahr noch einmal selbst übertroffen. Aber trotz dieses Erfolges rumort es im inner circle der Forumsgremien. Bei einer immer größer und dezentraler werdenden Bewegung droht das Profil des Forums zu verschwimmen. Auf einer Pressekonferenz lancierte die so genannte Gruppe der 19, unter ihnen viele Mitglieder des Internationalen Forums-Rats, die Idee eines "Konsens von Porto Alegre", den alle am Prozess beteiligten Gruppen unterschreiben sollten. Damit verabschiedete sie sich von dem Grundsatz, dass vom Forum aus keine allgemein gültigen Verlautbarungen abgesetzt werden. Der Widerspruch von anderen Bewegungs-Prominenten ließ nicht lange auf sich warten. Die Debatte um die Zukunft des Weltsozialforums ist eröffnet.

Auf dem letzten Weltsozialforum (WSF) in Indien hatte man beschlossen, dass der Forumsprozess weiter in Richtung Dezentralisierung und Selbstorganisierung vorangetrieben werden soll. So gab es dieses Jahr in Porto Alegre kaum noch Veranstaltungen, die vom Internationalen Rat vorgeschlagen und organisiert worden waren. In einem Prozess, der "Agglutination" genannt wurde, sollten zwischen Mumbai 2004 und Porto Alegre 2005 alle am Forumsprozess beteiligten Gruppen Themen- und Veranstaltungsvorschläge machen, aus denen dann das Programm für das diesjährige Forum entwickelt wurde. Die Themenhoheit lag so fast ausschließlich bei den sozialen Bewegungen, den regionalen Foren, den NGOs und nicht zuletzt bei den internationalen Netzwerken, die sich innerhalb des Forumsprozesses selbst gebildet haben. Anders als auf den vorangegangenen Foren war außerdem das Internationale Jugendcamp, das für Autonomie, Selbstorganisation und Aktionsorientierung steht, diesmal räumlich und inhaltlich stärker integriert. Den elf Themenschwerpunkten des WSF zugeordnet war jeweils eine eigene Zeltstadt auf dem Forumsgelände; ein räumliches Zentrum des Geschehens gab es nicht.

Um den Prozess der Dezentralisierung und Regionalisierung weiter voranzutreiben, hat der Internationale Rat auch beschlossen, das Weltsozialforum nächstes Jahr parallel auf allen Kontinenten gleichzeitig stattfinden zu lassen. So wird zum Beispiel das lateinamerikanische Forum in Venezuela stattfinden. Alle Foren sollen aber weiterhin gleichzeitig zum Wirtschaftsforum in Davos tagen. Im Jahr 2007 wird das Forum dann wieder zentral in Afrika durchgeführt werden - vermutlich in Südafrika.

Die veränderte Forums-Struktur führte in Porto Alegre zu mehr selbst organisierten Räumen für Debatten und zu einer deutlich stärkeren Partizipation der TeilnehmerInnen. Die frontalen Podiumsdiskussionen gab es natürlich weiterhin, aber insgesamt hatten RepräsentantInnen und Prominente weniger Raum. Neben diesen positiven Effekten wurde das Forum durch die Dezentralisierung aber auch unübersichtlicher und unstrukturierter - das böse Wort vom Kirchentag der Bewegung bekam neuen Auftrieb.

Wichtige Ideengeber und Unterstützer des Forumsgedankens wie der Herausgeber der Le Monde Diplomatique, Ignacio Ramonet, der uruguayische Autor Eduardo Galeano, der Leiter der einflussreichen asiatischen NGO Focus on the Global South, Walden Bello, und der US-amerikanische Intellektuelle Immanuel Wallerstein - um nur einige zu nennen - befürchten daher ein Abdriften des Forums in zahnlose Beliebigkeit und den Verlust der bislang deutlich antikapitalistischen Ausrichtung. Sie kritisieren den allein schon durch deren finanzielle Möglichkeiten größer werdenden Einfluss von "braven" NGOs und warnen davor, dass sich das Forum in einen großen "Markt der Möglichkeiten" ohne klare politische Agenda verwandelt. Prominente Unterstützung erhielt ihre Kritik durch den Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez, der als Gastredner auf dem Forum geladen war. Das WSF bedarf einer Veränderung, so Chávez vor zehntausenden TeilnehmerInnen, "wir brauchen eine soziale Welt-Agenda. Und für diese Agenda brauchen wir eine Strategie der Macht."

Eine solche Agenda hatte die Gruppe der 19 wohl im Sinn, als sie auf einer Pressekonferenz in einem Hotel, wohlweislich außerhalb des Forumsgeländes, ihren Vorschlag für einen "Konsens von Porto Alegre" vorstellte. Dieser Konsens besteht aus zwölf Punkten und artikuliert im wesentlichen die Forderungen der weltweiten

sozialen Bewegungen nach Schuldenerlass, nach dem Ende aller Militärinterventionen, nach dem Recht auf Ernährungshoheit, nach einem Ende der neoliberalen Privatisierungspolitik und nach der Demokratisierung der Internationalen Organisationen. Auch die Forderung nach Antidiskriminierungs-Politiken für Minderheiten und einer Stärkung der Rechte indigener Bevölkerungen sind in den Konsens aufgenommen. Insgesamt ist das Papier gleichwohl ein sehr allgemein gehaltener Forderungskatalog - wahrscheinlich würden die meisten TeilnehmerInnen ihn tatsächlich ohne Probleme unterschreiben.

Das Problem dieser Initiative liegt daher nicht bei den aufgestellten Forderungen. Sondern darin, dass durch ein gemeinsam verabschiedetes Papier mit einem zentralen Grundsatz der Charta des Forums gebrochen würde. Das WSF konnte seine Dynamik in den vergangenen Jahren nur dadurch entwickeln, dass auf klassische Elemente von Organisierung und Repräsentanz wie z.B. Konsensfindung bewusst verzichtet wurde. Obwohl - oder vielleicht sogar gerade weil - von AktivistInnen mit überwiegend sozialistischer Organisations- oder Denkerfahrung gegründet, war der Grundgedanke des Forums, einen Raum für Vernetzung, Austausch und gegenseitige Inspiration zu schaffen, in dem es eben nicht um klassische Organisierung und Dominanz der einen Bewegung über die andere gehen sollte. Die Anerkennung von Differenz und die Ablehnung der Existenz von Haupt- und Nebenwidersprüchen und der einen, für alle gültigen Kampfform machen die Stärke, die Vielfalt und auch den strategischen Erfolg der weltweiten Forumsbewegung aus. Auch wenn es wichtig ist, einer Zersplitterung und Beliebigkeit der Forumsbewegung zu begegnen, ist die Rückbesinnung auf alte Organisierungsmodelle und gemeinsame Programme deshalb eher gefährlich als hilfreich.

So sahen es auch einige Mitglieder des Internationalen Rats, die sich entweder vehement von dem Papier distanzierten oder versuchten, es als "eine Initiative unter vielen" zu entschärfen. Die Forums-Zeitung TerraViva zitierte genüsslich einen brasilianischen Forumsinsider, der meint, dass es sich nur mal wieder "um die selben alten Berühmtheiten handelt, die es nicht aushalten, Teil der Massen zu sein, die sie einst leiteten." Am Abend nach der Pressekonferenz organisierte das zapatistisch inspirierte internationale Netz Caracol Intergalaktika eine Diskussion zur Zukunft des Forumsprozesses. Die geladenen Ratsmitglieder selber spielten ihre Initiative angesichts der Kritik ziemlich herunter. Letztendlich wird sich aber die Bedeutung dieses Vorstoßes erst in der Zukunft zeigen und auf der nächsten Ratssitzung im April sicherlich vehement diskutiert werden.

Vernetzung und Austausch versus Organisierung

Neben der Furcht vor einer NGOisierung des Weltsozialforums ist eine andere Sorge mindestens genauso berechtigt. Die Forums-Charta besagt nämlich auch, dass Parteien und bewaffnete Bewegungen als Organisationen (die Mitglieder als Individuen sind von dieser Regel nicht betroffen) nicht als Teilnehmerinnen des Forums auftreten dürfen. Was Parteien anbelangt, wurde das zwar noch nie so besonders eng gesehen. Besonders die brasilianische Arbeiter-Partei (PT) als Mit-Initiatorin, Geldgeberin und vielmalige Gastgeberin des Forums hatte immer eine Art Sonderstatus. Aber auch die "bolivarianische Revolution" Venezuelas wird von vielen Kräften in Lateinamerika als Avantgarde der Bewegung gesehen - und dementsprechend waren die venezuelanische Delegation und insbesondere Hugo Chávez für viele die Stars des Forums. Neben etlichen linken PT-Ministern war sogar der spanische Präsident Zapatero als Redner geladen, der dann aber doch nicht erschien. Auch wenn diese Veranstaltungen offiziell außerhalb des Forums stattfinden - die Trennung ist eher kosmetischer Natur.

Besonders sichtbar wurde der nicht unerhebliche Einfluss von parteitaktischem Denken auf die Diskussionen vor allem aber durch die innerbrasilianische Auseinandersetzung um den wirtschaftsliberalen Kurs von Präsident Lula (PT). Die sozialistischen und trotzkistischen Parteien Brasiliens nutzten jeden Raum, den sie kriegen konnten, zu propagandistischen Manifestationen gegen die PT. Lula hingegen schlug ein Treffen von RepräsentantInnen des Weltsozialforums mit VertreterInnen des Wirtschaftsforums in Davos vor. Seine Rede hielt er in schusssicherer Weste vor einem Saal, der zur Hälfte aus jubelnden PT-AnhängerInnen und zur anderen aus buhenden GegnernInnen bestand. Nun ist das Forum in Porto Alegre sowohl von der Verteilung der TeilnehmerInnen als auch von der puren Anzahl der Veranstaltungen deutlich lateinamerikanisch dominiert. Aber die Erfahrung des Europäischen Sozial-Forums in London, auf dem die Socialist Workers Party und der Londoner Labour-Bürgermeister Ken Livingstone eine unrühmliche Rolle spielten, sind vielen noch gut in Erinnerung. (1)

In dieser Situation birgt der Vorstoß der Gruppe der 19 die Gefahr, dass auch andere Gruppen die Gelegenheit nutzen wollen, um das Forum in ihrem Sinne zu benutzen und in eine bestimmte Richtung zu pushen. Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, welche Gruppen bei einer derartigen Re-Traditionalisierung zuerst an den Rand gedrängt würden. Schon dieses Mal kam es zu einer wütenden Intervention verschiedener indîgenen Gruppen, die von den OrganisatorInnen des Forums zusammen mit den AnhängerInnen unterschiedlichster Parteien in einem völlig abgelegenen Raum untergebracht waren. Nicht nur, dass auf diese Weise viele ihrer Diskussionen kaum wahrgenommen wurden; sie beklagten außerdem die völlige Ignoranz des Forum-Mainstreams gegenüber ihren Organisationsformen und politischen Zielen (die sich eben oft nicht in klassische linke Politikdiskurse einpassen). Auch die AktivistInnen für die Rechte von Schwulen und Lesben und eher kleine zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich außerhalb der großen Gewerkschaften und Bewegungen organisieren, mussten fürchten, von den traditionellen linken Organisationen an den Rand gedrängt zu werden.

Akzente gegen Beliebigkeit und Entradikalisierung

Gerade das diesjährige Forum hat aber auf der anderen Seite auch gezeigt, dass die Dezentralisierung zu mehr Debatte, mehr Partizipation und zu größerer Sichtbarkeit der autonomen, oft sehr transnational agierenden neuen Organisationsformen geführt hat. Diese Erfahrungen sollten nicht dem Druck in Richtung mehr Effizienz und politisches Gewicht geopfert werden. Das Forum als Prozess braucht eben keine Strategie der Macht. Die weltweite Sozialforumsbewegung sollte weiterhin auf Horizontalität, gegenseitige Akzeptanz und transnationale Netze bauen. Es sind diese Netzwerke, in denen die kontinuierliche, internationale Diskussion am weitesten fortgeschritten ist. Sie sind es deshalb auch, die Akzente gegen Beliebigkeit und Entradikalisierung setzen können.

Miriam Edding

Anmerkung:

1) Ken Livingstone unterstützte das Forum mit einer großen Summe aus dem Londoner Haushalt, wollte dann aber auch über die Verwendung der Gelder bestimmen. Die Socialist Workers Party versuchte, über ihre "Bewegungsgründungen" wie z.B. die Stop The War Coalition (die offiziell keine Parteien sind, aber nur aus Partei-Mitgliedern bestehen), Einfluss auf die gesamte Forumsstruktur zu gewinnen. Viele TeilnehmerInnen verließen London extrem genervt über den in dieser massiven Form bisher einmaligen Versuch der "feindlichen Übernahme" des Forums durch eine Partei.

26. Weltsozialforum 2005 - Zahlen, Fakten und Gerüchte

Rubrik: Sozialbewegung; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:26

Zwischen 120.000 und 150.000 Menschen aus 135 Ländern - die Zahlen variieren je nach Quelle - besuchten das 5. Weltsozialforum in Porto Alegre. Ungefähr 30.000 von ihnen zelteten auf dem Acampamento da Juventude, dem Jugend-Camp. 5.000 akkreditierte JournalistInnen berichteten in alle Welt, das internationale ÜbersetzerInnen-Netzwerk Babels schaffte 500 ÜbersetzerInnen an den Ort des Geschehens, und ca. 2.800 freiwillige HelferInnen ermöglichten den für diese Dimensionen erstaunlich reibungslosen Ablauf des Mega-Events. Ein Großteil der BesucherInnen wurde über die so genannte "Solidarische Unterbringung" für wenig Geld bei EinwohnerInnen von Porto Alegre einquartiert; viele der BasisaktivistInnen aus Lateinamerika wohnten in Sportstadien, während die Delegationen der NGOs und die TeilnehmerInnen aus Europa und den USA die Hotels des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul bevölkerten.

Die Themen-Vorschläge der am Forums-Prozess beteiligten Gruppen wurden unter elf verschiedene Kategorien subsumiert. Diese elf thematischen Achsen wurden erstmalig auch räumlich zusammengefasst, so dass alle Veranstaltungen mit demselben Schwerpunkt nahe beieinander stattfinden konnten. Insgesamt wurden über 2.500 Veranstaltungen angemeldet. Thematische Achsen:

- Autonomes Denken, Wiederaneignung und Sozialisierung von Wissen und Technologien

- Verteidigung von Diversität, Pluralität und Identitäten

- Kunst und Kreativität: Für eine Kultur des sozialen Widerstands

- Kommunikation und Medien: Anti-hegemoniale Praktiken, Rechte und Alternativen

- Öffentliche Güter als Alternative zu Privatisierung und Kontrolle durch die Multinationalen

- Soziale Kämpfe und demokratische Alternativen - gegen die Dominanz des Neoliberalismus

- Frieden und Anti-Militarismus - Kampf gegen Krieg, Freihandel und Schulden

- Für eine demokratische Weltordnung und die Integration der Bevölkerung

- Alternative Ökonomie - gegen den neoliberalen Kapitalismus

- Menschenrechte und Würde für eine gerechte und egalitäre Welt

- Ethik, Utopien und Spiritualität - Widerstand und Herausforderungen für eine neue Welt

Das Organisations-Komitee spricht vom teuersten Forum seit seinem Bestehen. Neun Millionen Dollar sollen dieses Jahr ausgegeben worden sein. Den Löwenanteil des Geldes hat die nationale brasilianische Regierung beigesteuert. Da Porto Alegre jedoch nicht mehr von der Arbeiterpartei PT regiert wird, fielen die Zuschüsse der lokalen Regierung weit niedriger aus als in der Vergangenheit. Weitere Geldgeber sind internationale NGOs wie z.B. Oxfam, christliche Entwicklungsorganisationen, die US-Stiftung Rockefeller Brothers Fund und etliche große brasilianische Unternehmen. Die TeilnehmerInnenbeiträge von 10 Reals (etwa 3 Euro) für Menschen aus dem Süden und 30 Reals für die aus dem Norden sind ein weiterer Teil des Forums-Budgets.

Neben den vielen kleinen StraßenhändlerInnen aus Porto Alegre wurde die Verpflegung überwiegend von ökologischen Kooperativen und alternativen Landwirtschaftsunternehmen gewährleistet. Der Aufruf des Organisations-Komitees an alle fliegenden HändlerInnen, auf den Verkauf von Coca Cola und anderen Multi-Getränken zu verzichten, sorgte für erregte Debatten innerhalb der Lokalpresse von Porto Alegre.

Zusammen mit der Forumsbewegung sind einige internationale Netzwerke entstanden, die eine selbstorganisierte Infrastruktur zur Verfügung stellen. Am weitesten gediehen sind in diese Richtung die alternativen Mediennetze wie Indymedia. Neben dem ÜbersetzerInnennetzwerk Babels, das schon auf dem Europäischen Sozialforum in Paris für die Übersetzung zuständig war, hatte auf dem diesjährigen Forum das Technik-Support-Netz Nomad seinen ersten Auftritt. Da noch auf dem letzten Weltsozialforum in Porto Alegre

2003 die Übersetzung einen der großen finanziellen Posten darstellte, ist diese Selbstorganisierung auch finanziell ein Erfolg.

Auch architektonisch wurde sich um alternative Konzepte bemüht. Neben den großen Festzelten, in denen die meisten der Veranstaltungen in unerträglicher Hitze stattfanden, gab es einige Gebäude aus Lehm und anderen Naturmaterialien, die Anregungen für alternatives, ökologisches Bauen liefern sollten.

Noch eine letzte Zahlenanekdote: Die Zeitung Zero Hora aus Porto Alegre hatte von 200 Geheimdienst-Agenten aus 18 Ländern gehört, die angeblich das Sozialforum beschnüffeln sollten. Die Polizei von Porto Alegre hielt auf Nachfrage der Zeitung diese Zahlen jedoch für sehr unwahrscheinlich, sprach aber dafür von Wirtschaftsdetektiven, die von einigen großen Unternehmen angeheuert wurden, um die Debatten des Forums auszuspionieren.

Weitere Informationen: www.ipsterraviva.net

27. Aufbruchstimmung. Frankreichs soziale Bewegungen werden wieder munter

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:20

Ein Hauch von sozialer Aufbruchstimmung liegt seit kurzem wieder über Frankreich. Anderthalb Jahre lang hatte die Niederlage, die im Sommer 2003 auf die Massenstreiks gegen die regressive "Reform" der Rentensysteme folgte, den Gewerkschaften und kampfeswilligen Beschäftigten bleischwer in den Knochen gesteckt. Nun scheint die Bewegungslosigkeit zumindest teilweise überwunden.

Noch im vergangenen Sommer blieben die Mobilisierungen gegen die "Gesundheitsreform" schwach; in Paris fand am 5. Juni 2004 gegen diese neuerliche soziale Regression eine einzige Demonstration mit 20.000 TeilnehmerInnen statt. Demgegenüber können die Streikbewegungen in vielen öffentlichen Diensten an drei aufeinander folgenden Tagen im Januar überwiegend als Erfolg gelten, ebenso die gewerkschaftlichen Demonstrationen, die größten seit dem Streikfrühjahr 2003.

Den Auftakt machte am 18. Januar La Poste, weil an diesem Tag die Debatte in der französischen Nationalversammlung über das "Gesetz zur Regulierung der Postdienstleistungen" begann. Der Entwurf, der am übernächsten Tag in erster Lesung verabschiedet wurde, sieht unter anderem die totale Öffnung aller postalischen Aktivitäten für private Konkurrenz aus der gesamten EU bis 2009 vor. Ferner soll die Postbank aus dem bisherigen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen La Poste herausgelöst und mit einem autonomen Statut ausgestattet werden; private Banken, im Gespräch ist bereits die Société Générale, sollen bis zu 50 Prozent der Kapitalanteile an dem neu zu bildenden Kreditinstitut übernehmen können. Damit, so wird allgemein befürchtet, dürfte auch die bisherige Sozialbindung entfallen, auf Grund derer die Postbank bisher auch SozialhilfeempfängerInnen und anderen "unrentablen" KundInnen nicht die Eröffnung eines Kontos verweigern darf; und die Guthaben der Postbankkunden dürften auch zu spekulativen Finanzoperationen herangezogen werden. Ein Bericht, den die Pariser Regierung beim Rechnungshof bestellte, sieht ferner vor, 20 Prozent der Personalkosten einzusparen und über die Hälfte der derzeit noch 12.000 Postämter, vor allem in ländlichen Zonen und manchen "sozialen Problemvierteln" der Banlieues, dicht zu machen oder allenfalls durch einen Briefmarkenverkauf beim Lebensmittelhändler zu ersetzen.

Gegen Stellenabbau bei Post und Bahn

Trotz alldem war die Arbeitsniederlegung bei der Post die am wenigsten erfolgreiche der Streikwoche im Januar; die Beteiligung betrug landesweit rund 15 Prozent, in Paris fiel sie dagegen besser aus. Eine Rolle dabei spielte die Uneinigkeit der Gewerkschaften, denn die sozialdemokratische und pro-neoliberale CFDT unterstützt das neue Postgesetz. Hinzu kommt, dass von derzeit knapp 320.000 Postbediensteten aktuell noch 200.000 verbeamtet sind, während rund 100.000 bereits nach diversen privatwirtschaftlichen Verträgen (vom unbefristeten Arbeitsvertrag bis zur Zeitarbeit) beschäftigt sind. Der Streikaufruf richtete sich aber nur an Erstere, da die privatrechtlich Beschäftigten viel eher ihren Arbeitsplatz riskieren und weil die lohnbezogenen Forderungen im öffentlichen Dienst nur die verbeamteten PostlerInnen betreffen, während die Gehälter ihrer "privaten" KollegInnen auf anderem Wege festgelegt werden.

LehrerInnen gegen Sparpolitik

Die öffentlich Bediensteten in Frankreich haben seit Beginn des Jahrzehnts fünf Prozent an Kaufkraft verloren. Deswegen gilt die Entscheidung der Regierung, ihre Löhne in diesem Jahr um nur ein Prozent anzuheben, als "Provokation für die Gewerkschaften", so die Wirtschaftszeitung La Tribune vom 17. Januar. Das war auch einer der Anlässe für die Ausstände der Eisenbahner am 19. Januar und an den Schulen sowie in einigen anderen öffentlichen Diensten am folgenden Tag. In beiden Fällen ging es aber auch um die Verteidigung der Arbeitsplätze und um die Nutzung der services publics: So sollen bei der Bahngesellschaft SNCF, die derzeit Gewinne einfährt, im laufenden Jahr 3.600 Arbeitsplätze (hauptsächlich durch Nichtersetzung altersbedingter Abgänge) vernichtet werden, größerenteils im defizitären Gütertransportbereich, obwohl dessen Entwicklung ökologisch dringend geboten wäre. Mit 40 Prozent bei der SNCF und über 50 Prozent bei den LehrerInnen fiel die Beteiligung an den Ausständen noch besser aus, als die Gewerkschaften erwartet hatten.

Vom 2. bis 4. Februar gingen einige Tausend SozialarbeiterInnen und SonderpädagogInnen, LehrerInnen sowie junge WissenschaftlerInnen gegen die Sparpolitik im öffentlichen Bildungswesen und Wissenschaftsbetrieb auf die Straße. Bei den SozialarbeiterInnen ging es ferner auch gegen eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze, die aus ihnen in zunehmendem Maße Hilfskräfte der Polizei machen und sie z.B. zum Melden eventueller Straftaten ihrer "Klienten" verpflichten soll.

Der neue Entwurf aus dem Innenministerium für die demnächst im Parlament debattierten zusätzlichen Sicherheitsgesetze enthält u.a. ein kurioses Schaubild, auf dem die Entwicklung von "abweichendem Verhalten" hin zur Kriminalität dargestellt wird. Die schiefe Bahn beginnt demnach im Alter zwischen ein und drei Jahren, und zwar damit, dass in migrantischen Elternhäusern kein Französisch gesprochen wird! Als Gegenmittel soll schon den Kleinkindern durch die Eltern klar gemacht werden, "dass sie nur Französisch als Verständigungsmittel haben".

Die LehrerInnen einiger Schulen, aber auch SchülerInnen der Oberklassen protestierten ihrerseits gegen den Entwurf von Bildungsminister François Fillon zur Zukunft des Schulwesens. Er sieht u.a. die Abschaffung der pädagogischen Fördermöglichkeiten für einzelne SchülerInnen in den Oberklassen und die Bildung größerer Klassen vor. Eine Reihe bisher angebotener Wahlfächer und Optionen soll geopfert werden, so sollen etwa "seltenere" Fremdsprachen kaum mehr angeboten werden. Und das bisher geltende Zentralabitur, bei dem auch zentral korrigiert wurde, soll abgeschafft werden; jede Schule soll ihre eigenen Abiturnoten unter Berücksichtigung der ganzjährigen Mitarbeit geben. Nicht zu Unrecht befürchten viele LehrerInnen und SchülerInnen ein Zwei- oder Mehrklassenabitur, wobei besonders die Abgänger von prestigereichen Pariser Oberschulen entsprechend gute Karten hätten. Ferner sollen zum neuen Schuljahr im kommenden Herbst insgesamt 3.800 LehrerInnen-Stellen (durch Nichtersetzung der altersbedingten Abgänge) abgebaut werden, vor allem im sozialen Krisengebiet Nordfrankreichs zwischen Lille und der belgischen Grenze.

Am Samstag, dem 5. Februar, gingen dann Beschäftigte aus den öffentlichen Diensten und aus der Privatwirtschaft (darunter die Automobilfabriken Citroën und Renault, viele Banken und Metallbetriebe) gegen die Regierungspläne zur Verlängerung der Arbeitszeiten gemeinsam auf die Straße. 40.000 bis 50.000 Leute waren in Paris auf den Beinen, und jeweils über 20.000 auch in Marseille, Bordeaux und Toulouse. Insgesamt waren Frankreich-weit 400.000 Menschen unterwegs. Dazu hatten alle Gewerkschaften mit Ausnahme jener der höheren und leitenden Angestellten (CGC) aufgerufen.

Unmittelbarer Anlass für den Protest war die Offensive der rechten Parlamentsmehrheit, die Teile der Gesetzgebung zur 35-Stunden-Woche aus den Jahren 1999/2000 rückgängig machen will. Sobald der Gesetzentwurf der konservativen Regierungspartei UMP verabschiedet ist, wird es in Frankreich kaum noch rechtliche Obergrenzen für das Ableisten von Überstunden geben. Die vom Gesetz vorgesehene theoretische Obergrenze wird auf 220 Überstunden pro Jahr angehoben. Das entspricht vier Stunden pro Woche oder einer Rückkehr zur 39-Stunden-Woche, aber mit einem wichtigen Unterschied: Überstunden werden dann und nur dann geleistet, wenn der Arbeitgeber sie anordnet. Eine Garantie für eine entsprechenden Lohnhöhe gibt es damit ebenso wenig wie für auf längere Sicht hin stabile Arbeitszeiten.

Doch "freiwillig" mehr arbeitende Lohnabhängige können diese gesetzliche Maximalgrenze für Überstunden zukünftig auch überschreiten, was bisher unzulässig war. Die einzigen legalen Grenzen sind dann noch die Vorschriften, wonach abhängig Beschäftigte höchstens 48 Stunden (oder in begründeten Ausnahmefällen vorübergehend 60 Stunden) pro Woche arbeiten dürfen. Ferner entfällt der bisher obligatorische Freizeitausgleich: Die auf einem "Zeitsparkonto" registrierten Überstunden können künftig auch ausbezahlt statt durch Freizeit ausgeglichen werden; dasselbe gilt für bis zu zwei Urlaubswochen pro Jahr. Und bestand bisher eine Obergrenze von fünf Jahren, binnen derer das Zeitkonto ausgeglichen werden musste, so kann es zukünftig auf unbestimmte Zeit aufgefüllt werden. Um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes oder um die Höhe ihrer späteren Rente fürchtende Lohnabhängige können es also über etliche Jahre hin auffüllen, das Geld wird vom Unternehmen angespart. Völlig unklar ist, was passiert, wenn der Betrieb dann pleite geht.

Gegen Mehrarbeit und erzwungene "Flexibilität"

Dass es dagegen ein massenhaftes Aufbegehren geben würde, war dennoch nicht von vornherein sicher. Denn die "sozialpartnerschaftliche" Reform der sozialdemokratischen Regierung Lionel Jospins bleibt vielen Lohnabhängigen in eher schlechter Erinnerung. Vor allem ArbeiterInnen und "einfache" Angestellte äußern

sich des öfteren kritisch bis negativ über die zwischen 1998 und 2000 eingeführte Gesetzgebung, da sie nunmehr stärker den Zwängen der "Flexibilität" ausgesetzt sind. Dagegen sind es vor allem die höheren und leitenden Angestellten (französisch cadres), die trotz vermehrter Arbeitshetze ein eher positives Gesamtbild von der "Reform" behalten. Dies deswegen, weil vor allem diese gut bezahlte Beschäftigtengruppe eine Kompensation in Form von Kurz-Urlaubsreisen genießen kann, denn die cadres können die Arbeitszeitverkürzung in Form ganzer Urlaubstage in Anspruch nehmen. Die Verdichtung und Leistungsintensivierung im Arbeitsalltag aber hat für alle noch weiter zugenommen.

Die Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit unter der Jospin-Regierung bildete vor allem den Zuckerguss, der die gleichzeitig verabreichte bittere Pille in Gestalt von Jahresarbeitszeiten und nach Bedarf der Betriebe variierenden Arbeitswochen überdecken sollte. Doch was die jetzige Regierung plant, bedeutet, auch noch den Zuckerguss von der bitteren Pille zu entfernen.

Da eine bloße Verteidigung der Jospin-Reform kaum Begeisterung hervorgerufen hätte, nahmen die Gewerkschaften eine Fülle weiterer Anliegen in die Demonstrationsaufrufe mit auf. Demonstriert wurde dann am 5. Februar "gegen Arbeitszeitverlängerung und Beschäftigungsabbau, für höhere Löhne und gegen die Aushöhlung des Arbeitsrechts".

Zugleich sollte damit der Propaganda der Regierung entgegen getreten werden. Deren Slogan, der an der Geldnot vieler Lohnabhängiger anknüpft, lautet: "Mehr arbeiten, um mehr Geld zu verdienen". Die Kaufkraft der Beschäftigten im privaten Wirtschaftssektor sank seit 2000 um bis zu 12 Prozent (gegenüber 5 Prozent im öffentlichen Dienst), da es kaum noch kollektiv ausgehandelte Lohnerhöhungen gibt. Hinzu kommen die Auswirkungen der mit den Modalitäten der 35-Stunden-Reform à la Jospin in vielen Betrieben einhergehenden, oftmals mehrjährigen "Mäßigung bei den Lohnerhöhungen".

Dennoch fielen die meisten Beschäftigten nicht auf die Propaganda herein. In einer von der Sonntagszeitung JDD am 30. Januar veröffentlichten Umfrage äußerten sich 77 Prozent gegen eine Ausdehnung der bestehenden Arbeitswoche(n), wie die Regierung sie plant, und nur 18 Prozent erklärten sich damit einverstanden.

69 Prozent der Französinnen und Franzosen unterstützten laut einer Umfrage, die am vorigen Donnerstag in der Tageszeitung L'Humanité und in einer CGT-Zeitung veröffentlicht wurde, die Protestzüge gegen die anstehende neue "Reform" der Arbeitszeitpolitik. Nur 11 Prozent waren "ablehnend" oder "feindlich" eingestellt, der Rest hatte erst einmal keine Meinung.

Nach den erfolgreichen Demonstrationen vom 5. Februar werden nicht nur die LehrerInnen den Protest weiter führen. Mehrere Gewerkschaften wollen sich ebenfalls auf weitere Aktionen verständigen, auch in den Betrieben.

Bernhard Schmid, Paris

28. Pensionäre als Speerspitze der Bewegung. Massenhafte Proteste gegen antisoziale Reformen in Russland

Autor: Ute Weinmann · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:23

Das neue Jahr begann zunächst vielversprechend. Manch eineR freute sich aufrichtig über den unlängst faktisch bis zum 10. Januar verlängerten Feiertagsmarathon zum Jahresbeginn, selbst wenn jener Beschluss auf Kosten anderer so beliebter Volksfeste wie dem 7. November oder dem 2. Mai fiel. Aber zum Ende der Verschnaufpause setzte bei vielen russischen StaatsbürgerInnen ein fürchterlicher Kater ein - mit zeitlicher Verzögerung erreichte die Katerstimmung auch den Kreml. Zunächst waren es nur einige Hundert, schließlich jedoch Zehntausende, die ihren Unmut über die Anfang Januar in Kraft getretenen antisozialen Reformen äußerten. Mindestens 30 Millionen Menschen sind von dem Mammutprojekt der Regierung betroffen, ein Großteil von ihnen hat teils erhebliche finanzielle Einbußen zu erwarten.

Es begann in Chimki, einem Vorort von Moskau, direkt hinter der Stadtgrenze. Etwa 300 Menschen vorwiegend im Rentenalter blockierten eine der Hauptausfallstraßen Moskaus für beinahe drei Stunden und sorgten für ein dementsprechendes Verkehrschaos. PensionärInnen und andere mit zahlreichen sozialen Vergünstigungen ausgestattete Bevölkerungskategorien, welchen bislang die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs auch in der benachbarten Megapolis möglich war, müssen seit dem 1. Januar Tickets erwerben. Zwar erhalten sie dafür nach dem neuen Gesetz geregelte Ausgleichszahlungen, diese decken real jedoch nur einen Teil der nun anfallenden Kosten. Gleiches gilt für fast alle anderen Regionen der Russischen Föderation, weshalb auch dort Proteste nicht ausblieben. In Samara, Pensa, Belgorod, Nizhnij Nowgorod, Wladimir, Tatarstan, Ufa, Perm, Omsk, Barnaul, Chabarowsk, Krasnojarsk, Stavropol, Murmansk und zahlreichen anderen Städten fanden spontan organisierte Protestkundgebungen und Blockaden statt. In Sankt Petersburg legten etwa 10.000 Menschen die drei wichtigsten Verkehrsstraßen komplett lahm, in Tomsk setzten mehrere Tausend Protestierende zum Sturm der Gebietsadministration an und provozierten durch ihre entschlossene Belagerung bei eisigen Temperaturen mehrstündige Verhandlungen mit den völlig überrumpelten StaatsdienerInnen.

In einigen Städten waren Solidarisierungsszenen mit RentnerInnen seitens der Miliz zu beobachten, weil diese ebenfalls von den Kürzungen betroffen ist. An anderen Orten wiederum gingen Milizionäre und Angehörige von OMON-Sondereinheiten brutal gegen DemonstrantInnen vor, einige mussten in Krankenhäusern behandelt werden. Ein Mann wurde während einer Straßenblockade von einem Auto zu Tode gefahren. Die regierungskritische Novaya Gazeta berichtete von gezielten Verfolgungen angeblicher RädelsführerInnen. Vor allem Sankt Petersburg machte hierbei von sich Reden, kein Wunder, hat doch die dortige Gouverneurin Walentina Matwijenko nach anfänglichem verständnisvollen Auftreten verkündet, man solle ihr die Aufständischen wenigstens für zwei Wochen vom Leibe halten.

Doch die Welle der Proteste reißt im ganzen Land nicht ab. Schließlich geht es um mehr als nur um ein paar Rubel für den öffentlichen Nahverkehr. Dies dringt nach und nach in das Bewusstsein der von steigenden Preisen und mangelnder sozialer Absicherung ohnehin geplagten Bevölkerung. Besonders verletzend ist gerade für Kriegsveteranen, dass - trotz anders lautender Rhetorik der Regierung - kurz vor den Siegesfeiern zum 60. Jahrestag über den Hitlerfaschismus die verdienstvollen Taten der Kämpfer mit offensichtlich antisozialen Maßnahmen honoriert werden. "Hitler hat uns die Kindheit und Jugend gestohlen, Putin das Alter" war auf Transparenten zu lesen. Erstmals richtet sich der Volkszorn nicht nur gegen die ohnehin missliebige Regierung von Michail Fradkow, sondern gegen den Präsidenten selbst.

DemonstrantInnen legen Verkehr lahm

Kern der Kritik ist das im August 2004 verabschiedete Gesetz Nr. 122, welches eine Reihe staatlicher Subsidien durch Geldzahlungen kompensieren soll. Die Zuständigkeit für etwa 20 Millionen Arbeitsveteranen, Kriegsteilnehmer und unter Stalin politisch Verfolgte wird dabei vom föderalen Zentrum in die Regionen verschoben. Diese dürfen laut Gesetz nun selbst entscheiden, welches Entschädigungsmodell sie präferieren. In jedem Fall müssen die finanziellen Mittel dafür eigenständig aufgebracht werden, Moskau will sich nur mit

einem geringen Prozentsatz an den Maßnahmen beteiligen. Allerdings sind nur etwa 18 der insgesamt 89 Verwaltungseinheiten Russlands zahlungsfähig. Selbst die empfohlenen Entschädigungssummen von zwischen umgerechnet fünf bis acht Euro stellen ein Problem dar. Diejenigen, die nicht über einen Wohnsitz in einer der bessergestellten Regionen verfügen, haben demnach schlichtweg Pech gehabt.

Für Kriegsveteranen, Behinderte, HeldInnen der Sowjetunion und Tschernobyl-KatastrophenhelferInnen sind Zahlungen zwischen 10 und 85 Euro aus dem föderalen Budget vorgesehen, einschließlich eines bescheidenen Sozialpaketes. Hinzu kommt eine neue Regelung bei der Verschreibung von Rezepten für kostenlose Medikamente, die in den ersten Wochen zu bedenklichen Engpässen bei der Versorgung chronisch Kranker geführt hat. Bestimmte Artikel sind über die Krankenversicherung gar nicht mehr zu bekommen oder sie müssen von nun an aus eigener Tasche bezahlt werden. Da die Renten oftmals nur für die Deckung der Fixkosten für Heizung, Telefon und Gas reichen, kommt dies in vielen Fällen einer Verkürzung der Lebenserwartung gleich. Der rechte Politclown Wladimir Zhirinovskij, der immer laut aussprechen darf, was andere nur leise denken, vertrat dazu unlängst in der Duma folgende Auffassung: "Wir müssen der Armee, der Wissenschaft und der Jugend mehr geben. Die Alten haben nichts zu tun, ihnen ist langweilig: Ich will ans andere Ende der Stadt fahren. Bleib doch zu Hause sitzen!" (Debatte in der Staatsduma am 18. Januar 2005).

Schlechte Umfragewerte für Putin

Angesichts der vielen Nuancen, die das Gesetzespaket beinhaltet, ist es schwierig, eine Übersicht über alle geplanten Maßnahmen zu geben und diese eindeutig zu bewerten. So konnten z.B. bislang viele BewohnerInnen ländlicher Gebiete von den staatlichen Vergünstigungen kaum profitieren. Für sie ist die kostenlose Nutzung von Bussen nur wenig relevant, weshalb gerade dort meist für Geldzahlungen plädiert wird. Aber auch wenn auf Protestkundgebungen die Forderung nach der Wiederherstellung des alten Systems nichtmaterieller Subsidien überwiegt, (welches im übrigen mitnichten ein Überbleibsel aus sowjetischen Zeiten darstellt, sondern unter Jelzin zur Abfederung seines liberalen Crash-Kurses eingeführt wurde), sollten daraus keine falschen Schlüsse gezogen werden. Eine Umfrage des Gesundheitsministeriums noch in der Planungsphase des Gesetzes ergab, dass sich die überwiegende Mehrheit mit einer Kompensation von 1000 bis 2000 Rubeln monatlich zufrieden geben würde. Das wären umgerechnet etwa zwischen 28 und 56 Euro.

Aber der Kreml will sparen - und dies auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsschichten. Die für die Reformen aus dem föderalen Budget zusätzlich bereitgestellten Summen einschließlich der um mehrere Monate vorgezogenen regulären Rentenerhöhungen werden vermutlich durch die in diesem Jahr zu erwartende Inflation von über 12% zumindest teilweise wieder ausgeglichen. Durch die Reformen passt Russland zudem seine Gesetzgebung in einem weiteren Schritt den Vorgaben der WTO an und forciert somit seinen geplanten Beitritt. Aber entscheidender ist ein anderer Aspekt der Reform. Moskau gibt die Verantwortung für die offensichtliche soziale Misere im Land, wonach mindestens ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, an die Regionen ab. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo sich Präsident Wladimir Putin weitere einschneidende Änderungen in der politischen Verfasstheit Russlands leistet, nämlich die faktische Abschaffung der Gouverneurswahlen in den Regionen und deren Ernennung durch ihn höchstpersönlich.

Die Regionalfürsten werden durch die neu geschaffenen direkten und indirekten Abhängigkeiten aus dem föderalen Zentrum manipulierbarer. Auf den ersten Blick kommt dies einer Machterweiterung und Stabilisierung des Putinschen Herrschaftsmodells gleich, was gerne mit dem Begriff "Machtvertikale" umschrieben wird. Bislang gelang es dem Präsidenten selbst in heiklen Fragen wie dem Untergang der Kursk, sein wichtigstes politisches Kapital zu wahren, nämlich seine scheinbare Unantastbarkeit. Womöglich wurde dem Beliebtheitsgrad des Präsidenten ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt, nie waren seine Umfragewerte auf einem so konstanten Tiefpunkt. Lediglich 42% würden für ihn stimmen, wohingegen vor einem Jahr noch 65% dazu bereit waren. 24% der Befragten erklärten, sie würden Putin ihr Vertrauen aussprechen (Alle Angaben stammen aus der jüngsten Umfrage des "Fond Obschtschestwennoje mnenije". Andere Institute kommen zu ähnlichen Ergebnissen).

Noch weit mehr hat das Image der Kreml-Hauspartei Jedinaja Rossija (Einiges Russland) durch die antisozialen Maßnahmen gelitten, und nicht wenige munkeln, dies sei der Anfang vom Ende. Mit dazu beigetragen hat der Umstand, dass die Dumaabgeordneten jüngst weit reichende und kostspielige Vergünstigung für sich selbst genehmigt haben. Dies darf als reiner Hohn gegenüber den VerliererInnen des russischen Wirtschaftsliberalismus gewertet werden und als Zeichen dafür, wie sicher und unangefochten sich

die politische Elite fühlt. Mit solch vehementem Widerstand auf der Straße wie in den vergangenen Wochen hatte niemand gerechnet, sind doch Massenproteste in Russland längst zu einem historischen Phänomen verkümmert. Allerdings hatte bereits im Vorfeld die so genannte orangene Revolution in der Ukraine für einige Panik im Kreml gesorgt. Zwar ist man sich einig, dass sich jenes Szenario in Russland nicht wiederholen könne - was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass ein Wahlkampf zweier mehr oder weniger gleich aussichtsreicher Kandidaten bei Präsidentschaftswahlen unter den derzeitigen politischen Bedingungen auszuschließen ist - doch es wird langsam deutlich, dass die Geduld der vermeintlich so leidensfähigen Bevölkerung ihre Grenzen hat.

Sparen auf Kosten der Ärmsten

Vorerst greift die politische Führung auf alt bewährte Methoden zur Schadensbegrenzung zurück. Das Gesetz an sich sei richtig, nur an der Umsetzung hapere es, ist zu hören. Das Staatsfernsehen unterschlägt in seiner Berichterstattung das Ausmaß und die Ausrichtung der Proteste, gleichzeitig wird ungewöhnlich ausführlich über eine antisemitische Hetzkampagne einer Reihe von Dumaabgeordneten berichtet. Wenige Tage vor den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz stellten u.a. VertreterInnen der Kommunistischen Partei KPRF und der Fraktion "Rodina" (Heimat) alle jüdischen Organisationen in Russland grundsätzlich unter Terrorismusverdacht. Sie reichten bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf deren Verbot ein, zogen diesen anderntags jedoch aus unbekannten Gründen wieder zurück. Keine Frage, dies ist ein Skandal und verdient entsprechende Aufmerksamkeit. Doch der Umstand, dass erst mehrere Tage ins Land ziehen mussten, bis die regierungsnahen Sender über den Skandal berichteten, und die Tatsache, dass der Kreml sich diesem Motiv vorzugsweise in Momenten der politischen Bedrängnis bedient, erweckt nicht den Eindruck aufrichtiger Besorgnis. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass einerseits die Intelligenzija davon abgehalten werden sollte, über eine eventuelle Solidarisierung mit den unzufriedenen Volksmassen zu reflektieren. Andererseits werden durch die Kampagne allseits beliebte und nach wie vor in weiten Teilen der russischen Gesellschaft tragbare Inhalte transportiert, wonach an allem Übel die Juden im Allgemeinen und jüdische Regierungsmitglieder im Besonderen Schuld tragen.

Von echten Zugeständnissen ist die Regierung so weit entfernt wie eh und je. Die Proteste der vergangenen Wochen sollen jedoch fortgeführt werden, und zumindest auf lokaler Ebene sind Teilerfolge zu Gunsten der von der antisozialen Politik Putins am meisten Betroffenen nicht auszuschließen.

Ute Weinmann

29. Machtwechsel in Montevideo: Chance auf wirkliche Veränderung? Warum die Situation in Uruguay ähnlich und zugleich anders ist als anderswo

Autor: Stefan Thimmel · Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:28

Am 1. März 2005 tritt in Montevideo das Linksbündnis Encuentro Progresista-Frente Amplio seine fünfjährige Regierungszeit an (s. ak 490). Mit einem mehrtägigen Volksfest wird der 64-jährige Krebsspezialist Dr. Tabaré Vázquez als erster linker Präsident in der 180-jährigen Geschichte Uruguays ins Amt eingeführt werden. Mit dem Abtreten des jetzigen Präsidenten Jorge Batlle wird zugleich einer der letzten Stolpersteine auf dem Weg der Stärkung der regionalen Bündnisse und der Bildung einer neuen lateinamerikanischen Identität fortgeräumt. Dieses Projekt ist nicht nur Sache der neuen Regierung in Uruguay. Auch der argentinische Präsident Kirchner, der venezoelanische Regierungschef Chávez und der brasilianische Präsident "Lula" da Silva stehen dafür.

Als erste Amtshandlung wird die neue Regierung, die über eine Mehrheit in den beiden Kammern des uruguayischen Parlamentes verfügt, die diplomatischen Beziehungen zu Cuba wieder aufnehmen. Der amtierende Präsident Batlle hatte die Beziehungen Mitte 2002 nach einem öffentlich ausgetragenen Streit mit Fidel Castro abgebrochen. Castro wird neben Chávez, Kirchner und anderen als Staatsgast zum 1. März in Montevideo erwartet. Ein Beleg auch für die starke Bedeutung, die dem Regierungswechsel in Uruguay zugemessen wird. Batlle, einzig verbliebener Verbündeter der USA im Süden Lateinamerikas und erklärter persönlicher Freund George W. Bushs, war als Staatschef offensiv für das geplante Freihandelsabkommen ALCA eingetreten und bremste im Interesse Washingtons die politische und strukturelle Weiterentwicklung des von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründeten Wirtschaftsbündnisses Mercosur bislang aus.

Überall im ganzen Land und vor allem in der Hauptstadt Montevideo identifizieren sich die Menschen mit dem Wahlsieg der Linken. Ein Sieg, für den viele Menschen jahrzehntelang gekämpft und dabei auch hohe Opfer gebracht haben. Obwohl die Hoffnungen der meisten UruguayerInnen auf den Wechsel grenzenlos sind, verwechseln doch nur wenige Hoffnung mit Illusion und kaum jemand erwartet Wunder. Das wäre auch untypisch für die UruguayerInnen, die zuerst einmal jedem Wechsel skeptisch gegenüberstehen und die eine zerrüttende Staats- und Wirtschaftskrise brauchten, um eine Kraft, die nicht den beiden traditionellen bürgerlichen Blöcken angehört, ins Amt zu wählen.

Erfolgsrezept: "Dissens in Einigkeit"

Die 1971 gegründete Frente Amplio, das Herzstück des neuen Regierungsbündnisses, ist denn auch keine eilig zusammengeschusterte Wahlallianz, sondern das älteste politische Linksbündnis in Lateinamerika. Unter dem Grundsatz "Dissens in Einigkeit" beherbergt sie u.a. KommunistInnen, SozialistInnen, ehemalige bewaffnete Stadtguerilleros (Tupamaros) und ChristdemokratInnen. Die für die lateinamerikanische Linke nicht gerade typische Einigkeit wurde in einem Dialogprozess vor allem seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahre 1984 mühsam erarbeitet. Dass die Einigkeit trägt, wurde während des Wahlkampfs deutlich: Die "Breite Front" stand wie eine Wand sowohl gegen die Kritik von links am eher liberal eingestellten designierten Wirtschafts- und Finanzminister Danilo Astori als auch gegen die Hetzkampagnen der regierenden konservativen Colorados. Diese diffamierten vor allem die Tupamaros wegen ihrer bewaffneten Aktionen in der Vergangenheit.

Der Erfolg des Bündnisses wäre ohne die Unermüdlichkeit tausender HelferInnen in den Basiskomitees nie erreicht worden. Tabaré Vázquez ist sich sehr wohl bewusst, dass die Frente Amplio, die eher eine Bewegung als ein Zusammenschluss von Parteien ist, ohne die aktive Partizipation der Menschen nichts erreichen wird. Diese ganz besondere Konstellation ist das eigentlich Spannende in dem kleinen und mit 3,24 Millionen EinwohnerInnen kaum bevölkerten Land. Die Frage wird sein, ob diese Kultur des Dialogs und Konsenses auch unter den neuen Vorzeichen, d.h. mit der Linkskoalition aus über 30 Parteien, Organisationen und Bewegungen als bestimmende politische und gesellschaftliche Kraft in der Regierung, durchgehalten wird.

Der Schlüssel für eine grundlegende Erneuerung liegt - nicht nur in Uruguay - in der Stärkung der Mitbestimmung der Menschen. Instrumente dafür sind vorhanden. Das in der Verfassung der Republik schon

im Jahre 1917 verankerte Instrument des Plebiszites wird vor allem seit 1985 in Uruguay ausgiebig genutzt. Allein neun Mal wurden seitdem Referenden und Plebiszite durchgeführt - immer um Vorschläge und Gesetzesvorhaben der Regierung abzulehnen. Die bestimmenden politischen Kräfte waren dabei neben der Frente Amplio die Gewerkschaften und die in den Stadtteilversammlungen engagierten lokalen AkteurInnen. Möglich wurden so eine Reihe von Erfolgen in der Abwehr der neoliberalen Privatisierungspolitik. Zuletzt parallel zu den Nationalwahlen im Oktober 2004, als 64 Prozent der Bevölkerung gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung dafür plädierten, die Privatisierung des Wassers zu verbieten und das Menschenrecht auf Wasser in die Verfassung aufzunehmen. Ein weltweit einmaliger Etappensieg, der auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2005 als ermutigendes Beispiel für einen erfolgreichen Widerstand gegen den Neoliberalismus gefeiert wurde. Dieses Instrument soll auch weiterhin genutzt werden: Die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften in Uruguay haben schon angekündigt, dass sie sich ihre Unabhängigkeit gegenüber der Frente Amplio bewahren wollen und auch in der neuen politischen Konstellation Referenden "von unten" initiieren können, wenn es notwendig sein wird.

Die Selbstverpflichtung des neuen uruguayischen Präsidenten auf eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten der Bevölkerung und der hohe Politisierungs- und Organisationsgrad der uruguayischen Bevölkerung unterscheiden sich fundamental von der Situation in den beiden mächtigen Nachbarstaaten Argentinien und Brasilien. Weder in Brasilien unter "Lula" da Silva noch in Argentinien unter Néstor Kirchner ist eine solche aktive Bürgerbeteiligung sichtbar. Sie wird auch in keiner Weise gefördert, vielmehr geben staatsorientierte und paternalistische Programme den Ton an, besonders in der Sozialpolitik. Das Programm "Fome Zero" ("Null Hunger") in Brasilien etwa ist nach Ansicht vieler KritikerInnen schon im Ansatz falsch, weil es nur die Konsequenzen, aber nicht die Ursachen des Hungers beseitigen will und vom brasilianischen Präsidenten Lula populistisch missbraucht wird. Kritisiert wird vor allem, dass die Menschen nicht als politische Subjekte wahrgenommen werden, sondern dass sie mit Lebensmittel-Gaben "gekauft" werden sollen. In Argentinien wird mit den verschiedenen Programmen für Arbeitslose ein ähnlicher Ansatz verfolgt: Zudem unterstellen viele Organisationen der linksperonistischen Regierung von Néstor Kirchner, dass es ihm vor allem darum geht, die Piqueteros, also die Arbeitslosenbewegung in Argentinien zu spalten und zu schwächen.

Die neue Regierung in Uruguay will einen anderen Weg gehen: Eine der wichtigsten Maßnahmen ab dem März 2005 soll der "Soziale Notstandsplan" sein. Das neu geschaffene Ministerium für Soziale Entwicklung, an deren Spitze die Kommunistin Marina Arismendi stehen wird, will diesen Plan gemeinsam mit der Bevölkerung und den Basiskomitees der Frente Amplio im ganzen Land entwickeln. "Alle sozialen Organisationen, die Kirchen, die Gewerkschaften, alle die während der Krise, die das Land zerrüttet hat, aktiv geworden sind und die wissen, was zu tun ist" sollen einbezogen werden. Vorgesehen ist, die UruguayerInnen zu unterstützen, deren Einkünfte unter der Armutsgrenze liegen - insbesondere Jugendliche, Arbeitslose, allein Erziehende und Behinderte. Aktuell liegt diese Grenze in Montevideo unterhalb von 1.033 Pesos (ca. 35 Euro im Monat). In Zusammenarbeit mit anderen Ministerien sollen vor allem "würdige" Arbeitsplätze geschaffen werden, um den Betroffenen, deren Zahl auf etwa 150.000 geschätzt wird, eine dauerhafte Perspektive zu bieten.

Basisbewegungen stärken, nicht spalten

Was allerdings ebenso wie in Argentinien und Brasilien auch auf der neuen uruguayischen Regierung lastet, ist die extrem hohe Staatsverschuldung, die in Uruguay heute bei 13,42 Milliarden US-Dollar liegt. Um das Defizit zu verringern, die Schulden zu bezahlen, die Finanzierung des "Sozialen Notstandsplans" zu sichern und generell die unterschiedlichen Forderungen zu erfüllen, gibt es für den designierten Wirtschaftsminister Danilo Astori nur eine Lösung: Wachstum. "Ohne Wachstum wird nichts möglich sein, und Wachstum bedeutet Investitionen, und dafür braucht es eine stabile Ökonomie mit klaren Regeln, und das bedeutet eine strenge Haushalts- und Finanzpolitik". Astori, der innerhalb der Frente Amplio mit seiner Wirtschaftspolitik relativ alleine dasteht, verpflichtet sich aber auch auf die Priorität des Sozialplanes.

Die Frage, "mehr oder weniger Lula?" wird in Uruguay einerseits an der Person von Astori festgemacht. Für die gegensätzliche Position steht José "Pepe" Mujica, einer der legendären Führer der Tupamaros und zukünftiger Agrarminister. Mujica, der als eine der neun sogenannten "Geiseln des Staates" nach dem Militärputsch 1973 viele Jahre in Einzelhaft unter unmenschlichen Bedingungen verbringen musste, ist die Symbolfigur des von den ehemaligen Tupamaros angeführten Bündnisses MPP (Movimiento Participación Popular), das mit 30

Prozent den mit Abstand stärksten Sektor in der zukünftig regierenden Linkskoalition stellt. Vor allem auch als Person steht Mujica für Glaubwürdigkeit und Integrität.

Mehr oder weniger Lula?

Welche Richtung in Uruguay letztlich eingeschlagen wird, ob die zukünftige Linksregierung also die bestehende Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialordnung nur verbessern und reformieren will oder die Weichen für ein wirklich neues System stellen wird, entscheidet sich auch am Einfluss und Zusammenspiel der beiden Lager für die Astori und Mujica stehen. Darüber hinaus wird der Erfolg der neuen linken Regierung in Uruguay sehr stark auch davon abhängen, wie sie die Beziehung zu den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften gestaltet, die sich einerseits als Teil des Regierungsprojektes verstehen, andererseits aber ihre Unabhängigkeit bewahren wollen. Ob die Dialogkultur, die die Linke in Uruguay über Jahrzehnte praktiziert hat, ohne ihr Profil zu verlieren, auch in der Regierungsverantwortung weiterentwickelt wird, ist dabei die Schlüsselfrage.

Kirchner kann die Piqueteros unterdrücken und kriminalisieren, Lula kann versuchen, die Landlosenbewegung MST, die stärkste soziale Bewegung im Land, zu isolieren. Aber Vázquez in Uruguay kann nicht gegen die Basis der Frente Amplio regieren. Das unterscheidet die Lage in Uruguay wesentlich von der Situation in den beiden mächtigen Nachbarländern.

Stefan Thimmel

30. Transnationale Räume - transnationale Migration. Widerständige soziale Sphären oder neue Form globaler Kontrolle?

Autor: Sabine Hess · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:10

"Ich will eigentlich nicht mehr in die Slowakei zurück - aber andererseits will ich auch nicht in Deutschland bleiben und mein ganzes Leben Au-pair und Dienstmädchen sein. Ich habe größere Ziele in meinem Leben. Ich will studieren und eine richtige Arbeit haben. Und das geht hier nicht, dafür muss ich mich für eine kleine Zeit wieder von Deutschland verabschieden."

Wenn Maria über ihre Zukunft nachdenkt, endet es immer wieder in diesem Dilemma. Ganz offiziell kam sie vor zwei Jahren mit einer kirchlichen Au-pair-Agentur nach Süddeutschland und arbeitete in einer dreiköpfigen Familie. Doch mit der Familie hatte sie Probleme. Wie viele osteuropäische Au-pairs, mit denen ich während meiner zweijährigen Forschung zwischen 1999 und 2001 sprechen konnte, klagte sie nicht nur über Arbeitsüberlastung, sondern auch über mangelnde Anerkennung. Sie brach ab und kehrte heim, doch mit dem Vorsatz, wieder nach Deutschland zum Arbeiten zurückzukehren. Nachdem ihr einjähriges Au-pair-Visum jedoch schon zu drei Viertel ausgeschöpft war, fand sie keine Agentur mehr, die sie legal vermitteln wollte. Für ein anderes Visum zu Arbeitszwecken beispielsweise als Saisonarbeiterin, hätte sie eine Zeit lang zu Hause bleiben müssen.

So reihte Maria sich ein in die Schar der osteuropäischen PendelmigrantInnen, die sich im Dreimonatsrhythmus der visumsfreien Einreise als Touristin legal in Deutschland aufhalten konnten. Eine Arbeitsaufnahme war allerdings untersagt. (1) Wie die meisten Migrantinnen ohne Papiere fand Maria jedoch ohne Probleme einen Arbeitsplatz in einer Familie. Sie arbeitete ein gutes Jahr weiter als Au-pair, diesmal halblegal. Mittlerweile studiert sie in Deutschland. Doch als Migrantin wird sie in den offiziellen Migrationsstatistiken nicht geführt, da ihre Strategie der Einreise und ihre mobile Migrationspraxis des Pendelns nicht als Migration gilt.

Dabei handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen: Schon die Migrationsprojekte der Gastarbeitsära hatten transnationale Dimensionen. Und das Post-Wende-Europa ist längst ein höchst pulsierender Wanderungsraum. Die Mobilitätsstrategien der pendelnden TouristenmigrantInnen, KofferhändlerInnen, SaisonarbeiterInnen aus dem Osten wie auch die Strategien von MigrantInnen aus dem globalen Süden haben dabei die Struktur Zentrum/Peripherie durchbrochen und tragen zu einer dezentrierten Migrationslandschaft Europas bei. Dabei sind die klassischen Emigrationsländer Südeuropas selbst zu Ziel- und Transitländern geworden.

Dabei drängt sich die Frage auf: Sind die transnationalen MigrantInnen RebellInnen wider die Festung Europa? Oder anders herum gefragt: Ist die EU-Migrationspolitik, insbesondere ihr Grenzregime, doch nicht so durchgreifend, wie es die vierteljährlichen Presseerklärungen der EU-Ministerkonferenzen suggerieren wollen, die der illegalen Migration den Kampf ansagen?

"... eine kleine Zeit wieder verabschieden"

Ja und nein. Schon die ersten Transnationalisierungsforschungen deuten auf die vielfältigen Strukturierungsfaktoren von transnationalen migrantischen Räumen hin, von denen drei besondere Bedeutung haben: Erstens die im Kontext der ökonomischen Globalisierungspolitiken verschlechterten Lebensverhältnisse im Osten und Süden der Welt, die Frauen spezifisch treffen. Zweitens gewähren aber auch die neoliberalen Umstrukturierungspolitiken in den Industriestaaten den NeuzuwanderInnen immer weniger Lebenssicherheit. Migrantinnen finden in Folge ihres Rechtsstatus meist nur im niedrig entlohnten und oftmals informellen Dienstleistungssektor eine magere Anstellung. Dabei ist vor allem die Nachfrage nach Hausarbeiterinnen in ganz Europa im Steigen begriffen. Und drittens ist die Transnationalisierung auch eine Reaktion auf die migrationspolitischen Restriktionen und massiver werdende Anti-Migrations-Rassismen in den Zielregionen, und zwar ebenso in klassischen Einwanderungsländern wie den USA wie auch in Europa.

Transnationale Migrationsstrategien erscheinen vor diesem Hintergrund als kreative Taktik, um sowohl die Restriktionen der Einwanderungsmöglichkeiten als auch die Diskriminierungen im Migrationskontext zu unterwandern. Indem sie beide Kontexte miteinander verbinden, können die PendelmigrantInnen außerdem ihren sozialen Status im Herkunftsland halten, wenn nicht sogar ausbauen.

Maria gelang ein gewisser Aufstieg, indem sie beide Kontexte strategisch nutzte. Diese Strategie, die sozialen Risiken der Herkunfts- und Migrationskontexte zu transnationalisieren und bewusst abwägend eine Lebenspraxis der zwei Standbeine aufzubauen, die es ermöglicht, spontan und flexibel auf Möglichkeiten zu reagieren, kennzeichnet viele Pendelmigrationen. Andere pendeln jedoch auch als Notlösung, da sie entweder zu Hause aus ökonomischen oder sozialen Gründen nicht mehr Fuß fassen können. Oder sie wollten sich eigentlich in Deutschland niederlassen, mussten jedoch feststellen, dass es einfacher ist, als Touristin zu pendeln und sich als Hausarbeiterin ohne Papiere zu verdingen, anstatt sich gänzlich illegal in Deutschland aufzuhalten.

Der scheinbare Widerspruch - zu pendeln, um bleiben zu können - spitzt sich bei MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine noch zu: Sie haben kein Recht auf eine visumsfreie Einreise als TouristIn. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Perspektive auf Verstetigung des Aufenthalts eine hohe Priorität. Allerdings ist diese letztlich nur noch über eine Heirat zu bekommen. Viele finden sich irgendwann im Status der Illegalität wieder. Doch gerade das erfordert, die Verbindungen zum Herkunftskontext nicht abreißen zu lassen. Denn dieser wird im Falle einer Krankheit oder des Rückzugs aus untragbaren Arbeitsverhältnissen zur entscheidenden sozialen Basis.

Der Entzug des Niederlassungsrechts ist ein wesentlicher Grundzug der Einwanderungspolitiken der EU-europäischen Länder. Seit dem offiziellen Anwerbestopp in den 1970er Jahren hat Deutschland zwar nicht die kontingentierte Arbeitsmigration beendet, doch die Einwanderungsmodi wurden auf temporäre Migrationsformen wie Saisonarbeit und Werksvertragsarbeit beschränkt. Familiennachzug, das Nadelöhr Asyl und Heirat wurden somit zu den einzigen Möglichkeiten, einen dauerhaften Aufenthalt zu bekommen. Dies trägt zu der erhöhten Temporalisierung und Mobilität der neuen Migrationsformen bei und führt zu der steigenden Nutzung jener verkleideten Migrationsstrategien wie Au-pair oder der Einreise als Touristin. (2) Unter dem Strich führt diese Migrationspolitik jedoch vor allem zur weitgehenden Illegalisierung der neuen Migration. Dies wiederum betrifft überdurchschnittlich viele Frauen, denn die verbleibenden Einwanderungsformate folgen männlichen Arbeitsmustern, während beispielsweise Hausarbeit nicht als formale Arbeit anerkannt ist.

Pendeln, um bleiben zu können

Die nationalstaatliche Macht der Zuweisung unterschiedlicher Rechtsstati bis hinunter zur Illegalisierung stimuliert transnationale Migrationsprojekte. Und diese Macht hat einen "Ort": die Grenze. Doch als konkreter Ort im Sinne einer Linie um nationalstaatliche Territorien herum ist sie nicht mehr zu denken. Ihre Topographie hat sich mit der Europäisierung der Grenzpolitiken dahingehend verändert, dass sie nach innen und weit über die EU hinaus aufgebläht wurde in Grenzräumeund unterschiedliche Orte wie Flughäfen, Botschaften etc., die flexibel und höchst differenziert unterschiedliche Menschen erfassen. Die Grenze wurde somit in gewisser Weise delokalisiert, entterritorialisiert und zugleich informatisiert; die Einrichtung von Informationssystemen zur Früherkennung und zum Datenabgleich ist auf EU-Ebene von allen Kontrolltechniken die am weitesten fortgeschrittene. Darüber hinaus werden Grenzen zunehmend privatisiert, indem immer mehr nicht-staatliche Akteure wie Fluggesellschaften Grenzfunktionen übernehmen.

Doch was auf den ersten Blick als pure Ausweitung des Grenzregimes erscheint, ist bei näherer Betrachtung brüchig, unvollendet, widersprüchlich und porös. So zeigen ethnographische Forschungen zum mexikanisch/US-amerikanischen wie zum EU-europäischen Grenzregime, dass die Grenzen aufgrund verschiedener Faktoren durchlässig sind. Der US-amerikanische Grenzforscher David Spener nennt als Gründe dafür den ständigen Bedarf nach migrantischer Arbeitskraft, die Korruption (dies scheint auch in Osteuropa eine wesentliche subversive Kraft darzustellen), migrantische Netzwerke, MigrationshelferInnen und vor allem die migrantischen Taktiken des Grenzübertritts selbst. Gemessen am offiziellen Ziel von Grenzpolitiken müsste die Durchlässigkeit als Scheitern dieser Politik verstanden werden. Im Sinne bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitischer Politiken sei sie jedoch höchst effizient. Denn diese zielten gar nicht darauf ab, den Übertritt grundsätzlich zu verwehren, sondern darauf, ihn zu erschweren und die Kosten

hochzuschrauben. Die Grenzpolitiken erfüllten daher weniger die Funktion der Ausschließung, als vielmehr die der Regulierung migrantischer Arbeitskraft - ist diese doch ökonomisch ebenso wichtig, wie politisch bedrohlich. (3)

Auch auf der Ebene der EU-Politikformulierung ist ein Paradigmenwechsel festzustellen, der auf einer doppelten Einsicht beruht: nämlich einerseits Migrationen nicht unterbinden zu können und andererseits angesichts der großen Nachfrage sie auch nicht gänzlich unterbinden zu wollen. Die Zauberworte heißen nicht mehr Abschottung und Zero-Einwanderung, sondern effektive Steuerung und Management der Migrationsbewegungen zur Regulierung der Arbeitsmärkte. Dies schließt die Regularisierung/Legalisierung bereits im Land befindlicher MigrantInnen genauso ein wie die Aufrechterhaltung der Drohgebärden gegen illegale EinwandererInnen. Zwar wird migrantische Arbeitskraft für die Flexibilisierungs- und Deregulierungsstrategien nachgefragt, doch die lebendigen Personen sind nicht erwünscht und sollen lieber vor den Grenzen bleiben.

Die Bevölkerung regulierende, also "biopolitische" Funktion der Grenzregime zielt im Kontext der Globalisierung darauf ab, wie Michael Kearney sagt, die Arbeitskraft von der Person, die sie einkörpert, zu trennen. (4) Effiziente Grenzpolitik bedeutet dann, nicht die Mobilitäten zu stoppen, sondern die soziokulturelle Reproduktion ihrer Akteure auszulagern oder ausgelagert zu halten und eine räumliche Trennung der Seite der Verwertung der Arbeitskraft von dem Kontext ihrer soziokulturellen Reproduktion zu installieren - sprich: die Arbeitskraft zu transnationalisieren. In diesem Sinne wären transnationale Räume als prekäre kulturelle Reaktion auf eine politökonomische Strategie zu verstehen, die auf Transnationalisierung eines Teils ihrer Bevölkerung setzt, d.h. auf Mobilität plus Auslagerung der sozialen Reproduktion jenseits der Grenze. Das Phänomen transnationaler Elternschaft, die überdurchschnittlich transnationale Mutterschaft bedeutet, ist die Figur dieses Migrationsregimes par excellence. Denn angesichts der rechtlich und sozial prekären Bedingungen im Migrationskontext lassen viele der neuen MigrantInnen ihre Familien bzw. Kinder zurück und führen über Jahrzehnte ein über Tausende Kilometer gestrecktes, virtuelles Familienleben.

Arbeiten ja, leben nein

Zugespitzt formuliert: Gerade dadurch, dass immer mehr MigrantInnen illegal wandern und transnationale Existenzweisen aufbauen, kann Arbeitskraft den neuen globalisierten Bedingungen entsprechend regiert werden. Auf der anderen Seite rückt die Analyse, transnationale Räume als Ausdruck nationalstaatlicher Transformation im Sinne einer transnationalisierten Biopolitik zu verstehen, die Frage nach citizenship und daran gekoppelter Rechte ins Zentrum der neuen sozialen Auseinandersetzungen.

Sabine Hess

Dieser Artikel ist die stark gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung eines Vortrags, den Sabine Hess auf dem 29. Orientalistentag 2004 in Halle gehalten hat. Ihre Dissertation erscheint demnächst beim vs-Verlag unter dem Titel "Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa." Der hier abgedruckte Text verdankt sich auch gemeinsamen Diskussionen und Forschungen im Zusammenhang mit ihrem jüngsten Projekt "TRANSIT MIGRATION", einem Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes (www.transitmigration.org)

Anmerkungen:

1) Nach dem EU-Beitritt können sich MigrantInnen aus der Slowakei eigentlich unbestimmt lange in Deutschland aufhalten. Jedoch ist die Arbeitsaufnahme weiterhin untersagt. Das bedeutet letztlich, dass sie sich wiederum auch nicht unbestimmt lange hier aufhalten können, da auch EU-Ausländer den Nachweis über ihren Lebensunterhalt vorweisen müssen.

2) Mirjana Morokvasic: Pendeln statt Auswandern. Das Beispiel der Polen. In: Dies./ Rudolph, Hedwig (Hg.): Wanderungsraum Europa . Menschen und Grenzen in Bewegung. Berlin 1994, 166-182).

3) David Spener: The Logic and Contradiction of Intensified Border Enforcement in Texas: In: Peter Andreas/ Timothy Snyder (Hg.): The Wall around the West. New York 2000, S. 115-137.

4) Michael Kearney: Borders and Boundaries of State and Self at the End of Empire. In: Journal of Historical Sociology. 4 (1991)1, S. 52-74.

31. Fight in progress. Anti-Lager-Action-Tour □ Bilanz und Ausblick

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:14

Ein halbes Jahr ist es her, dass die Anti-Lager-Action-Tour 17 Tage lang mit Bussen und PKW durch mehrere nördliche und östliche Bundesländer gezogen ist (einschließlich dreier Aktionscamps) und gegen die zwangsweise Unterbringung von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen in Heimen, Abschiebelagern und Knästen demonstriert hat.

Nicht nur die Tour selbst ist ein facettenreicher Mix äußerst unterschiedlicher Ereignisse, Abläufe und Dynamiken gewesen - mit insgesamt etwa 1.500-2.000 beteiligten AktivistInnen. Auch die Zeit danach hat sich durch hohes politisches Tempo ausgezeichnet: Erstens, weil mehrere an der Tour beteiligte FlüchtlingsaktivistInnen unmittelbar im Anschluss akut von Abschiebung bedroht waren (unter ihnen das bekannte Karawane-Mitglied Akubuo Chukwudi), zweitens, weil der Widerstand mindestens in einem der Lager direkt nach der Tour weitergegangen ist, drittens, weil am Ende der Tour ein beträchtlicher Schuldenberg stand und viertens, weil der überregionale antirassistische Terminkalender im letzten Jahresviertel ungewöhnlich voll gewesen ist - stellvertretend seien nur die von der Brandenburger Flüchtlingsinitiative maßgeblich mitorganisierte AntiColonial Africa Conference in Berlin und der spektakuläre Residenzpflicht-Prozess des The Voice-Aktivisten Ahmed Sameer in Erfurt genannt.

Ausschluss durch Einschluss

In der Summe hatte das zur Folge, dass seitens der Tour-Vorbereitung bis heute so gut wie keine individuellen oder gemeinsamen Auswertungstexte veröffentlicht wurden. Das ist zweifelsohne ein Manko, zumal mittlerweile bereits neue Aktionen im Rahmen eines europäischen Aktionstags am 2. April angedacht sind. In diesem Sinne möchten die hier angestellten Überlegungen Versäumtes nachholen, ihr Bezugspunkt sind die vier grundlegenden im Aufruf zur Anti-Lager-Action-Tour ursprünglich proklamierten Zielsetzungen.

a) Isolation unterwandern: Lagerpolitik ist Ausschluss durch Einschluss. Sie zielt im Kern zusammen mit rassistischen Sondergesetzen wie der Residenzpflicht oder dem Arbeitsverbot auf Separierung und Isolierung. Widerstand gegen Abschiebungen - vor allem von außen - soll auf diese Weise verunmöglicht werden. Eine zentrale Devise der Anti-Lager-Action-Tour lautete deshalb, durch praktische Schritte die politisch gewollte Isolation von Flüchtlingen bewusst zu unterwandern.

Realisiert wurde diese Devise am weitestgehenden auf der Ebene des Tour-Wir's. Nicht nur in der Vorbereitung, sondern auch während der Tour ist dieses ein gemischtes gewesen, d.h., Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge waren gleichermaßen vertreten. Von den beteiligten Flüchtlingen waren einige bereits in Flüchtlingsgruppen organisiert (vornehmlich in der Brandenburger Flüchtlingsinitiative, The Voice und der Karawane), andere sind erst im Zuge der Tour dazu gestoßen. Letzteres gilt insbesondere für InsassInnen aus dem inzwischen geschlossenen "Dschungelheim" Tramm in Mecklenburg Vorpommern. In den Aktionen wurde die Isolationspolitik ebenfalls direkt attackiert: Immer wieder wurde versucht, unmittelbar an die Zäune der Lager heranzukommen und diese zu überwinden. Mancherorts haben die Zäune auch kleine Blessuren davongetragen (in Bramsche sind nächtens sogar 15 Meter Zaun abhanden gekommen); in Halberstadt sind etwa 150-200 Leute über den Zaun geklettert und haben zusammen mit ca. 50-70 InsassInnen der Zentralen Aufnahmestelle und des Ausreisezentrums auf dem Lager-Gelände demonstriert. Beim Abschiebeknast in Hannover ist die Demo am Ende sehr still geworden, wodurch ein Straßen-Fenster-Gespräch mit einigen Gefangenen ermöglicht wurde.

Dass die gezielte Unterwanderung von Isolation ins Mark herrschender Lagerpolitik trifft, ist natürlich auch den staatlichen Behörden nicht entgangen. Sie haben deshalb keine Mühen gescheut, das Isolationsregime auch während der Tour aufrechtzuerhalten. So wurde für sämtliche der von der Tour angesteuerten Lager ein komplettes Besuchsverbot erlassen. Das hatte seinerseits zur Folge, dass die Tour an jedem Lager von einem (mitunter übergeschnappt großen) Polizeiaufgebot in Empfang genommen wurde. Außerdem sind Flüchtlinge massiv eingeschüchtert sowie gezielt desinformiert worden. Im Abschiebelager Bramsche wurden etwa alle Flüchtlinge vor der Tour in größeren Gruppen zum Lagerleiter Bramm einbestellt. Dort wurde ihnen zwar

freigestellt, an den Protesten der Tour teilzunehmen, es wurde aber eindringlich davon abgeraten; ja es wurden sogar ausdrücklich Urlaubsscheine für die Tage der Tour ausgestellt (in Abweichung von der ansonsten ja geltenden Residenzpflicht). Darüber hinaus wurde den InsassInnen in Bramsche von verschiedenen MitarbeiterInnen erzählt, dass es sich bei den Tour-AktivistInnen um Neonazis handeln würde, eine Lüge, die zumindest für Verunsicherung gesorgt hat.

b) Öffentlichkeit herstellen: Lager sind "Orte, die auf keiner Landkarte verzeichnet sind" - heißt es im Aufruf. Es müsse deshalb darum gehen, diese Orte aus ihrer Anonymität zu reißen; nur so könnten die Verhältnisse innerhalb der Lager (inklusive Widerstandspraxen) bekannt gemacht und mit den Protesten von außen öffentlichkeitswirksam kurzgeschlossen werden. In dieser Hinsicht hat die Tour so manches erreicht. Ablesbar war das nicht nur an der intensiven Berichterstattung in der jeweiligen Lokalpresse, sondern auch an mehreren Artikeln in überregionalen Zeitungen sowie fünf Fernsehbeiträgen in den Abendnachrichten der Dritten Programme. In Bramsche ist es mit Hilfe der (konservativen) Osnabrücker Zeitung außerdem gelungen, für einige Tage die Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, dass Bramsche mitnichten eine "Landesaufnahmestelle" ist, wie es die großen Hinweisschilder bereits auf der Autobahn Glauben machen wollen, sondern ein regelrechtes Abschiebelager für 550 Menschen.

Aneignung des öffentlichen Raums

Dass es die Anti-Lager-Action-Tour streckenweise mit außergewöhnlich engagierter Berichterstattung zu tun hatte (inhaltliche Verkürzungen eingeschlossen!), dürfte nicht zuletzt mit dem Gegenstand Lager selbst zu tun haben: Lager sind konkrete Orte; die Gewaltförmigkeit rassistischer Verhältnisse materialisiert sich in ihnen auf krass sichtbare Weise - sichtbarer als z.B. bei Abschiebungen, von denen es gemeinhin kaum aussagekräftige Bilder gibt. Einmal an einem solchen, häufig mitten im nirgendwo gelegenen Ort angekommen, ist es gar nicht so einfach, sich diesem wieder zu entziehen. Das geht JournalistInnen nicht anders als anderen Menschen.

Die Behörden wissen um solche Effekte; sie sind deshalb während und nach der Tour mindestens drei Mal gegen kritische Berichterstattung in den Medien vorgegangen. Ihnen dürfte wahrscheinlich auch das Beispiel Bayern als Schreckgespenst im Nacken gesessen sein: Nachdem sich dort sogar die Kirchen kritisch zu Wort gemeldet hatten, musste nämlich die Landesregierung von ihren ursprünglichen Plänen wieder ablassen, in Bayern flächendeckend Abschiebelager, d.h. so genannte Ausreisezentren, einzuführen. Ausgangspunkt des dortigen Protests ist im übrigen die ausschließlich von der Karawane und anderen linken Gruppen getragene Kampagne gegen das Abschiebelager Fürth gewesen (vgl. www.ausreisezentren.de).

c) Selbstorganisierung unterstützen: Mehrere hundert Flüchtlinge sind im Zuge der Anti-Lager-Action-Tour auf die eine oder andere Weise aktiv geworden: Ob beim Protestfrühstück vor dem Tor in Bramsche oder in der afrikanischen Volksküche auf dem Camp in Crivitz/Tramm, ob auf Kundgebungen vor den Lagern oder an offenen Mikrofonen in den Innenstädten, ob durch punktuelle oder kontinuierliche Beteiligung, überall haben Flüchtlinge das Wort ergriffen, haben von alltäglichen Entrechtungserfahrungen und ihrem Widerstand dagegen berichtet. Nicht nur kurzfristig konnte so dem Lagerregime eine Praxis von Selbstbehauptung und Aneignung des öffentlichen Raums entgegengesetzt werden; zumindest in Parchim (wo die InsassInnen von Tramm mittlerweile leben) dauern die Proteste bis heute an - von den ohnehin aktiven Flüchtlingsselbstorganisationen ganz zu schweigen.

Und doch: Es sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die Behörden mit ihren repressiven Einschüchterungsstrategien durchaus erfolgreich gewesen sind. Bereits das riesige, in Bramsche und Tramm sogar auf dem Lagergelände selbst stationierte Polizeiaufgebot hat nicht wenige Flüchtlinge davor zurückschrecken lassen, sich der Tour anzuschließen. In diesem Sinne mag es zwar zutreffen, dass Widerstand ohne Inkaufnahme eines gewissen Maßes an Risiko nur schwer zu haben sei, wie insbesondere die betagteren FlüchtlingsaktivistInnen immer wieder betont haben; es sollte aber dennoch darüber nachgedacht werden, wie derartigen Situationen zukünftig (relativ) umsichtiger als auf der Tour begegnet werden könnte.

Aktionstag für Bewegungsfreiheit am 2. April

d) Handfeste Erfolge erringen: Die Kernforderung der Anti-Lager-Action-Tour war von Beginn an unmissverständlich: "Keine Lager, nicht hier und auch nicht anderswo!" Erwartungsgemäß ist es im Zuge der Tour nicht zur Schließung irgendwelcher Lager gekommen. Erfolge konnten indes im Kleinen errungen

werden, insbesondere in Bramsche. Dort hatten ja bereits in den Wochen und Monaten vor der Tour Flüchtlinge - vornehmlich tschetschenische Familien - eigene Proteste organisiert, unter anderem ist es zu zwei Torblockaden gekommen, die jeweils von einem regen Medienecho begleitet waren. Mit direktem Blick auf die bevorstehende Tour hatten sich die Behörden schließlich entschieden, den Forderungen der Familien zumindest teilweise nachzukommen. Die meisten von ihnen wurden noch vor der Tour auf private Wohnungen umverteilt. Dieser Erfolg ist nicht zu unterschätzen, auch wenn es aus Sicht der Behörden lediglich darum gegangen ist, das Konfliktlevel etwas herunter zu schrauben. Immerhin zeigt dieser Erfolg, dass die Behörden druckempfindlich sind - spätestens wenn sich lokale mit überregionalen Protesten zu verknüpfen drohen.

Am 2. April 2005 findet ein auf dem Europäischen Sozialforum in London beschlossener Aktionstag für "Bewegungsfreiheit" und "Legalisierung" statt. Das Anti-Lager-Tour-Netzwerk wird wohl mit von der Partie sein. Angedacht ist derzeit, einigen Lagern in Brandenburg die Aufwartung zu machen. In diesem Kontext gilt es außerdem, (praktische) Antworten auf diverse, zum Teil noch vom Sommer übrig gebliebene Fragen und Probleme zu finden:

- Viele AktivistInnen aus dem Anti-Lager-Tour-Netzwerk sind akut von Abschiebung bedroht. Es sind also in nächster Zeit erhebliche kollektive Anstrengungen erforderlich - als eine entscheidende Voraussetzung dafür, um überhaupt mit gemeinsamen Aktionen fortfahren zu können.

- Obwohl es eines der Top-Themen im Sommer gewesen ist, ist der von der Anti-Lager-Action-Tour vorgenommene Brückenschlag zwischen Lagerpolitik in Deutschland und der Diskussion über Lager in Afrika seinerzeit von den Medien schlicht ignoriert worden. Diese Scharte gilt es auszuwetzen, zumal die aktuelle Entwicklung in Libyen zeigt (vgl. ak 490), wohin die Reise in Sachen Lager gehen soll.

- Unter dem Titel "Sonst frisst der Löwe alle" ist in der vierseitigen Zeitung der Anti-Lager-Action-Tour dargelegt worden, inwieweit die aktuelle Verschärfung des weltweiten Lagerregimes eng mit dem derzeit ebenfalls global forcierten Ausbau prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse verschränkt ist. Bedauerlicherweise hat sich diese Einsicht während der Tour noch nicht in entsprechenden Bündnissen niedergeschlagen. Das darf auf gar keinen Fall so bleiben!

- Während der Tour ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden - vor allem seitens der FlüchtlingsaktivistInnen - inwieweit es politisch angesagt sei, terminologische oder inhaltliche Bezüge zwischen derzeitigen Flüchtlingslagern und den Lagern der Nazis herzustellen. Die diesbezüglichen Debatten sind noch in vollem Gange.

Gregor Samsa

Unter no_lager@yahoo.de kann die 173-minütige Tour-DVD gegen 5-10 Euro (oder Solispende) bestellt werden. Siehe auch: www.nolager.de

32. Mit Antisemiten gegen Islamisten?

Autor: Benjamin Rosendahl · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak492/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:42

Dass der Bahamas-Redaktion die weltweite Kampffront gegen den "Islam-Faschismus" wichtiger ist als der Anti-Antisemitismus, war ja schon länger zu vermuten. Nun zeigt sich, dass sie gegen den islamistischen Weltfeind auch solche Bündnispartner akzeptiert, die selbst Antisemiten sind. Wir dokumentieren Auszüge aus einer Zuschrift von Benjamin Rosendahl, der erfolglos versucht hat, in der Bahamas einen kritischen Leserbrief zu veröffentlichen.

Die ehrenwerten Damen und Herren der Bahamas-Redaktion

Die Redakteure der Zeitschrift Bahamas sind alles ehrenwerte Menschen. Sie sind so ehrenwert, dass sie sich ein sehr ehrenwertes Ziel gesetzt haben: Den Antisemitismus zu bekämpfen. Nun verwunderte es ein wenig, dass im Nachruf auf Theo van Gogh (1) die judenfeindlichen Aussagen desselben mit keinem Wort erwähnt werden.

Da die Redakteure der Zeitschrift Bahamas alles ehrenwerte Menschen sind, kann man nur annehmen, dass es wohl einen guten Grund gibt, wenn ihnen folgendes entgangen ist:

- Leon de Winter (jüdisch-holländischer Schriftsteller) zitiert van Gogh: "Er (schrieb) in einem viel gelesenen Amsterdamer Studentenblatt (...), meine Frau und ich könnten erst miteinander schlafen, wenn sie Stacheldraht um meinen Penis gewickelt hätte. Und ich würde dann auf dem Höhepunkt ‚Auschwitz! Auschwitz!` rufen. Der Vater meiner Frau hatte Auschwitz überlebt." (2)

- Bemerkungen beispielsweise über "zwei kopulierende gelbe Sterne in der Gaskammer" brachten ihm 1984 eine Klage wegen Antisemitismus ein. (3)

- Über jüdische Schriftsteller oder Filmemacher konnte er beispielsweise witzeln: "Hey, es riecht nach Karamel, hier wird bestimmt ein jüdischer Diabetiker verbrannt." (4)

Wo ist aber die ehrenwerte Zeitschrift, die den Kampf gegen den Antisemitismus an erste Stelle stellt, hier?

Da es sich bei der Bahamas-Redaktion um ehrenwerte Menschen handelt, entschloss ich mich, ihnen einen Leserbrief zu schreiben. In diesem fragte ich, wie es möglich sei, dass der Judenhass des van Gogh mit keinem Wort erwähnt wurde. Und da die Redakteure der Zeitschrift Bahamas alles ehrenwerte Menschen sind, antworteten sie mir auch, und zwar u.a. folgendes: "Interessant ist, warum die antisemitischen Äußerungen von van Gogh immer wieder dann für den ganzen van Gogh in den Vordergrund gestellt werden, wenn dahinter die Frage steht, ob so jemand gut für eine Solidarisierung ist."

In anderen Worten heißt das, dass ein Antisemit gut für eine Solidarisierung sein kann. Anscheinend handelt es sich bei den Redakteuren der Bahamas-Redaktion um so ehrenwerte Menschen, dass sie die Weste ihres Helden nicht mit so lächerlichen Kleinigkeiten wie judenfeindlichen Bemerkungen bekleckern wollen. (...)

Benjamin Rosendahl

Anmerkungen:

1) www.redaktion-bahamas.org/aktuell/van-Gogh.htm

2) www.welt.de/data/2004/11/27/366315.html

3) www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EED222D3996FE49279067F7D05A9CB7EC~ATpl~Ecommon~Scontent.html

4) www.weltwoche.ch/artikel/?AssetID=9208&CategoryID=66

33. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak492/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:08

Euro-Militarismus

In seinem Buch "Auf dem Weg zur Supermacht" widerlegt der österreichische Friedensaktivist Gerald Oberansmayr die Legende vom "friedfertigen" Europa. Er weist nach, dass die wachsende Militarisierung der Europäischen Union keine geringere Gefahr darstellt als die bereits militärisch hochgerüsteten USA. Schon Anfang der 1950er Jahre gab es Ansätze zur Bildung einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG). Doch zunächst schritt die wirtschaftliche Integration der westeuropäischen Staaten zügig voran - begleitet von einer militärischen Hochrüstung der einzelnen Teilstaaten. Der politische Sonderweg Frankreichs ging unmittelbar mit seiner atomaren Hochrüstung einher. In den 1980er Jahren warnten selbst Grüne vor der Gefahr einer "dritten atomaren Supermacht - genannt die Vereinigten Staaten von Westeuropa" (Petra Kelly). Den entscheidenden Durchbruch für den Aufbau einer westeuropäischen Militärmacht brachten dann die vorgeblichen "Friedensmissionen" auf dem Balkan; sie dienten zur Begründung für die Neuformierung multinationaler Einsatzkommandos. Oberansmayr zeigt auch, dass der in den letzten Jahren forcierte Umbau der europäischen Wehrpflichtigen-Streitkräfte zu Berufsarmeen keineswegs der militärischen Aufrüstung widerspricht. Aus den in dem Buch wiedergegebenen Statistiken geht hervor, dass die im Aufbau befindliche EU-Interventionsarmee im Jahr 2003 ca. 78.000 Mann umfasste. In den Jahren 2002/2003 waren ca. 90.000 Soldaten von EU-Anwärter- und Mitgliedsstaaten außerhalb der EU-Grenzen im Einsatz. In dem Buch werden auch zahlreiche Rüstungsprojekte westeuropäischer Staaten dokumentiert - Milliardengräber für die jeweilige Volkswirtschaft. Bisher reichen die erhöhten Rüstungsanstrengungen der EU-Staaten allerdings noch nicht aus, das militärische Kräfteverhältnis nachhaltig zu Ungunsten der USA zu beeinflussen - deren Vorsprung ist einfach zu groß. Auch verfügen die USA über mehr Truppen, die für Auslandseinsätze gerüstet sind, als alle EU-Staaten zusammen - noch. Zu der notwendigen Kampagne der Friedensbewegung gegen die Aufrüstung der EU steuert Oberansmayrs Buch nützliches Material bei.

Gerald Oberansmayr: "Auf dem Weg zur Supermacht - Die Militarisierung der Europäischen Union", Promedia-Verlag, Wien, 2004, 143 Seiten, 9,90 EUR

Genozidforschung

Der Sammelband "Enteignet - Vertrieben - Ermordet" ist entstanden aus einer Einführungsveranstaltung der interdisziplinären Arbeitsgruppe für Genozidforschung an der Universität Zürich im Jahr 2002. 17 Beiträge sind darin enthalten, drei skizzieren die "interdisziplinären Zugänge", die übrigen sind Fallstudien. Dominik J. Schallers einleitender Aufsatz beginnt mit einem Rückblick auf den Pionier der Genozidforschung, Raphael Lemkin, der den Begriff Genozid geprägt und definiert hat. Nachdem die UNO 1948 ihre Genozidkonvention beschlossen hatte, dauerte es noch einmal 50 Jahre, bis im Zusammenhang mit dem Völkermord in Ruanda das erste Urteil wegen Genozids verhängt wurde. Während die Errichtung des internationalen Strafgerichtshofs hoffen lasse, wirkten die inflationäre Verwendung und die politische Instrumentalisierung des Begriffs Genozid eher abstumpfend, so Schaller. Weniger überzeugend sind seine Bemerkungen zur These von der Singularität der Shoah, des Mordes an den europäischen Juden. Denn Singularität bedeutet nicht zwingend auch "Unbegreiflichkeit", wie Schaller nahe legt; auch ist das historisch Einzigartige wiederholbar. (vgl. Artikel auf Seite 6) Auf Hans Rudolf Schellings Zusammenfassung sozialpsychologischer Erklärungsansätze folgt in dem Buch der Aufsatz "Von der Ethnisierung zum Genozid", in dem Alain Bertallo die Mechanismen der Mobilisierung Unbeteiligter zu Akteuren kollektiver Gewaltexzesse darstellt. Die 14 Fallstudien behandeln u.a. die deutschen Kolonialkriege in Afrika, den Völkermord an den Armeniern, die Shoah, sowie die Menschheitsverbrechen in Kurdistan, Kambodscha, Ruanda und Bosnien. Manches, was als wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis präsentiert wird, erweist sich als problematisch: etwa Annamaria Orla-Bukowskas Behauptung vom "postwar genocide suffered under Soviet totalitarianism". Auch Theodor Rathgebers abschließender Beitrag "Völkermord heute" sollte kritisch gelesen werden. Denn dass das Verschwinden indigener Völker, ihre (gewiss häufig erzwungene) Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft mit dem Begriff Genozid treffend definiert ist, darf bezweifelt werden.

Dominik J. Schaller, Rupen Boyadjian, Vivianne Berg, Hanno Scholtz (Hg.): Enteignet - Vertrieben - Ermordet. Beiträge zur Genozidforschung. Chronos Verlag Zürich, 2004, 496 Seiten, 44,80 EUR

Wer nicht lesen will, muss hören

"Dieses Hörbuch ist aus Ärger entstanden. Aus Ärger darüber, dass die Opfer der gegenwärtigen Krise zu Schuldigen gemacht werden." So beginnt eine CD, die man leider nicht im Einzelhandel kaufen kann. Ihr Titel klingt ebenfalls wenig hitverdächtig: "Mythen des Neoliberalismus. Ein Hörbuch wider die veröffentlichte Meinung". Norbert Böker und Ulrich Rückin von Verista. Projekt für soziale Gerechtigkeit und Demokratie haben sie produziert und der kleine Verlag Sozio-Publishing in Osnabrück vertreibt sie. Das Hörbuch liefert Aufklärung; Gegenöffentlichkeit, nackte Fakten gegen die Mythen zu Sozialabbau, Lohnnebenkosten und Agenda 2010, etwa gegen die Mär von den "explodierenden Sozialkosten" oder wider die gern erzählte, aber nichtsdestotrotz erlogene Geschichte vom Hochsteuerland Deutschland. Insgesamt acht Mythen nehmen Böker und Rückin in insgesamt 65 Minuten aufs Korn. Mit der Sage von den faulen Arbeitslosen räumen sie genauso auf wie mit den Stammtischparolen, dass es "den Arbeitslosen" immer noch zu gut gehe oder dass doch "alle" sparen müssen. Dass "Arbeit" in Deutschland zu teuer sei, entpuppt sich ebenso als Propagandalüge wie die regierungsoffizielle Behauptung, die Agenda 2010 schaffe Wachstum und Beschäftigung. "Mythen des Neoliberalismus" liefert keine tiefschürfenden Analysen, sondern Informationen für den Hausgebrauch, Zahlen und Daten für Alltagsdiskussionen mit FreundInnen, Bekannten, KollegInnen. Das Medium der CD ist in einem solchen Zusammenhang sicherlich ungewöhnlich und möglicherweise auch für den Einsatz im Schulunterricht oder bei Lehrgängen gedacht. An manchen Stellen wirkt die CD wie eine Powerpoint-Präsentation auf Tonträger. Neben einem vielfältigen und breiten Einsatz darf man diesem Versuch vor allem eines wünschen: eine schnelle Neuauflage. Denn so sinn- und wertvoll die präsentierten Argumentationshilfen sind, sie stammen aus der Zeit vor Hartz IV. Noch tut es dem Informationsgehalt keinen großen Abbruch, wenn von "Arbeitslosenhilfe" und "Sozialhilfe" die Rede ist, doch das wird sich bald ändern.

Norbert Böker/Ulrich Rückin: "Mythen des Neoliberalismus", Sozio-Publishing Osnabrück, 65:13 Minuten, 7,90 Euro; zu bestellen über service@sozio-publishing.de

34. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak492/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:32

Ab und an mal nachfragen

Betr.: ak 491, Auf Linie bringen

Hallo,

ich bin mir natürlich bewusst, dass es ausgesprochen schwierig ist, eine linke Zeitung zu machen, und dass es einem kleinen Redaktionskollektiv unmöglich ist, die Inhalte aller Artikel zu prüfen. Aber manchmal würde es schon Sinn machen, dies zu tun - Analyse und Kritik ist der Anspruch, den Ihr formuliert.

Ich möchte nur zu einem Punkt des Artikels Stellung beziehen, weil ich diesen Punkt aus jahrelangem eigenen Erleben in Funktionen der IG Metall Ludwigsburg kenne. Hier wird eine jahrelange Auseinandersetzung eingedampft auf 16 Zeilen, in welchen durch geschickte Wortwahl (kurzer Hand oder auch "bearbeitet") der Eindruck erweckt wird, in der IG Metall Ludwigsburg sei eine inhaltliche Auseinandersetzung um den richtigen Weg nicht möglich, eine Mehrheit von reformistischen MetallerInnen hat nichts anderes im Kopf, als die Arbeitsbedingungen der KollegInnen fortwährend zu verschlechtern und die einzig wackeren Streiter im Kampf um die gerechte Sache mundtot zu machen. Halt, jetzt vergaß ich fast, dass wir selbstverständlich auch immer engagiert gegen die bereits vor der Türe stehenden Weltrevolution kämpfen. Wozu also Gewerkschaft? Entschuldigt bitte die Polemik. Aber das entspricht in etwa dem Stil, welcher von der ehemaligen VKL von Mann+ Hummel gepflegt wurde.

Wir sind vollständig beieinander bei der Frage, dass auch in der IG Metall das Maximum unterschiedlichen Positionen möglich sein müssen. Aber ich denke, dass eine Organisation nicht akzeptieren muss, dass Ihre Vertreter (wer, wenn nicht die VKL soll das sein?) im Betrieb den lieben langen Tag nicht besseres zu tun haben, als genau diese Organisation zu schwächen (bis hin zur persönlichen Diffamierung anderer haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre) und keine einzige Spielregel aus Satzung und Richtlinien der Organisation auch nur akzeptieren will.

Ein Anruf oder eine Mail bei der Verwaltungsstelle hätte hier die Dinge ins rechte Licht rücken können. Es gibt genügend KollegInnen die hier einen reichhaltigen Schatz an Erfahrungen haben.

Mich ärgert diese Sorte Artikel maßlos. Aber genug jetzt, hab ja eh schon genügend Stoff geliefert, mich misszuverstehen. Also nochmals mein Appell: Wenigstens ab und an bei den Kritisierten nachfragen, wie sie die Sache sehen. Ich denke, dass kann der Linken nicht schaden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Lebherz

Nicht mehr und nicht weniger

Betr.: ak 491, aufgeblättert

Die isl und der VsP/SoZ sind zwei verschiedene Schuhe. Der VsP kommt von der alten Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) her, die nicht nur "Trotzkisten", sondern auch "Maoisten" und Weder-Noch-Linke beheimatete. Die Vereinsmitglieder sind überwiegend andere als jene, die die isl bilden. Zwischen beiden "Gruppierungen" bestehen freundschaftliche und enge Beziehungen, zweifellos. Das ändert aber nichts daran, dass es bewusst und betont zwei verschiedene "Gruppierungen" sind. Kellner führt denn auch den Verein für solidarische Perspektiven und die SoZ nicht in seiner Dokumentation heutiger "trotzkistischer" Organisationen, sondern sagt - en passant, aber treffend -, dass Mitglieder der isl den VsP und damit auch die SoZ mittragen - nicht mehr und nicht weniger.

Christoph Jünke,

SoZ-Redaktion

35. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak492/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:33

Nahost-Konflikt

Zum Thema "Tauwetter oder kein Ende der Gewalt in Nahost" findet in Hamburg am 22.2. eine Diskussionsveranstaltung mit dem Rabbiner Jeremy Milgrom statt. Als Gründungsmitglied der Rabbis for Human Rights, eines Zusammenschlusses von heute etwa 100 Rabbinern, die sich seit Beginn der ersten Intifada 1988 für die Menschenrechte der PalästinenserInnen einsetzen, gehört der Rabbiner Jeremy Milgrom zu den wenigen Israelis, die sich weiterhin für einen politischen Ausgleich zwischen Israelis und PalästinenserInnen einsetzen. Neben Informationen über Milgroms Arbeit vor Ort bietet die Veranstaltung die Gelegenheit, mit einem jüdischen Geistlichen über politische wie religiöse Fragen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt zu diskutieren. Begleitet wird Milgrom von Nadja Frenz, einer Hamburger Filmemacherin, die kürzlich einen Dokumentarfilm über die Rabbis for Human Rights fertiggestellt hat, der in Auszügen zu sehen sein wird.

Hamburg, 22.2.05, 18 Uhr, Universität Hamburg, Hauptgebäude-Ostflügel, Asien-Afrika-Institut, Raum 221, Edmund-Siemers-Allee 1

Ideologien der Neonazis

Neonazis geben sich heutzutage als "Globalisierungsgegner" und "Antikapitalisten", sie sorgen sich um Arbeitsplätze, um Frieden und um die "Vielfalt der Kulturen" - so jedenfalls in ihrer Propaganda. Plumpe "Ausländer-raus"-Demagogie und Hakenkreuzfetischismus sind populistischen politischen Forderungen gewichen, Positionen der gesellschaftlichen Mitte werden aufgegriffen und mit rechtsextremen Lösungsvorschlägen angereichert. Dabei erfährt die linke Symbolik eine Übernahme von rechts, und die Aufmärsche bieten zuweilen eine buntes Miteinander von schwarzen, schwarz-weiß-roten, Reichskriegs- und Palästinafahnen. In seinem Vortrag wirft Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (www.apabiz.de) einen Blick auf die "neuen" Erscheinungsformen der extrem rechten Szene.

Tübingen, 22.2.05, 21.00 Uhr, Club Zatopek, Haaggasse 26, Tübingen, www.immerdienstags.de

BUKO-Seminar

Mit einem Seminar möchte die BUKO die Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus als ein Thema auch für die internationalistische Linke (weiter) verankern. Ein Anliegen der OrganisatorInnen ist es, die "wechselseitige Blockade und das Gegeneinander-Ausspielen von Antisemitismuskritik und Antirassismus aufzuheben und beide Praxisfelder als gleich berechtigte und gleich wichtige Formen der Herrschaftskritik deutlich zu machen". Verschiedene Vorträge und Inputreferate sind geplant. Themen sind u.a. die Genese antisemitischer Stereotype und Denkstrukturen, aktuelle Formen des Antisemitismus im internationalen Vergleich, der Zusammenhang und die Unterschiede von Antisemitismus und Rassismus und die Debatten um Antisemitismus und Geschlecht.

Hamburg, 25.2. - 27.2.05, Beginn, Freitag, 18 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Infos: www.buko.info/aktuell/termine

Vertreibung I

In seinem Buch "Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen" greift Micha Brumlik die aktuellen Debatten um Umsiedlung, Flucht und Vertreibung deutscher Bevölkerungsgruppen aus Osteuropa auf und setzt sie in Bezug zu den ihnen vorangehenden und sie hervorbringenden Nazi-deutschen Verbrechen. Es geht ihm nicht darum, das Leid der vertriebenen Deutschen zu relativieren. Er betrachtet es jedoch als eine beinahe notwendige Konsequenz der monströsen Vernichtungs- und Umsiedlungspolitik der Nazis und stellt diese Politik in den historischen Kontext des "Jahrhunderts der Vertreibungen".

Hamburg, 1.3.05, 19 Uhr, Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19, 20148 Hamburg; Berlin, 2.3.05, 19 Uhr, RLS, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, www.rosalux.de

Vertreibung II

Immer wieder geraten die so genannten Vertriebenenverbände in die Schlagzeilen, etwa wenn sie sich mit revanchistischen Forderungen gegen die östlichen Nachbarstaaten Deutschlands wenden. Mittlerweile haben diese Verbände in Deutschland und anderen europäischen Staaten ein umfangreiches Netzwerk aufgebaut. In dem Vortrag "Vertriebenenverbände - Pressure-Groups der extremen Rechten für eine völkische Außenpolitik" stellt Gerd Alt diese Strukturen und seine verbindenden ideologischen Bezugspunkte dar. Der Referent des Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) wird aufweisen, wie eine völkische Außenpolitik erneut als eine Option deutschen Großmachtstrebens ins Spiel gebracht wird.

Kamen, 2.3.05, 19.30 Uhr, Stadtbücherei Kamen, Markt 1

Hitler und die deutschen Generäle

Das Linke Forum Paderborn lädt zusammen mit der Initiative gegen den Krieg ein zum Vortrag "Hitler war weg - die Generäle blieben". Referent ist der Autor des Buches "Macht im Hintergrund - Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck", Ulrich Sander, der ebenfalls Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Landesverband NRW ist. In dem Referat wird Sander sowohl auf die deutsche Mär, derzufolge Hitler allein den Zweiten Weltkrieg entfesselt hätte, eingehen und zeigen, wie die Militärspitze den Krieg forcierte. Zum anderen thematisiert er die Kontinuitäten des deutschen Militarismus nach 1945.

Paderborn, 7.3.05, 20 Uhr, Kulturwerkstatt, Cafeteria, Bahnhofstr. 64, Paderborn

NS-Opfer entschädigen - Täter bestrafen

Der Arbeitskreis Distomo organisiert gemeinsam mit dem AK Angreifbare Traditionspflege (NRW) und Support for Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/Köln) im April 2005 die Konferenz "NS-Opfer entschädigen - Täter bestrafen!". 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind zahlreiche seiner Opfer ohne jede Entschädigung geblieben. Demgegenüber mussten Tausende NS-Täter nie eine strafrechtliche Verurteilung oder auch nur Verfolgung befürchten. Die Konferenz soll zunächst eine Bilanz der bisherigen Entschädigungspolitik in der Bundesrepublik ziehen. Überlebende von NS-Verbrechen werden die Möglichkeit haben, ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Forderungen gegenüber der bundesdeutschen Öffentlichkeit darzustellen. VertreterInnen von Opferverbänden und deren RechtsanwältInnen werden über den aktuellen Stand von Entschädigungsklagen berichten. Als Referenten haben u.a. Ioannis Stamoulis (Rechtsanwalt, Griechenland), Argyris Sountouris (Überlebender des Massakers von Distomo), Dragan Novovic (Verband der Opferorganisationen in Serbien), Joachim Lau (Rechtsanwalt, Italien) , Prof. Ingo Müller und Prof. C.F. Rüter (Institut für Strafrecht der Universität Amsterdam) zugesagt. Es werden noch UnterstützerInnen für die Konferenz gesucht.

Berlin, 9.-10.4.05, www.ns-opfer-entschaedigen.org, Ak Distomo, Tel.: 49 (0)40 439 60 01, email: distomo-hamburg@gmx.de

36. An unsere AbonnentInnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak492/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:35

Beim ak-Vertrieb wird es einige Neuerungen geben - das möchten wir euch auf diesem Wege bekannt geben.

Unsere Portokosten würden in diesem Jahr um ca. 1.500 Euro steigen, wenn wir so weiter machen wie bisher. Wir können Kosten und Arbeit sparen, wenn wir unseren Briefverkehr demnächst so weit wie möglich auf E-Mail umstellen. Also:

Schickt uns doch mal eine Mail!

Wir haben zur Zeit von nicht einmal 10% unserer AbonnentInnen eine E-Mail-Adresse. Mit eurer Hilfe sollte sich das auf weit über 50% steigern lassen. Natürlich erwarten wir nicht, dass ihr euch deshalb extra einen Computer oder eine E-Mail-Adresse zulegt, aber die meisten dürften diese Technik sowieso nutzen.

Wenn ihr also einverstanden seid, die schriftliche Kommunikation mit uns auf E-Mail umzustellen, schickt uns doch eine Mail mit eurem Namen und eurer Abo-Nummer an vertrieb@akweb.de. Demnächst findet ihr auf unserer Internetseite www.akweb.de dazu ein vorbereitetes Formular.

Wir sind selbstverständlich auch einverstanden, wenn ihr uns Briefe per Mail schickt - das ist dann auch bequemer und billiger für euch. Und es hätte auch noch ein paar andere sinnvolle Nebeneffekte. Pro Ausgabe haben wir nach dem Versand rund ein Dutzend Rückläufer, weil vergessen wurde, uns die neue postalische Adresse mitzuteilen (Zeitungen werden von der Post grundsätzlich nicht nachgesandt). Per E-Mail lassen sich Adressänderungen viel schneller und billiger korrigieren.

Das gleiche gilt, wenn jemand vergessen hat, uns eine neue Bankverbindung mitzuteilen, und natürlich auch für Informationen, Anregungen oder Beschwerden an uns.

Wir brauchen eine Einzugsermächtigung

Von der Mehrheit der AbonnentInnen haben wir eine Einzugsermächtigung, aber der Anteil sinkt leider. Das liegt daran, dass wir zu selten bei neuen Abos Einzugsermächtigungen bekommen. Die Gesamtzahl der Abos ist zwar fast stabil, aber pro Monat kommen ca. 1% neue Abos hinzu; leider ist die Anzahl der Kündigungen ähnlich hoch.

So verschicken wir pro Monat fast 100 Rechnungen per Post. Die Hälfte der EmpfängerInnen wartet vor der Zahlung die erste Mahnung ab und davon wieder die Hälfte noch die zweite Mahnung, bevor sie das Geld überweisen. Die Arbeit für ein einzelnes Abo ist damit praktisch genauso hoch wie für alle EinzugszahlerInnen zusammen, von den Kosten ganz zu schweigen. Der Aufwand für uns könnte im Inland wegfallen, wenn wir von euch eine Einzugsermächtigung bekommen.

Das ist auch für euch viel bequemer. Wir wissen, dass es vielfach Bedenken gegen Einzugsermächtigungen gibt. Wir können euch aber versichern:

1. gibt es bei uns keinerlei Streitereien um Abogelder;

2. bietet das Einzugsverfahren einen hohen Kundenschutz: Ein Einzug kann bis zu 6 Wochen lang auf Kosten des Einziehers zurückgerufen werden, wenn wirklich mal etwas falsch laufen sollte.

Undurchsichtig ist dieses Verfahren nur, wenn jemand seine Kontoauszüge so gut wie nie kontrolliert, und schlecht ist es, wenn das Konto hoffnungslos überzogen ist, denn jeder Rückläufer kostet uns derzeit 8,50 Euro Bankgebühren. Das kommt aber zum Glück sehr selten vor.

Auslandsporto und Abokosten

Schon lange kosten Auslandsabos bei uns etwas mehr, nämlich 63 statt 53 Euro bzw. 32 statt 27 Euro. Das soll die höheren Versandkosten ausgleichen, weil nur im Inland die günstigeren Postvertriebsstücke verschickt werden können.

Nun gibt es aber noch eine ganze Reihe langjähriger Auslandsabos, die immer noch zum Inlandstarif berechnet werden. Das wollen wir ab dem kommenden Monat generell beenden. Da wir es nun endlich

geschafft haben, überall unsere BIC- und IBAN-Kontodaten bekannt zu geben, und damit die hohen Kosten für Überweisungen aus dem europäischen Ausland weg fallen können, hoffen wir, dass die Betroffenen diesen Schritt leichter verkraften können. Es ist doch besser, das Geld kommt der Zeitung zugute statt der Bank.

ak-Vertrieb und ak-Redaktion

37. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak492/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:40

Jubiläen sind was Tolles; etwa wenn nach 34 Jahren im November die 500. Ausgabe von ak erscheinen wird. Dass aber so manche Jubiläumsfeier nicht ohne unfreiwillige Komik ist, beweist ein Blick in die skurrile Welt des linken Sektenwesens. Stefan Engel ist seit 25 Jahren Vorsitzender der MLPD, jener ML-Truppe, die ebenso stur wie borniert dazu beigetragen hat, die Montagsdemonstrationen gegen die Wand zu fahren. Stolz verkündet die Presseabteilung beim ZK, ihr großer Vorsitzende sei nicht nur der "dienstälteste", sondern auch der "zukunftsträchtigste und unkonventionellste Parteivorsitzende in Deutschland". "Stets selbst in Brennpunkten vor Ort aktiv" sei Engel "bei Freund und Feind dafür bekannt, ... stets fair und kompetent zu argumentieren." Trä rä! Der Peinlichkeitshumor der Gelsenkirchener ML-Jecken ist immer wieder für so manchen Schenkelklopfer gut - zumindest in den Redaktionsräumen von ak.

Und solche Lacher haben wir diesmal wirklich dringend gebraucht, denn ak 492 wurde unter extremen Bedingungen produziert. Als hätten sich sämtliche GöttInnen der Technik gegen uns verschworen, brach zunächst unser Internetzugang und dann der komplette Mail-Verkehr zusammen. Drucker und internes Netzwerk hatten sich zwischenzeitlich ebenfalls verabschiedet, laufen inzwischen aber wieder. Deswegen an alle, die uns in der letzten Zeit elektronische Post geschickt haben: Seid nicht sauer, wenn es keine Antwort gegeben hat. Das lag nicht an Ignoranz oder Schusseligkeit, sondern an - wir wissen es nicht. Warum die Weiten des Internet für uns immer noch verschlossen sind, ist nach wie vor ungeklärt.

Und dennoch versuchen wir auch unter den widrigsten Bedingungen die Qualität von ak zu verbessern. So läuft in den Redaktionsräumen in der Rombergstraße gerade die Operation "Gilbtest", eine Langzeitversuchsanordnung, um die Papierqualität von ak zu prüfen: Was ist wirklich dran an dem verbreiteten Vorurteil, ak sei das Chamäleon in der Zeitungslandschaft? Nach vier Wochen winterlicher Sonneneinstrahlung (?) gibt es dafür auf jeden Fall keinerlei Anzeichen. ak ist kein bisschen gelber oder blasser geworden als die Vergleichspublikationen (wir verraten nicht, welche Zeitungen wir da ausgewählt haben.).

Selbst wenn sich dieses Ergebnis unter härteren Sommerbedingungen bestätigen sollte - Verbesserungsmöglichkeiten gibt es ohne Ende. Und deswegen müssen wir an dieser Stelle auch noch einmal auf unseren Spendenaufruf hinweisen. Die notwendigen 25.000 Euro sind nämlich immer noch nicht zusammen, und das gähnende Finanzloch macht uns nicht unerhebliche Sorgen.

Und weil wir schon mal dabei sind, noch ein Hinweis an unsere AbonnentInnen: Bitte beachtet unseren "Offenen Brief" auf Seite 36 und denkt dran: Nachsendeanträge gelten nicht für Zeitungen! Schickt uns Adressänderungen also rechtzeitig.

Eure ak-Redaktion

38. Es fehlt noch was!

CD-Datei: daten/aksuche/ak492/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:492:41

Nun ist das Jahr zwar schon reichlich angefangen und Weihnachten lange vorbei, aber wir liegen euch immer noch in den Ohren mit - womit wohl - Geldsorgen. Wie immer, eine zweischneidige Angelegenheit, dieses In-den-Ohren-liegen. Denn auf der einen Seite sind wir ultra-happy, weil nämlich schon 20.000 Euros den Lockrufen auf unser Konto gefolgt sind. Das ist grandios, gigantisch, voll krass, spitze!

Zum anderen aber haben wir unser Ziel - 25.000 Euro - leider, leider noch nicht erreicht. Und dieses Ziel haben wir ja ausgegeben, weil erst mit den 25.000 fürs nächste Jahr, zusammen mit dem Erlös aus dem Verkauf von ak und Fantômas, die aus den Aktivitäten unseres Vereins entstehenden Kosten gedeckt sein werden. Nur so können wir weitermachen wie bisher. Was heißt: mit ein paar mager bezahlten Stellen, jeder Menge unbezahlter Arbeit, viel Engagement und Lust (meistens). Lust auch auf aktive Einmischung in aktuelle politische Debatten und darauf, unsere beiden publizistischen Projekte zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Immer wieder geben uns LeserInnen ermutigende Feedbacks, die uns helfen, die manchmal in vielerlei Hinsicht auch prekären Situationen in so einem Projekt zu wuppen. Manchmal gibt es natürlich auch Kritik; auch das muss sein und gehört dazu: Schließlich predigen wir nicht das Wort zum Sonntag, sondern wollen Diskussionen weiterbringen oder anstoßen - und "Kritik" führen wir dabei ja sogar im Titel. Deshalb arbeiten wir auch verstärkt daran, nicht nur in schriftlicher Form zu "intervenieren", wie es neuerdings immer so schön heißt: Wir beteiligen uns an Veranstaltungen, Kongressen und Diskussionen quer durch die Republik und versuchen, unsere - wie ihr wisst - gar nicht so einheitlichen, gleichwohl aber gemeinsam tragbaren Position(en) und Perspektiven auf politische Knackpunkte unter die Leute zu bringen. Was wir dabei sehen und hören, fließt dann natürlich in unsere Arbeit ein.

Und das ist gut so - und nicht schlecht. Nur, um so oder sogar noch besser weiter machen zu können, fehlen uns noch 5.000 Euro. Uns ist klar, dass auch viele von euch, Hartz IV etc. sei Dank, in mehr und mehr unabgesicherten Bedingungen leben. Das Betteln fällt uns deshalb nicht grad leicht, im Gegenteil. Aber gerade in solchen prekären Zeiten braucht es kritische, undogmatische, linke Zeitungsprojekte! Zeitungsprojekte wie dieses! Und dieses braucht Geld! Genauer gesagt: Jetzt noch 5.000 Euro!!!

Wie immer liegt ein Überweisungsträger bei. Und wie immer könnt ihr die Spenden für den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. steuerlich absetzen. Und wir sagen jetzt schon mal ganz herzlich: Danke.

Eure ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Überweisungsträger liegt bei!

Ausland: BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 23 2001 0020 0788 86 02